

ZEITSCHRIFT FÜR

GEO POLITIK

XV. JAHRGANG 1938

3.

HEFT / MÄRZ

WALTHER JANTZEN:
GEOPOLITIK IN DER NEUEN DEUTSCHEN SCHULE

Amann: Das chinesische Dorf

Herrmann: Italiens Weg zum Imperium

Giordano: Fragen des italienischen Kolonialbesitzes

Albert: Der Kunstforst

**Freundnachbarliche Personalpolitik — Ein Engländer über deutsche
Kolonialpolitik — Die deutschen Siedlungsräume im Osten**

STAATENWIRTSCHAFT

**Samhaber: Ist der Weltmarktpreis noch König? — Seifert: Staatliche Preis-
steuerung und Ausfuhr lenkung in Neuseeland — Strewe: Der Staatsgedanke
in der chinesischen Wirtschaft — Seifert: Staatenwirtschaftliche Länderschau
(Wirtschafts- und Finanz-Chronik des Fernost-Konfliktes) — Schrifttum**

Postvertrieb ab Leipzig

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

verbunden mit der Zeitschrift

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

begründet von

Professor Dr. KARL HAUSHOFER und Professor Dr. ERICH OBST

Herausgegeben von

DR. KARL HAUSHOFER

Generalmajor a. D., o. Professor an der Universität,
München O 27, Kolberger Straße 18, Fernsprecher 480 444

SCHRIFTLEITUNG:

Kurt Vowinkel, Heidelberg, Wolfsbrunnenweg 36
Fernsprecher: Heidelberg 3742

Manuskript- und Buchzusendungen werden an die Schriftleitung erbeten

X V. J A H R G A N G / H E F T 3 / M Ä R Z 1 9 3 8

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

<i>W. Jantzen: Geopolitik in der neuen deutschen Schule</i>	169
<i>G. Amann: Das chinesische Dorf</i>	175
<i>G. Herrmann: Italiens Weg zum Imperium</i>	183
<i>A. Giordano: Fragen des italienischen Kolonialbesitzes</i>	190

BERICHTE

<i>A. Haushofer: Berichterstattung aus der atlantischen Welt</i>	195
<i>K. Haushofer: Bericht über den indopazifischen Raum</i>	199
<i>H. Hummel: Kurznachrichten</i>	205

<i>SPÄNE der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik</i>	208
---	-----

UNTERSUCHUNGEN

<i>R. Albert: Der Kunstforst, ein Beispiel für schädliche Wirkung der Monokultur</i>	211
--	-----

SCHRIFTTUM

<i>J. März: Südost-Schrifttum</i>	214
<i>H. Hummel: England — Frankreich — Amerika</i>	217
<i>E. Wunderlich: Neue geopolitisch zu beachtende Karten und Atlanten</i>	223

BEILAGE: STAATENWIRTSCHAFT

<i>Samhaber: Ist der Weltmarktpreis noch König?</i>	225
<i>Seifert: Staatliche Preissteuerung und Ausfuhr lenkung in Neuseeland</i>	231
<i>Strewe: Der Staatsgedanke in der chinesischen Wirtschaft</i>	239
<i>Seifert: Staatenwirtschaftliche Länderschau (Wirtschafts- und Finanz-Chronik des Fern- ost-Konfliktes)</i>	244
<i>Schrifttum</i>	255

Preis: Vierteljahr RM 5.50 / Studenten RM 4.40 / Einzeln RM 2.— / Jahrgang mit Inhaltsv. RM 22.—
Österreich und das Ausland (ohne die Schweiz): Vierteljahr RM 4.13, bei Zahlung in fremder Währung.
Gebunden (2 Bände) RM 28.— / Register für den Jahrgang RM —.90 / Inhalts-
verzeichnis kostenlos / Einbanddecke für den Halbjahresband RM 2.—
Postscheckkonten: Kurt Vowinkel Verlag / LUDWIGSHAFEN 124 61 / WIEN 559 18 / PRAG: Kreditanstalt der Deutschen, 627 30

KURT VOWINCKEL VERLAG / HEIDELBERG / WOLFSBRUNNENWEG 36

Die Geopolitik hat, zunächst bei der Neuordnung des Erdkundeunterrichts im Rahmen der neuen Lehrpläne für das höhere Schulwesen, seit kurzem die ihr zukommende Stelle am wichtigsten Einsatzpunkt erhalten, den es geben kann: bei der Erziehung der deutschen Jugend. Den Sinn dieser Neuordnung deutet als Einleitung zu diesem Heft der Sachbearbeiter für Erdkunde und Geopolitik am Deutschen Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht Dr. W. Janßen. Als entscheidend an dem, was Janßen rückhaltlos und klar in seinem Aufsatz herausarbeitet, erscheint uns die Feststellung, daß es der Schule weniger auf den Gegenstand als auf die Methodik der Geopolitik ankommen kann und muß. Wenn auch naturgemäß die Geographie der Haupteinsatzpunkt für die Geopolitik sein und bleiben wird, so liegt doch in jener Auffassung die Gewähr dafür, daß entsprechend unseren Forderungen in der Denkschrift der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik vom 24. 4. 1933, darüber hinaus der gesamte Unterricht in seinen wesentlichsten Fächern Deutsch, Geschichte, Biologie mit geopolitischem Geist und geopolitischer Betrachtungsweise durchdrungen werden wird.

Den Lesern der Zeitschrift und den Freunden des Verlages ist Gustav Umann wohl bekannt. Aus seiner Feder stammen die großen Darstellungen der modernen chinesischen Geschichte und ihrer Führer. Es sind Darstellungen eines Mannes, der seit über einem Menschenalter die chinesische Entwicklung am Brennpunkt der Ereignisse miterlebt hat wie kaum ein anderer Europäer. Der dritte Band seines Werkes, der an „Sun Yat Seng Vermächtnis“ und „Chiang Kai-shek“ anschließend die Entwicklung seit 1931 fortführen wird, liegt zum größten Teil im Manuskript vor und wird in absehbarer Zeit erscheinen. Wir bringen hier ein Kapitel daraus über das chinesische Dorf, worin Umann eine farbig-lebendige Erzählungsweise mit wissenschaftlich genauer Darstellung einer der entscheidenden Tatsache der chinesischen geopolitischen Entwicklung, der Agrarfrage, verbindet.

In zwei sich ergänzenden Aufsätzen von G. Herrmann und A. Giordano werden die italienischen Kolonialprobleme aufgerollt. — Herrmann stellt zunächst die geschichtliche Entwicklung der italienischen Kolonialpolitik dar bis zur Eroberung von Abessinien; in einem weiteren Aufsatz wird er die geopolitischen Probleme der heutigen kolonialen Lage Italiens behandeln.

Giordano gibt eine Übersicht über den Stand der entscheidenden Grundaufgabe der Kolonisierung Abessiniens: der Verkehrsfrage, nach Verwirklichung und Planung. Eine Karte ermöglicht die Gewinnung einer klaren Vorstellung vom gegenwärtigen und zukünftigen Straßen- und Bahnnetz des Kaiserreiches.

Die Beilage

STAATENWIRTSCHAFT

sucht diesmal in preis- und finanzpolitischen Fragen die „lenkende Hand des Staates“ nachzuweisen. Nachdem E. Samhaber die Kernfrage nach Herrschaft oder Entthronung des Weltmarktpreises erörtert hat, beschäftigt sich A. Seifert mit der Preissteuerung und Ausfuhr lenkung in Neuseeland, das als größtes Butterausfuhrland der Welt vor 1½ Jahren mit einem staatenwirtschaftlichen Butterausfuhrerperiment in den demokratischen Weltverband des British Empire eine viel beachtete Bresche für autoritäre Wirtschaftsführung schlug. Die „Staatenwirtschaftliche Länderschau“ des gleichen Verfassers hat diesmal die Form einer Wirtschafts- und Finanzchronik des Fernostkonfliktes, in die M. Th. Strewes Betrachtung über den Staatsgedanken in der chinesischen Wirtschaft gleichsam einführt.

Die Schriftleitung

Anschriften der Mitarbeiter dieses Heftes:

R. Albert, Anschrift durch den Verlag — Gustav Amann, Anschrift durch den Verlag — Antonio Giordano, Via Beato Pietro Formica No. 6/3, Savona, Italien — Dr. Albrecht Haushofer (AfG), Leiter des geopolitischen Seminars an der Hochschule für Politik, Berlin SW 48, Wilhelmstr. 23 — Dr. Karl Haushofer (AfG), Gen.-Major a. D., o. Prof. an der Universität, München O 27, Kolberger Str. 18 — Dr. Gerhard Herrmann (AfG), Leipzig C 1, Lampestr. 13 — Hans Hummel (AfG), Berlin-Tempelhof, Wittekindstr. 86 — Dr. Walther Janßen (AfG), Berlin-Kleinmachnow, Seematen 13 — Dr. Josef März (AfG), Berlin-Halensee, Seesener Str. 54 III — Prof. Dr. E. Wunderlich, Deutsches Auslandsinstitut, Stuttgart.

Die Bezeichnung (AfG) hinter dem Namen bezeichnet die Mitgliedschaft des Verfassers in der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik.

Verzeichnis der Karten dieses Heftes:

Das verwirklichte und das geplante abessinische Verkehrsnetz.....	191
Das geopolitische Bild des Dreiecks Berlin-Rom-Tokio.....	201

Aus dem Inhalt des letzten Heftes:

E. Koss: Das Weltbild als weltpolitische Voraussetzung
Ch. Kröger: Zur Lage in China
J. Kewel: Die geschichtlichen Beziehungen zwischen China und der Mandschurei
H. K. Em: Das karaische Spannungsfeld
H. Haushofer: Berichterstattung aus der atlantischen Welt
K. Haushofer: Bericht über den indopazifischen Raum
H. Hummel: Kurznachrichten
Späne der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik
H. K. E. L. Keller: Nationalismus und Statismus
Fr. Burgdörfer: Leben ist wichtiger als Lebensstandard
K. Haushofer: Aus den mittelasiatischen Pufferzonen II
K. Haushofer: Geopolitisch Führendes aus dem Schrifttum
E. Wunderlich: Neue geopolitisch zu beachtende Karten und Atlanten
K. Koepke: Bibliographie der Geopolitik

Beilage: Welt-Rundfunk

K. Kanagawa: Rundfunk über der „Neuen Erde“
G. Reinboth: Italiener und der Rundfunk
K. Wagenführ: Zum englisch-italienischen Rundfunkkrieg
Tagung des Weltrundfunkvereins in Nizza
Die internationale Radiokonferenz in Havanna
Hunderttausend besuchten die Fernsehstudien
Blick in die Rundfunkwelt
Schrifttum



Nichtsnutzig eine Freiheit, die vergißt,
Was sie der Reichesehre schuldig ist!

Nichtsnutzig eine deutsche Libertät,
Die prahlerisch in Feindeslager steht!

Geduld! Es kommt der Tag, da wird gespannt
Ein enig Zelt ob allem deutschen Land!

Geduld! Wir stehen einst um ein Panier,
Und wer uns scheiden will, den morden wir!

Geduld! Ich kenne meines Volkes Mark!
Was langsam wächst, das wird gedoppelt stark.

Geduld! Was langsam reift, das altert spat!
Wann andre welken, werden wir ein Staat.

Conrad Ferdinand Meyer

Im Jubel seiner Heimat fährt der Führer des deutschen Volkes die alte Donaustraße nach Wien, um die Heimkehr der Ostmark ins Reich zu vollenden. Das deutsche Blut der Alpenländer hat sich befreit in einem fruchtbaren Zusammenwirken der eigenen Kraft mit der brüderlichen Macht des Reiches. Die großen Schatten der deutschen Geschichte steigen auf in einer Stunde, in der sich aus dem Volk zum Staat zusammenfügt, was durch die Teilungen der staatlichen Gewalt im alten Reich, durch das Gegeneinander dynastischer Großstaaten im 18. und 19. Jahrhundert getrennt worden war. Die Ostmark kehrt zurück zu ihrer ersten und stärksten Sendung; ihre geschichtliche Leistung aber bleibt als Wirkendes für die Zukunft: nicht nur für die gesamtdeutsche Schau der Geschichte, sondern für die Aufgaben, die das neue, das Dritte Reich der Deutschen in Europa zu erfüllen hat. Indem sich in diesem Reich der Südraum mit dem Nordraum des deutschen Bodens unlösbar vereinigt, vollendet sich das Antlitz deutschen Wesens aus der Tiefe einer klaren völkischen Erneuerung, mit dem Blick in eine Zukunft, die der Würde einer großen Vergangenheit in Nord und Süd nicht minder entspricht wie der Pflicht, entscheidenden Anteil an der Neugestaltung der europäischen Mitte zu nehmen.

WALTHER JANTZEN:**Geopolitik in der neuen deutschen Schule**

Im Februar dieses Jahres übergab Reichserziehungsminister Rust den Erlaß zur Neuordnung des höheren Schulwesens der Öffentlichkeit. Wir geben dem Sachbearbeiter für Geopolitik und Erdkunde am Deutschen Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Berlin, das Wort über die in den Plänen für die höhere Schule niedergelegte Neuordnung des Erdkundeunterrichts.

Die Schriftleitung.

Dem humanistischen Bildungsideal einer früheren Zeit hat die neue deutsche Schule eindeutig das Ziel der politischen Erziehung entgegengestellt. Das mußte notwendig zur Folge haben, daß auch die einzelnen Unterrichtsfächer eine neue Ausrichtung erfuhren, die nicht mehr allein von dem vermeintlich in ihnen ruhenden absoluten Bildungswerten bestimmt sein konnte, sondern von dem Erziehungsziel her getroffen werden mußte.

Wenn politische Unterweisung in der Vorkriegszeit darin bestand, daß „vaterländisches Empfinden“ mit dem Anspruch auf Allgemeingültigkeit eingepflanzt wurde, und wenn die Nachkriegszeit den Versuch unternahm, über den Weg hemmungslosen Diskutierens zu Staatstheorien schlechthin zu führen — so bot die Entwicklung der Geopolitik zum ersten Male einen tiefgreifend neuen Erziehungsfaktor im Rahmen des Politischen. Sie lehnte scharf jedes bloße Staatsdenken an sich ab, was uns heute im Kampfe gegen jeden „Etatismus“ längst geläufig geworden ist. Sie stellte sich weiterhin schroff gegen jede bloße Ideologie, die auf dem Wege über Staatstheorien zu allgemeinen Lehren kommen wollte. Sie verlangte eindeutig als Grundlage für jede politische Urteilsbildung die Gleichbewertung von Raum- und Volksgrundlage der politischen Einzelercheinung. Sie lehrte systematisch, das politische Erscheinungsbild zurückführen auf das jeweils vorliegende Kraftfeld aus dem raum-volklichen Spannungsverhältnis.

Aus solcher geopolitischer Schau ergab sich mit Leichtigkeit ein neuer Weg politischer Schulung überhaupt. Der politische Vortrag der Vergangenheit arbeitete allein mit der Aufreihung und Beleuchtung von Daten, Tatsachen und Berichten in ihrem zeitlichen Nacheinander, so wie es innerhalb der Geschichtsschreibung und politischen Abhandlung gang und gäbe geworden war. Die Geopolitik ebnete den Weg zu der unserer Zeit weit mehr entsprechenden dynamischen Darstellungsweise in der Zusammenschau von zeitlichem Nacheinander und bildhaften Nebeneinander. Sie verlangte, daß jegliches Geschehen auf der Erde in unmittelbare Beziehung gesetzt werde zum Raume selbst. Sie entwickelte Methoden raumpolitischer Darstellungsweise, die die gewünschte dynamische Zusammenschau ebensowohl im gesprochenen Worte wie auch im Kartenbild plastisch hervortreten ließ.

Die Schule selbst war an der Weiterentwicklung der gebotenen Methoden maßgeblich beteiligt. Sie stellte sie nachdrücklich in den Dienst ihrer neuen Erziehungsaufgabe. Aus beidem, dem neuen Ziel und der neuen Methode ergibt sich von selbst die starke Bedeutung der Geopolitik in der deutschen Schule.

Alle politische Erziehung in Deutschland ist bestimmt durch die nationalsozialistische Weltanschauung. Die Art und Weise der Unterrichtsunterweisung entwickelt die Schule selbst. Wenn sie heute weitgehend die politischen Erziehungsgrundsätze der Geopolitik übernimmt, so hat sie naturgemäß ein nicht geringeres Interesse an

dem Gegenstand der Geopolitik als an ihrer Methodik. Gerade darüber aber war bekanntlich der Streit der Meinungen aufs heftigste entbrannt, und als Endergebnis blieb in vielen Köpfen am Ende des Tumultes ein unklares Gewirr recht vager Vorstellungen. Es muß heute als ein Zeichen rückständiger Informierung bezeichnet werden, wenn da und dort noch immer die Vorstellung besteht, Geopolitik beschäftige sich in erster Linie oder überhaupt nur mit dem Feststellen von Raumlagen, gleichgeschalteten Flüssen, Küsten und Gegenküsten oder etwa gar dem staatsbestimmenden Einfluß von Steppen, Wüsten, Inseln und dergleichen mehr. Was einst ein notwendiger Bestandteil geopolitischer Propädeutik war, nistete sich in nicht wenigen Köpfen fälschlich als Kernteil und Grundgeheimnis aller Geopolitik ein. Daß bereits vor der Machtübernahme die Zeitschrift für Geopolitik die Fragen des Raumorganismus, der Bevölkerungspolitik und der Rassenfragen stellte, wurde von vielen damals nicht bemerkt, von anderen schnell wieder vergessen. Es verdient heute besonderer Hervorhebung, daß ein so maßgebendes Buch, wie Burdörfers „Volk ohne Jugend“ und Harmsen, „Bevölkerungsprobleme Frankreichs“ im Verlage dieser Zeitschrift erschienen. Nachdem also Mitläufer und Konjunkturritter bereits auf dem besten Wege gewesen waren, der Geopolitik in ihrem echten Sinne den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem sie wenig durchdachte und schnell hingeworfene geopolitische Rezeptbücher auf den Markt warfen, galt es, gerade dort wieder anzuknüpfen, wo diejenigen maßgeblichen geopolitischen Fragen im Sinne des Volksgefüges angeschnitten worden waren, die sich eben nicht so leicht in ein paar hingeworfenen Kartenskizzen einfangen ließen. Heute ist die Geopolitik eine wesentlich tiefere Angelegenheit, als sich gewisse Schreiberlinge vor fünf Jahren träumen ließen. Sie hat sich restlos abgekehrt von allem, was sie irgendwie in die Nähe eines mit Recht bekämpften Raummaterialismus bringen könnte. Sie weiß sich in wesentlicher Fühlung mit jenen bedeutenden Erkenntnissen der Biologie, die dort in einer neuen Auffassung des organischen Lebensraumes und der untrennbaren Lebenseinheit ihren Ausdruck gefunden haben. Die Anwendung solchen biologischen Denkens auf Raumkörper und Volksgefüge führt nicht nur zu wesentlichen volksorganischen Erkenntnissen, sondern auch zu überzeugender nationalpolitischer Willensbildung, wie sie die deutsche Schule anstrebt. Es braucht nicht bewiesen zu werden, daß es für den jungen Deutschen weit wesentlicher ist, das Gefüge des deutschen Lebensraumes in seiner ganzen Dynamik erfaßt zu haben, als mit oberflächlichen Teilerkenntnissen, die zu Formeln erstarrt sind, herumzuspringen. Hierher gehören u. a. die bekannten Behauptungen, die glauben machen wollen, daß Städte von überragender Bedeutung nur da zur Entwicklung kommen konnten, wo das Klima, ein gutes natürliches Verkehrsnetz oder ein entsprechendes Bodenrelief, etwa der Mittelpunkt einer großen Mulde, diese Entwicklung erzwangen oder so stark herausforderten, daß der Mensch das eben merken mußte. Es gibt Gegenbeispiele genug, die solche Rezepte entkräften können. Aber — was sich einmal herumgesprochen hat, wird oft als heilige Wahrheit gehütet, auch wenn es unsinnig ist. Es bedurfte immerhin aller Anstrengungen einer verantwortungsvolleren Geopolitik, um an die Stelle solchen dilettantischen Formelkrames Wesentlicheres zu setzen. Erste und oberste Frage eigenverantwortlicher geopolitischer Raumbetrachtung wird in Zukunft sein müssen: „Welche Naturgegebenheiten an Raumlage, Bodenbedeckung, Relief und Klimabedingtheit bietet ein Raum; wie hat sich das ihn bewohnende

Volk zu diesen verhalten?“ Nicht der Raum als solcher kann ein Spannungsfeld, eine Wachstumsspitze oder ein strategisches Subjekt sein! Erst die Art seiner Erfüllung mit Volk bringt ihm politische Bewertungsmöglichkeit. Von einem geopolitischen Raumgefüge kann erst gesprochen werden, wenn Volk aus der gegebenen Materie Raum das Wechselspiel erweckt, das Gegenstand der Betrachtung sein kann. Raumgefüge ist nicht denkbar ohne Beziehung zum Menschen, Volksgefüge sinnlos ohne Beziehung zum Lebensraum.

Daraus geht hervor, daß es keine geopolitischen Gesetze an sich gibt, wie die Raumskizzierer sich das dachten, sondern daß das geopolitische Gesetz sich von Fall zu Fall aus der Kräftelagerung ergibt und nicht ohne weiteres verallgemeinert werden darf. Es ist zum mindesten abhängig von der im Volk gegebenen Rassen-eigenart und dem wieder daraus sich ergebenden Führertum.

Aus dem Gesagten geht klar hervor, daß die Geopolitik innerhalb der Schule weder ein Fach noch eine Lehre sein kann, sondern eine Betrachtungsweise ist. Ihre Anwendung erscheint allerdings in den Fächern Geschichte, Erdkunde und Biologie fast auf Schritt und Tritt zweckmäßig und sinnvoll. Sie dient in hohem Maße der Auflockerung und Verlebendigung des nationalpolitisch wertvollen Unterrichtsstoffes, führt zu nachhaltigeren und überzeugenderen Vorstellungen und regt stärkstens zu eigener Weiterarbeit und steter Anwendung an.

*

Da die Geopolitik ihren besonderen Wert innerhalb der Urteilsbildung darin hat, daß sie die Raumbezogenheit volklicher Vorgänge klärt, dürfte in der Schule ihre Hauptpflege dem Erdkundeunterricht zufallen. Die neuen Lehrpläne tragen dem in stärkstem Umfange Rechnung. Sie haben geopolitisches Denken, wo immer es nur anging, in diesem Fache verankert. Aber auch die Biologie und die Geschichte bedienen sich weitgehend geopolitischer Fragestellung. Die Arbeitsteilung der Fächer ist im wesentlichen darin festgelegt, daß die Erdkunde die raumbezogenen Vorgänge des Völkerlebens, wie sie sich im Nebeneinander des volkerfüllten Landschaftsbildes dem Auge darbieten, verarbeitet, während die Geschichte in das Abrollen der zeitbestimmten Vorgänge den Raumfaktor in ihr entsprechender Weise einbaut. Die Biologie wiederum beschäftigt sich mit den eigentlichen Lebensvorgängen, beschränkt sich jedoch dabei nicht wie früher auf die Einzelercheinung, sondern sieht diese jeweils als organischen Bestandteil eines größeren Lebensgefüges, das sinnvoll im Rahmen seines Lebensraumes in Erscheinung tritt. Erst das Zusammenklingen der drei verwandten Unterrichtsfächer kann, gemeinsam mit der Deutschkunde, zu einer Wesensschau von Volk und Welt führen, wie die Geopolitik sie zum Gegenstand ihrer Forschung, ihrer Lehre und ihrer Erziehungsarbeit gemacht hat.

Die geopolitischen Aufgaben der Schulerdkunde, des in diesem Sinne wichtigsten Unterrichtsfaches, sollen im folgenden umrissen werden. Für Geschichte und Biologie wird das ihnen Entsprechende leicht daraus abgeleitet werden können.

Die neue Erdkunde erschöpft sich schon lange nicht mehr darin, bloße Topographie zu sein. Es ist wohl ihre erste propädeutische Aufgabe, aber nicht ihr letztes Ziel, über die Verteilung der Räume auf dem Erdball, die Lage der Gebirge, Flüsse und Städte, die Art der Bodenbedeckung usw. zu unterrichten. Das sind erste

Grundlagen des Unterrichts, auf ihnen erst erhebt sich die Möglichkeit der Erziehungsarbeit. Diese bedingt, daß den alten geographischen Gegebenheiten der Räume die der Menschen hinzugefügt werden. An die Stelle der alten natürlichen Landschaften, in denen der Mensch den kleinsten Teil darstellte, tritt fortan die volkerfüllte Landschaft im Sinne des Lebensraumes. Wenn früher versucht wurde, ursächliche Zusammenhänge „herauszukristallisieren“ (spöttische Folgerung: weil die Alpen ein tertiäres Faltengebirge sind, jodelt der Senn...), geht es heute darum, zu erkennen, welche Leistung ein Volk vollbracht hat, indem es sich einen Lebensraum eroberte, einrichtete und mehr oder weniger umgestaltete — oder aber vor ihm kapitulierte. Während vormals die geographische Kulturlandschaft einer unberührten Urlandschaft gegenübergestellt wurde, geht es fortan um die Frage, in welchem Maße der Mensch in seiner volklichen Gebundenheit die Landschaft meisterte. Zerstörte er nur den naturgegebenen Organismus durch die brutalen Eingriffe seiner Zivilisation, oder wurde er wahrhaft Meister des Raumes, indem er einen organischen Kulturorganismus zum Leben erweckte? Der Begriff der Kultur hat heute einen vollen Klang bekommen. Keineswegs kann fortan alles Kulturlandschaft geheißen werden, was Spuren menschlichen Eingriffs offenbart. Ja selbst die Weizenfluren Kanadas oder anderer Monokulturgebiete dürften nicht im vollen Sinne Kulturlandschaften genannt werden. Denn mit dem Begriff eines Kulturraumes muß sich unter allen Umständen die erfüllte Forderung eines lebensfähigen Organismus verbinden. Eine restlose Versklavung eines Raumes zugunsten einer einzigen Anbauform ist im höchsten Grade unorganisch. Ein in solchem Raume wohnendes Volk ist nicht in der Lage, sich auch nur einigermaßen in Ernährung, Lebensbedarf und „Kultur“ auf sich selbst zu stellen. Der Lebensorganismus einer wahren Kulturlandschaft erfordert einen hohen Grad von Eigenständigkeit, Nähr- und Wehrfreiheit. In diesem Sinne kann auch ein Industriegebiet in seiner eigentlichen Begrenzung noch kein Raumorganismus sein. Es kann jedoch dazu werden, wenn ihm eine ausreichende Nährfläche für seine Bevölkerung und ein ausreichendes Mindestabsatzgebiet angeschlossen sind. Das Deutsche Reich ist zweifellos ein Kulturgebiet höchster Intensität. Daß es in seiner heutigen Begrenzung kein kulturlandschaftlicher Organismus sein kann, ist einer der Beweggründe für die Verurteilung der Friedensdikate, die diese weitgehend beschädigten, und für die Forderung auf Rückgabe unserer Kolonien. Der Weg, aus eigener Kraft den Ausbau des Reichsraumes zum Raumorganismus zu fördern, wird außerdem durch Raumordnung und Planung, Neulandgewinnung und Bodenverbesserung unter Einsatz aller Kräfte beschritten.

Während in der alten „natürlichen Landschaft“ die Belehrung sich an das allgemein bekannte Schema: „geologische, morphologische, klimatologische Grundlagen, Vegetation, Siedlung“ hielt, geht es heute in der Schulerdkunde um die Frage, wie innerhalb eines politisch, kulturell, stammhaft oder auch staatlich bestimmten Raumes das Leistungsbild des sie erfüllenden Volkes aussieht. Es wird als wesentlich angesehen, in welcher Weise und in welchem Ausmaße die pflanzliche Bodenbedeckung beeinflußt oder gewandelt worden ist, wieweit vorhandene Bodenschätze genutzt werden, welches Gefüge die Bevölkerung nach ihrer blutmäßigen Zusammensetzung, ihrer Geburtenfreudigkeit, ihrer ständischen Schichtung, ihrer Wohndichte und -verteilung sowie nach ihrem Binnenwanderungsfaktor hat. Erst wenn sich das

Betrachtungsfeld mit solchen Größen gefüllt hat, ist es möglich, wertende Schlüsse zu ziehen und damit politisch zu erziehen. Nicht der Schrei nach Revanche ist dem deutschen Volke gemäß, sondern das geopolitische Gewissen, das in dem Wort vom „Volk ohne Raum“ schlägt, bewegt uns, wenn wir gegen Diktate anrennen!

Sobald der Blick sich vom deutschen Raume den fremden zuwendet, fordert politische Erkenntnis, daß das alte Schema der Staatsräume gesprengt wird zugunsten der eigentlichen Volksräume, die heute in vielen Gegenden der Erde die politischen Bewegungskräfte gebären, sehr im Gegensatz zu den nicht selten stagnierenden Staatsräumen, von denen in solchen Fällen das Gegenspiel aller organischen und somit nationalsozialistischen Auffassung der Politik inszeniert wird. Nicht das britische Kaiserreich Indien ist politisch aktiv, sondern das Volk der Inder handelt in seinem Volksraum, nicht ein mandatarisches Staatsgebilde Palästina politisiert, sondern ein arabisches Volkstum läßt Rufe ertönen. Die Staatenkarte Europas täuscht an allen Ecken und Enden politische Gebilde vor, die die eigentlichen Herde volkspolitischen Geschehens überdecken. Der Erdkundeunterricht muß dem Rechnung tragen, wenn er politisch erziehen will, oder er erfüllt seine Aufgabe nicht. Eine Landschafts- und Staatenkunde von Südosteuropa im alten Sinne ist keinesfalls ausreichend, wenn sie weder die Völker, und unter ihnen besonders die Kroaten, Slowenen und Makedonen erwähnt, noch ihre seelische, kirchliche und kulturelle Gebundenheit beleuchtet. Die Staatsengrenzen zu kennen gehört zum einfachsten Rüstzeug der Erdkunde, die Volksräume, Zerrungszonen und wahren Wirbelgebiete des Volkstums und der tiefergehenden Einflüsse zu erkennen, wird wichtige Aufgabe politischer Bildung. Daß hierauf früher kein Wert gelegt wurde, hat sich im Kriege und in den Nachkriegsjahren bitter gerächt. Der Durchschnittsdeutsche hat nicht einmal über seine eigenen Volkstumsfragen Bescheid gewußt, geschweige denn über die seines verbündeten österreich-ungarischen Nachbarn!

Es ergibt sich von selbst, daß einem Volksgefüge in der Betrachtung auch ein Wirtschaftsgefüge zu entsprechen hat. Wirtschaftsgeographie als Waren-, Produktions- und Lagerstättenkunde ist wahrlich für die Schule nicht brauchbar. Geopolitische Ausrichtung verlangt auch hier das Erkennen der dynamischen Zusammenhänge. Nicht die nackten Zahlen der Ein- und Ausfuhr als solche vermögen die Wirtschaft eines Volkes zu spiegeln, sondern ihr Wert im Hinblick auf freien Leistungseinsatz, kapitalistische Ausbeutung, Raubwirtschaft oder gesunde Wirtschaftsplanung. Es ist völlig unzweckmäßig, einen Schüler in statistischen Feststellungen, und seien sie noch so zierlich in Bildkärtchen u. dgl. aufgemacht, buchstäblich ersaufen zu lassen, ohne ihn mit der eigentlichen Dynamik der weltbewegenden Zusammenhänge, aus denen allein sie zu verstehen sind, bekannt zu machen. Ein Zopf verstaubtester alter Systeme sind noch jene Wirtschaftswandkarten, die da und dort an den Wänden hängen und zu Schemen erstarrten Lexikons gleichen, wenn sie dutzenderlei Wirtschaftssignaturen an die Wand bannen. Kommt es darauf an, um irgendein entlegenes Vorkommen zu wissen, oder ist nicht vielmehr das Beziehungs- und Spannungsverhältnis aus solches für Schule und Erziehung viel wichtiger? Nicht daß es da und dort auf der Erde gerade Baumwolle gibt, ist wissenswert, sondern warum diese und jene Baumwollgebiete für uns eine Bedeutung haben oder untereinander in tödlichem Konkurrenzkampf stehen! Das darzustellen vermag allerdings keine Einblattwandkarte, sondern allein die geopolitische

Kartenserie, deren Methode bereits soweit entwickelt ist, daß auch Schulkartenzeichner sich heute darum kümmern sollten.

Zur Wirtschaftsgeopolitik tritt betont heute die Wehrgeopolitik. Gerade sie, die von Karl Haushofer meisterhaft vertreten wird und von Banse keineswegs aus den Angeln gehoben werden konnte, kann die Schulerdkunde vielseitig befruchten. Sie vermag den Blick wie kaum eine andere Betrachtungsweise für die Notwendigkeiten in einem Kriegsfall zu schulen. Darüber hinaus wirkt sie zutiefst erziehend auf die kampfesfrohe Vorstellungswelt aller Jugendlichen. Auf keinem Gebiet ist es so notwendig, ja lebenswichtig, romantisch-heroische Einbildungen auf sehr reale Grundtatsachen zurückzuschneiden wie gerade hier. Kriege werden weder durch brausendes Hurrageschrei, noch durch herrliche Reiterattacken entschieden, was manchem Jungen immer noch vorschwebt. Daß Kriegführung sich in Landschaftsräumen bewegt, vermag aber auch ein Dreizehnjähriger schon zu verstehen. Es wird kein Schaden sein, wenn auch ihm schon eine gewisse Vorstellung dämmernd, daß gerade bei der geballtesten menschlichen Leistung, der Kriegführung, der Raum sehr erheblich mitspielt und der Mensch nur dann in diesem ungleichen Wechselspiel mit seinem naturgegebenen Partner Sieger bleibt, wenn er sich mit den Gesetzen der Landschaft im Kriege vertraut gemacht hat.

Wehrgeopolitik führt hinaus in alle Zonen der Landmassen, auf die Meere und in den Luftraum. Sie bietet die Standorte der Betrachtung für länderkundliche, wirtschaftsgeographische und politische Fragen. Sie verbindet die politische Staatenkunde mit den Fragen des Raumgeschehens und führt da und dort zum Brechen der reifen Frucht geopolitischer Forschung und Wertung: zur Feststellung raumbedingter geopolitischer Stellungen, die fälschlich von Dilettanten oft genug an den ersten Anfang kindertümlicher Betrachtung gerückt wurden!

Ein Wort sei noch gesagt zu den Hilfsmitteln geopolitisch ausgerichteten Erdkundeunterrichts. Aller Anfang muß das eigene Sehen in der Landschaft sein und bleiben! Da es fast immer im engbegrenzten Heimatraum bleiben muß, sollen Abbilder des Sichtbaren weiterhelfen. Das sind Karten und Bilder. Unsere an sich hochentwickelte Kartenherstellung wird sich wohl oder übel dazu bequemen müssen, endlich auch einmal dem Geist der Zeit nachzugeben und ihm entsprechende neue Karten zu entwickeln. Was zur Zeit noch immer auf den Markt gebracht wird, ist fast ausnahmslos noch rein morphologisch ausgerichtet. Der Schritt zum Neuen wird auch nicht mit ein paar eingedruckten Pfeilen und Farbschattierungen gelingen. Die Neugestaltung des Erdkundestoffes bedingt auch eine grundlegende Neuformung der Karten und Atlanten, wofür eine Revolutionierung der Darstellungsmittel ebenso dringlich ist wie die sinnvolle Neuauswahl der Räume und Raumeinheiten, je nach ihrer Zusammengehörigkeit. Sehr wesentlich ist die verantwortungsvolle Behandlung der Farben und der die Dynamik darstellenden Signaturen. Leider muß auch — was früher selbstverständlich war — äußerste zeichnerische Genauigkeit verlangt werden, denn die Karte dient zur bleibenden Einprägung von Raumvorstellungen. Nur ungefähr und unsauber angelegte Konturen von Ländern sind abzulehnen.

Neben die Wandkarte tritt der Atlas. Er ist seit langem ein unentbehrliches Hilfsmittel des Unterrichts, ohne daß diese Unentbehrlichkeit immer zu stetem Schritt halten mit der Weiterentwicklung der erdkundlichen Erziehungsaufgabe angeregt

hätte. Nicht der Atlas ist wertvoll, der zu einem uralten Grundstock physikalischer Karten eine Unzahl aller nur erdenklichen Nebenkarten gepackt hat. Was an Nebenkarten nur selten einmal benutzt wird, gehört nicht in den Atlas, sondern in das Lehrbuch. Im Atlas aber muß sich das sinnvolle Gebäude des Erdkundeunterrichts klar und überzeugend spiegeln. Dazu muß er das in den Vordergrund rücken, was Mittelpunkt zu sein hat: das wirkliche Landschaftsbild. Weder die Staatenkarte, noch die bisherige physikalische Karte konnte das annähernd richtig vermitteln. Hier tut der „neue Wurf“ not! In allen Nebenkarten sollte die geopolitische Methode benutzt werden. Sie hat den Nachweis erbracht, daß mit den geringsten Mitteln in Schwarz-Weißtechnik durch Beschränkung auf das Wesentliche Maßgebliches erreicht werden kann. Es besteht kein Zweifel, daß dieser Weg sich gegenüber dem alten ausgetretenen durchsetzen wird. Leitmotiv muß werden, jedem Vorgang oder jeder darzustellenden Reihe ein Kartenbild vorzubehalten, anstatt vielerlei miteinander zu verknüpfen und damit das Bild selbst zu verwirren.

GUSTAV AMANN:

Das chinesische Dorf

Im Anschluß an die Aufsatzfolge unseres japanischen Mitarbeiters R. S. über die japanische Agrarfrage (1937, Heft 1, 2, 3) veröffentlichen wir im folgenden eine Darstellung chinesischer Bauernfragen, die auf neuen, bisher nicht ausgewerteten Erhebungen beruht.

Der Aufsatz ist ein Abschnitt aus dem in Vorbereitung befindlichen Werk von Gustav Amann: Chiang Kaisheks Ringen mit dem Kommunismus, das voraussichtlich zu Ende des Jahres erscheinen wird.

Die Schriftleitung.

Achtundsiebzig Prozent aller Chinesen sind Bauern.

Mit einem Schritt aus den Straßen der Stadt heraus, steht man schon im Bauernland. Es drängt sich an die Städte, in den Schatten der Stadtmauern heran, umkreist sie in unabsehbarer Weite. Dieses Land ist wie ein Zauberteppich, der im Herbst zu einem Meer goldgelber Fruchthalme wird. In der unteren Yangtze-Ebene hat das Reisland nur kleine und kleinste Felder; die Flächeneinheit des Ackerlandes beträgt in China nur den sechsten Teil des europäischen Morgen. Die Felder sind kunstvoll, stufenartig, mit eben notwendigstem Bewässerungsgefälle angelegt; die einen steigen auf, andere wieder fallen zu den Gräben und Kanälen, die das Land gleich einem Spinnennetz überziehen: ein Leuchten, grün und gelbgrün in jeder Schattierung, ein Zauberteppich aus Erde und Wasser.

Das Ackerland in China ist alte Erde, seit tausend Jahren ausgesaugt, und wird doch jedes Frühjahr vom Zaubermeister, der Bauernarbeit, zum leuchtenden Grün des Fruchtbarkeitsteppichs neu belebt. Man sagt, daß die Chinesen das Geheimnis besäßen, aus einem Korn sieben Halme zu treiben. Das ist nicht wahr. Der Reisertrag in China ist nur die Hälfte von dem in Japan, fast nur ein Drittel von dem in Italien und weniger als der dritte Teil von dem in Spanien. Aber Mühe und Arbeit des chinesischen Bauern sind unendlich.

Der aufmerksame Beobachter kann auf einer Reise durch das flache Land recht vieles sehen und von diesem Bauernland China, das 78% der Bevölkerung Arbeit gibt, recht viel verstehen lernen. Bis vor wenigen Jahren waren die Beförderungsmittel über Land noch ausschließlich Tragstuhl und Schiebkarren. Von der Sitz-

bank zwischen den langen Stangen des Tragstuhls, vorn und hinten auf den Schultern der Kulis getragen, überblickt man die Felder und hat beim sanften Wippen im Takt der Kulischritte Muße, auf den 30 Kilometern Tagesmarsch nachzudenken.

Man sieht wenig Arbeitstiere auf dem Reisland. Neben dem Grünfutter, das sich die Wasserbüffel, mit dem Hirtenjungen auf dem Rücken, Sommer und Winter an Feldrändern und auf den Grabhügeln hier und dort selbst suchen müssen, kosten sie den Bauern doch auch Reisstroh und Bohnen, und sind sehr teuer. Bohnen werden auf hochgelegenen und trockenen Äckern angebaut, aber sie müssen sich in den neben dem Reisbau verfügbaren Boden mit der süßen Kartoffel, der Baumwolle und, im sandigen Land, mit der da ertragreicheren Erdnuß teilen. Sieht man darum wenig Arbeitstiere, so begegnet man aber nicht selten Pflügen, die von Menschen gezogen werden, und überall der Hackarbeit auf den Feldern. Es hat also schon seinen Grund, daß die Felder von so kleinem Flächenausmaß sind. Bis an die Knie im Wasser, eine Reihe nackter Rücken im Brand der Sonne, muß das Bauernvolk viel selbst ackern, Wasser mit den hölzernen Tretwerken schöpfen, und tun, wozu sonst Tiere dienen.

Dieses Land ist weit und still. Die Schritte der barfüßigen Tragkulis des Reisenden betonen noch die Stille. Zu sprechen haben diese Kulis nicht viel; ihr wichtigstes Interesse: wo und was es zu essen geben wird und wieviel Trinkgeld sie wohl erwarten dürfen, ist bald erschöpft, und es ist lang bis zum Abend. Auf ein Dorf zu, das sich mit einigen uralten, breitausladenden Kamphorbäumen anzeigt, wird die Landstraße belebt. Von weit her kann man das eintönige Gesänge der Frachenträger hören: Bauern, die mit ihrer Ware, an einer Tragstange über die Schulter geschwungen, mit He-ho, Hi-ho dahergeschleppt kommen —, oder es schrillt das Kreischen eines schwerbeladenen Schubkarrens. Vielleicht ist gerade Markt, der alle fünf Tage stattfindet, und zu dem Bauern und Händler aus der Umgebung kommen, um ihren Handel zu treiben. Das ist der wichtigste Tag der Woche auf dem flachen Lande. Denn außer zu Hochzeiten oder Begräbnissen kennt der Bauer keinen Feiertag von Neujahr bis Neujahr. Aber zum Markte muß er gehen, weil er erst verkaufen muß, um dann kaufen zu können, was er braucht. Drei Hühner in einem Korb, und im andern, um das Gleichgewicht an der Tragstange zu halten, ein Stein; oder ein Sester Reis, ein Schwein, auf dem Schubkarren festgebunden — das ist die Ware, die zum Markte geht. Klein, wie die Felder, ist auch der Bauernbesitz. Einen schwerbeladenen Erntewagen gibt es hier nicht. Die Landstraße ist nur 3 Fuß breit. Eifersucht auf Ernteland duldet sie nur wie einen Strich zwischen den Städten, und zwischen den Äckern muß der erhöhte Rand der Reisfelder als Feldweg dienen. Die Straße verrät uns: die Bauern sind arm, es gibt zu wenig Kulturland für all die Bauern in China.

Wenn das Ernteland der Provinz Chekiang gleichmäßig verteilt würde, fielen auf jede Bauernfamilie 12,4 (72—75 ar) chinesische Morgen (1 Mow = 6,144 ar), in der Provinz Fukien 14 Morgen (85—90 ar), und ähnlich verhält sich der Anteil in allen Gebieten Chinas.

Wie arm die Dorfbewohner sind, erfährt der Reisende, wenn er an einem der größeren Plätze Station macht. Die Tragkulis bekommen da ihren Taglohn, 1000 Cash (80 cts.) der Mann; sie beeilen sich, eine Strecke des Wegs zum vorherliegenden Dorf zurückzulaufen, weil sie dort ihr Essen um 10 Cash billiger

bekommen, als auf der Reistation. Die Häuser sind, auch in den großen Dörfern, meist aus gestampften Erdmauern und nur das Dach aus gebrannten Ziegeln; Küche, Schlafraum, Stall, alles gewöhnlich mehr oder minder ein einziger Raum. Im Sommer laufen die Kinder nackt, die Mädchen mit einem winzigen Schürzchen vorgebunden. Eine Backsteinmauer, von den Dächern schmucker, durch mehrere Höfe voneinander getrennter Gebäude überragt, zeigt das Gehöft an, in dem ein reicher Bauer mit seiner Familie und großem Gesinde lebt: der Dorfvorstand, ein Familienältester. Ein Kramladen oder Getreide-Handelsgeschäft hat wohl auch noch ein bürgerlich-bäuerliches Haus, aber es sind zusammen nur sehr wenige im Dorf. In der Herberge muß der Reisende im gemeinsamen Wohn- und Küchenraum Vorlieb nehmen. Das Bett bringt jeder mit, eine Strohmatte, die auf dem Fußboden ausgebreitet wird, und eine wattierte Steppdecke, die nachts warm hält. So ein Haus ist natürlich nicht geheizt. Die Reisegenden haben aber auch im Winter ein mildes Klima; es ist mehr feucht als kalt, und des Nachts schließt man Türen und Fenster mit Brettern. Aber die Freundlichkeit der Hausleute, ihre Aufmerksamkeit, den Gästen Tee anzubieten, können doch eine warme Atmosphäre schaffen. — Kein Bauer ist zu arm, einem Einkehrenden nicht wenigstens warmes Wasser anzubieten, an der Stelle von Tee. — In der Herberge gibt es gedämpften Reis mit etwas gekochtem Gemüse; kleine Stückchen Hühnerfleisch oder Schinken hinzugefügt, ist es schon ein Festessen. Es ist indessen brauner Reis, in der Schale gedämpft, damit er mehr ausgibt. Fragt man nach poliertem, weißem Reis, so ist die entschuldigende Antwort einmal, wie allemal: hier haben wir keinen weißen Reis, der wird nach den Städten verkauft. Die Bauern haben aber auch meist keinen braunen Reis; sie essen die Hirse, die ihnen als zweite Ernte wächst. Wie reich auch das Land, so arm ist doch das Landvolk — und hat dieses Gesicht der allgemeinen Armut nicht auch noch für jeden seine eigene Grimasse? — Ist des Bauern Freund der Regen, so vereitelt er doch den landlosen Tagelohnarbeitern die Arbeit auf den Feldern. Dann sind die Straßen aufgeweicht, und ans Reisen nicht zu denken; dann muß der Kuli essen ohne zu verdienen. Bleibt aber der Regen aus, so hängt über den Bauern die Gefahr, daß die Ernte auf dem unbewässerten Boden verdorrt, die Nahrungsnot an Mensch und Vieh herantritt, und schließlich die Saat fürs kommende Jahr aufgegessen werden muß.

Es gibt kein Jahr, in dem nicht Menschen in China Hungers sterben.

Und war das immer so für das Bauernvolk in China? — Man kann mit gutem Gewissen sagen: ja, es war immer so, und niemand fühlt sich schuldig. Denn wird das Geschick nicht für jeden, wie zwischen zwei Mühlsteinen gemahlen, und war das nicht immer so, seit Anbeginn? —

*

Es gibt zu wenig Ernteland in China, und darum mahlen die Mühlsteine, Angebot und Nachfrage, so tödlich fein auf dem flachen Lande, daß allzuvielen gar kein Land zum Besitze bleibt. So ist in der Provinz Kwangtung die Hälfte des Ackerbodens Eigentum von 2% der Bauernfamilien.

Der Landbesitz ist in Kwangtung überwiegend in den Händen der Stammfamilien der großen Clans. Clanland ist unveräußerlich; von einzelnen Clanfamilien privat erworbener Grund und Boden fällt beim Ableben der Besitzer an den Clan,

so daß sich das Clanland nur vermehren, nie vermindern kann. Der Ehrgeiz der Clans, durch das Besitzrecht der direkten männlichen Linie am Land, den Namen auf immer und ewig fortzusetzen, hat hier also schon einmal das „freie Spiel“ des Wirtschaftsgesetzes von Nachfrage und Angebot aufgehoben. — Die Clanverfassung reicht aber auch noch weiter. — Es muß der ungeheure Besitz der Stammfamilien natürlich von Pächtern bewirtschaftet werden; das Vorrecht der Pacht ist den „Trägern des glücklichen Namens“, das heißt den entfernter dem Clan angehörigen Bauernfamilien, vorbehalten. Das bedeutet aber gleichzeitig auch, daß die Bauernfamilien eines Clans als Pächter zu wirtschaften gezwungen sind. Es ist hier also gar nicht das blinde Gesetz, sondern es sind in Wirklichkeit die Clanältesten, die einer weiten Schicht von Pächter-Landwirten die Lebensbedingungen bestimmen. —

Das übrige Land in Kwangtung ist in privatem Besitz —, und zwar im Besitz vorzüglich von Ausgewanderten, die ihre Ersparnisse im Heimatboden anzulegen lieben. So kommt es, daß in Kwangtung 78% des Bauernvolkes Pächter und Landarbeiter sind, und nur 22% der Bauern von der Bewirtschaftung eigenen Bodens leben können.

Ganz ähnlich ist die Eigentumsverteilung in der Provinz Kwangsi. Im Landkreis Nanning entfallen auf 60% der Bauernfamilien nur Besitzungen unter je 5 chinesischen Morgen, während Besitzer von 20 Morgen Land ihren Boden bereits zum Teil verpachten. Man kann daraus erkennen, wie einträglich die Verpachtung sein muß, daß auch kleine, selbstbewirtschaftende Bauern ihr Land verpachten.

In anderen Teilen Kwangsis herrscht trockene Landwirtschaft vor. Es geht da die Zahl der ganz, oder fast landlosen Bauern auf 20% zurück; aber auch hier ist der vierte Teil der gesamten Anbaufläche im Besitz von 1,5% der Bauernschaft. Auf ärmerem Boden ist die Konzentration des Landeigentums recht oft geringer, denn die kaufkräftige Schicht, die Stärkeren, die sich zu behaupten vermögen, erwerben vorzüglich den reichen Boden. So finden wir in der wasserreichen Provinz Tschekiang, und in den Tälern des Yangtzekiang und des Hwaiho die Clanwirtschaft wieder in größter Ausdehnung. Im Kreise Pukiang von Tschekiang ist der dritte Teil der Anbaufläche Clanland. Ein weiteres Drittel ist im Besitze von abwesenden Verpächtern, ein Sechstel wird von wohlhabenden Bauern bewirtschaftet, und nur das letzte Sechstel entfällt auf Pächter und Landarbeiter als Eigentum. In anderen Distrikten steigt das Clanland bis auf 40% allen Bodens an; an der Meeresküste sind 80% der Landwirte auf Pacht für ihren Lebensunterhalt angewiesen, und die Hälfte von ihnen ist ganz landlos. —

In der Provinz Kiangsu herrscht zwischen Hwaiho und Huangho trockene Landwirtschaft vor. Hier leben die Bauern vorwiegend auf eigenem Boden, es gibt wenig Großbetriebe und wenig Pachtlandwirte. Dennoch ist auch hier die Hälfte der Bauern erschreckend arm.

Der Löß, der in diesem Teile Chinas den Ackerboden ausmacht, ist ein fruchtbarer Boden. Ähnlich ist es im fruchtbaren Schwemmland von Nantung an der Yangtzemündung; auch da ist der Landbesitz wenig konzentriert und es gibt viele mittelgroße Eigentumsbetriebe, und dennoch große Armut.

Ist die Clanwirtschaft also einer der Gründe, die den Bauern ein Hungerdasein bereiten, so kommen aber auch noch weitere hinzu, die ihn in Armut halten, auch wenn er im Besitz von fruchtbarem Land ist.

Da ist, zum Beispiel, auch das nördliche Kiangsu mit ärmster, salziger Erde. Riesiger Großgrundbesitz von Landgesellschaften, auf dem 50000 Bauern leben, und Tempel-Güter, bis zu 50000 Morgen groß, unterscheiden hier die Landwirtschaft durchaus vom Clan-Betrieb; aber die Armut der großen Bauernmasse unterscheidet sich auch da nicht von anderen Gegenden Chinas. —

Was sind dann also die Umstände, die die breite Masse der Bauern als Ganzes beherrschen und ihnen das Hungerdasein bereiten?

Die Provinzialregierung von Kiangsi hat eine Zusammenstellung der Gesamtbevölkerung eines ländlichen Reviers (Pao) von 6 Zehnfamilienvorständen gemacht, die uns dazu folgendes sagt:

Landwirte sind	70,5%	der Bevölkerung,
Gewerbetreibende	11%	„
Handeltreibende	8,5%	„
Beamte (Polizei)	10%	„

und die Provinzialregierung von Kiangsu stellte den Berufsstand von 500 Großgrundbesitzern wie folgt fest:

	Beamte und Militärs	Geldverleiher	Händler	Industrielle
in Südkiangsu	27,3%	42,9%	22,3%	7,5%
in Nordkiangsu	57,28%	28,17%	14,55%	

Es ist also außer dem Landadel auf der einen Seite das Bürgertum auf der anderen Seite, für welche die breite Masse der Bauern das Land bewirtschaften muß, um leben zu können. Und das ist im ganzen der Umstand, der sie bedrückt.

Es wird geschätzt, daß der Großgrundbesitz in den südwestlichen Provinzen 70%, in den YangtzeProvinzen 60%, in Hupeh 30% des Erntelandes innehat.

*

Nördlich des Hwaiho und im ganzen Nordwesten Chinas ist die Landwirtschaft der Natur nach vollkommen verschieden von der im Reisland des Südens. Der Boden ist Löß, die trockene, extensive Landwirtschaft herrscht vor. — Das Arbeitstier spielt hier eine entscheidende Rolle. Es wird Weizen angebaut, Hirse, Kauliang, süße Kartoffeln, Erdnüsse, Baumwolle, und die Zucht von gelben Rindern, Pferden, Eseln, Maultieren und Schafen wird weitläufig betrieben. Es ist eine andere Welt gegenüber dem Süden. Die Nahrung der Bauern ist hier Brot, Kauliang und Hirse. Rohe Straßen ziehen sich über das Land an Stelle der Kanäle des Südens. Man fährt mit dem Dreigespann vor einachsigen Wagen, die mit riesigen, soliden Rädern die Fahrbahn zu zwei tiefen Furchen aufpflügen. — Nur das Geschick der breiten Bauernmasse ist dasselbe wie im Süden Chinas. —

Im Landkreise Tatung der Provinz Schansi haben 41% der Bauern nur 8,5% des Erntelandes im Besitz. Dabei entfallen weniger als zehn Morgen Ackerland auf die einzelne Familie; zu wenig um Arbeitsvieh zu halten. Auf eigenem Grund und Boden so eben zu existieren, vermögen 30% der Landwirte mit zusammen 19,5% des Landes in Eigenbesitz, während 29% Verpächter 72% des Erntelandes besitzen.

In Schansi arbeiten die größeren Grundbesitzer nicht selbst mit auf dem Felde, sie überwachen nur die Landbestellung. Es lohnt sich für sie mehr, die billige Arbeit der Landarmen anzusetzen, sei es als Landarbeiter oder in der Form von Pächtern.

Übrigens bearbeiten auch im ganzen China aus demselben Grunde die landbesitzenden Bauern selten mehr als ein Viertel ihres Landes. — Der Landarbeiter ist billiger als Arbeitsvieh. —

Ein Knecht erhält das Essen, jährlich ein Kleidungsstück aus Baumwolle und 20 bis 30 Dollar Lohn im Jahr. — Die „helfenden Hände“ bekommen im Tagelohn in der trockenen Landwirtschaft von Kiangsu 12 bis 15 Cents im Tag.

In Kwangsi wird zur Zeit des Ackerns und Erntens 33 Cent für den Tag bezahlt, oder bei Engagement für vier Tage ein Dollar. An Regentagen haben diese langfristigen Arbeiter nur auf das Essen Anspruch. Frauenarbeit gilt in der Zeit des größten Arbeitsbedarfes 25 Cent und das Essen. Im Kreise Shian in der Provinz Kwangsi gibt es sogar völlig unbezahlte, in der Hungersnot vor zehn Jahren auf Lebenszeit gekaufte Knechte. —

In Tschekiang verdienen die Frauen 8 Cent im Tag bei der Tee-Ernte, und 3 Cent den Tag bei dem zweiten Pflücken. Beim Morgengrauen begeben sich Männer und Frauen ins Dorf und stehen in Reihe; gar manche müssen erfolglos wieder heimziehen. In der flauen Zeit überläßt der arme Bauer die Feldarbeit den Frauen und zieht zur nächsten Stadt, um als Kuli Landprodukte für die Händler abzutransportieren oder um Asche und Müll für Dünger aufs Land zurückzuschleppen. Züge von hundert und mehr Männern wandern dann die Nacht hindurch, um beim ersten Morgengrauen, wenn die Stadttore geöffnet werden, ihre Last abzuladen oder sie für den Heimweg aufzunehmen. Der Kulitransport ist billiger als die Warenbeförderung durch Vieh, und so kommt es, daß man auch im nördlichen Lößland trotz der Fahrstraßen Karawanen von Schiebkarren trifft, die hochgehäufte Lasten 300 Kilometer weit durch das Land schaffen. —

„Langfristige“ Arbeitsverdingung erstreckt sich überall in China zumeist nur auf die Monate der Höchstarbeit, selten bis zu zehn Monaten im Jahr. Im Lößland greifen nur Besitzer von 60 Morgen oder mehr zu dieser Form, die dauernde Verköstigung und feste Bezahlung der Arbeitskräfte bedeutet.

In Kiangsu sind 8% der armen Bauern langfristige Landarbeiter. Manchmal nimmt die Verdingung die Gestalt eines Dauerverhältnisses mit Verköstigung ohne Lohn an, schließt dann auch die Hausarbeit ein, aber erlaubt dem Dienenden Verwendung der Arbeitstiere des Herrn oder auch Benutzung einiger Morgen Land des Arbeitgebers. Natürlich geht dabei die Arbeitsforderung des Grundherrn zeitlich der eigenen Bodenbestellung des Dienenden voran. Verleihung von Arbeitstieren steht höher im Preis als Menschenarbeit; es kann deshalb dieses Verhältnis für den armen Bauern von Vorteil sein.

Auf weniger als zehn Morgen Land ist es im Lößgebiet unmöglich, ein Tier zu halten; die kleinen Landwirte tun sich deshalb zu „Gespannpartnern“ zusammen und teilen sich in ein Arbeitstier. In Nord-Kiangsu sind 48% aller Bauern auf Gespannteilhaberschaft angewiesen.

Die Zahl der sich berufsmäßig verdingenden Landarbeiter ist aber überall in China klein. Die armen Bauern ziehen die Landpacht vor, und sie wird auch von den Landbesitzern vorgezogen, denn diese können ja wahrlich nichts Besseres tun, als die Bürde der Landbestellung ganz auf die Bauern abzuwälzen.

An Pachtverhältnissen gibt es jede erdenkliche Abart; prinzipiell hängen die Pachtbedingungen von dem Verhältnis der Nachfrage zum Angebot von Pachtland

ab, das von Ort zu Ort aus dem Landbesitzverhältnis resultiert, und sind in diesem Verhältnis mehr oder minder schlecht für die Bauern. —

Vorwiegend ist die Teilpacht, wobei der Ertrag des Bodens in abgemachtem Verhältnis zwischen Pächter und Verpächter geteilt wird. Dabei kann es sein, daß der Verpächter die Betriebsmittel, Dünger und Saat zur Verfügung stellt, dann erhält der Pächter für seine Arbeitsleistung 20% vom Weizen bei Trockenwirtschaft oder 30% der Reisernte. Das sind die Pächter, „die arbeiten um zu leben“. Meistens aber gibt der Verpächter nur den Boden und teilt dann hälftig mit dem Pächter. In dieser Kategorie gibt es aber wieder alle möglichen Nuancen. Im Norden muß der Pächter oft noch zehn oder mehr Tage Zusatzarbeit auf den Feldern des Grundherrn leisten, damit dieser die Arbeitstiere hergibt. Ist das Land gut, so kann der Verpächter auch 60% der Ernte fordern, oder er verlangt im voraus 20% des Ertrages, und der Rest wird hälftig geteilt. Bei zwei guten Ernten vermag der Besitzer auch die große Ernte für sich zu nehmen und dem Pächter die zweite Ernte allein zu überlassen. Oder der Verpächter nimmt 60% der ersten und 40% der zweiten Ernte usw., — immer bis zur Hungergrenze für die Bauern.

In Tschekiang heißt der Pachtvertrag „vom Untergebenen zum Vorgesetzten“ und bezeichnet, wie die Ertragsteilung anzusehen ist. Der Vorgesetzte kann bei der Vertragszeichnung noch mindestens ein Geschenk von Hühnern fordern. Zusatzforderungen des Vorgesetzten, wie „Reis für den Eigentümer“, „Weingeld“, „Gänserente“ sind in vielen Gegenden fester Brauch. Die Pacht wird in Natura bezahlt, und wenn sie vom Verpächter eingeholt wird, so ist noch „Transportgeld“ vom Pächter zur Pacht hinzuzuzahlen. Als letztes kann, wo die Landknappheit groß genug und der Boden fruchtbar ist, die Pacht auch in Festpacht übergehen. In Fukien beträgt dann die Pachtsumme zum Beispiel 100 chinesische Pfund Reis (ein Tan) per Morgen. Damit ist dann auch noch das Risiko des Ernteausfalls auf die Pächter abgewälzt.

Geldpacht ist recht selten. Sie tritt meist nur in der Nähe von Städten für Gemüseland auf. Im Innern des Landes haben die Grundbesitzer den größeren Vorteil von Naturalzahlungen. Denn wie das Land, ist ja auch der Wert der Ernte ein Spiel des Angebotes und der Nachfrage, das die Besitzenden wohl zu spielen wissen. Der Preis von Reis und Weizen schwankt sehr mit den Jahreszeiten; da die Grundherren sehr häufig zugleich Händler sind, können sie aus dem Aufspeichern des Getreides außergewöhnliche Gewinne ziehen. Ist es doch die Regel, daß die armen Bauern sofort nach der Ernte, wenn der Marktpreis am niedersten steht, ihren Getreideanteil verkaufen müssen. Es vergeht dann kaum ein Jahr, in dem sie nicht gezwungen wären, Nahrungsmittel oder gar Saat zur teuersten Zeit zurückzukaufen. Geld besitzen diese Bauern aber nicht; so ist es Brauch, ihnen Leihgut zu geben, das ihnen auf die nächste Ernte angekreidet wird. Solche Naturaldarlehen werden ohne Sicherheit und ohne Zinsen hingegeben; aber nach der Ernte sind für den geborgten Scheffel bis zu drei Scheffel in Ware zurückzugeben.

Man sieht, das Beleihungsgeschäft auf dem flachen Lande ist nicht schlecht. Es sind darum die Grundherren in den Dörfern meist zugleich Inhaber der Kramläden, wo die Bauern während des Jahres ihren Kaufbedarf auf gleicher Grundlage decken können; und die Händler verkaufen ihnen in gleicher Weise Salz und Dünger. Das Geschäft ist sogar so gut, daß der Bauer kein Pachtland bekommen kann, wenn er etwa nicht beim Grundherrn kauft — und borgt.

Doch nicht genug damit!

An vielen Orten ist dem Grundbesitzer bei Abgabe von Pachtland auch noch Kautiön zu stellen, die zinslos stehen bleibt, solange die Pacht dauert. Wird die Kautiön in Form von Bürgschaft gestattet, so sind vom Pächter jährliche Zinsen zu bezahlen und vielfach dazu noch eine jährliche Verfahrensgebühr. Diese Form der „Kapitalisierung des Grundherrn“ durch die Pächter erstreckt sich in manchen Gegenden bis auf die Hälfte allen Pachtlandes; mehr geht offenbar nicht, sei es, weil das Land oder weil die Pächter zu arm sind. Denn bares Geld besitzt die breite Masse der Bauern ja nicht, es muß geborgt werden, und Geld zu borgen vermag nur der Bauer, der Eigentum zum Pfande geben kann. — Allerdings ist auch dafür gesorgt, daß die Bauern alles versetzen können, was sie nur besitzen. Ist der Grundherr nicht zugleich Ladenbesitzer oder Getreidehändler, so ist er sicher Geldverleiher. Kein Dorf ist ohne Pfandhaus; und die Armen versetzen da was sie haben: die silberne Haarnadel der Frau, die eigenen Kleider, die Schuhe; und im Sommer muß halbnackt und barfuß das Einlösegeld auf dem Felde wieder erworben werden. Der übliche Zinssatz beträgt 2% per Monat. Bei Naturalzurückzahlung kann den Bauern ein Darlehen aber bis zu 50% Zins kosten, denn zur Erntezeit steht sein Zahlungsmittel am tiefsten im Wert; übrigens wird es mit dem Hohlmaß des Geldverleihers gemessen. — Auf Grundbriefe als Sicherheit wird bis zu 40 und 50% des Landwertes in bar geliehen, zu den gleichen Zinssätzen, je nach der Art der Rückzahlung. Ein Bauer wird indessen auf sein Land nur das äußerst Nötige leihen; denn ist die Ernte schlecht, so muß er ja weiter darauf borgen können, um das Geborgte abzuzahlen.

Es ist wohl interessant, diese Kapitalwirtschaft des Dorfes an einem konkreten Beispiel zu verfolgen:

In einem Landkreis von Hupeh waren in fünf Dörfern von 526 Familien, im Mittel von drei Jahren (1929—1931), 45% der Familien verschuldet. Davon schuldeten die Hälfte unter 100 Dollar und acht Familien über 500 Dollar. —

Es war in 45% der Schuldenfälle geborgt worden, um alte Schulden abzuzahlen, in 31% der Schuldfälle zur Beschaffung von landwirtschaftlichen Betriebsmitteln, bei 14% für Konsumzwecke, für Handels- und Gewerbebetrieb in 10% der Darlehensfälle. — Von den 526 Familien liehen 9,5% Geld aus.

Die Häufung der Bauernverschuldung wird hier ganz deutlich. Schafft also der Besitzstand auf dem Lande recht grobe Steine für die Mühle von Angebot und Nachfrage, und hält er die Mühle scharf im Gang, so verewigt die fortschreitende Verschuldung des Bauernlandes den Kreislauf der Daseinsmühle.

Die Enteignungsmühle mahlt langsam, das ist wahr, aber tödlich fein. Zunächst fällt dem Geldverleiher nach altem Brauch nur das Nutzungsrecht am Schuldnerlande zu, wenn die Beleihungsquote überschritten ist, und dies, solange als der Schuldner noch die Steuern bezahlt; schließlich das Land. Die Nationalökonomien bezeichnen den Vorgang als Konzentration des Landbesitzes. Sie geht in China mit zähester Stetigkeit vor sich, und wie zu erwarten steht, im fruchtbarsten Land am schnellsten. So ist im Kreise Tsangwu in Kwangsi das Pachtland von 1929 bis 1934 von 62,5% auf 66,4% angestiegen, im Kreise Shian von 10,1% auf 11%.

Und was haben die Bauern, um es der Schicksalsmühle entgegenzustellen? Sie haben ihre Leidensfähigkeit; sie haben zuletzt Verzweiflung und Revolution. —

GERHARD HERRMANN: Italiens Weg zum Imperium

I.

Als am Sonntag, dem 9. Mai 1936, die Ausrufung des „Imperio Italiano“ mit beispielloser Begeisterung überall in Italien gefeiert wurde, war dies mehr als ein Ausbruch südländischen Temperaments. Das italienische Volk hatte allen Grund, auf diesen größten Erfolg seines Duce stolz zu sein. Es war kein leichter und gerader Weg, der nach siebzigjährigem Bemühen endlich zu diesem Ziel geführt hatte. Er war nicht leicht gewesen, denn viele, oft vergebliche Kämpfe und nicht zuletzt die Katastrophe von Adua lagen an diesem Wege. Er war aber auch nicht gerade gewesen, denn die Eroberung des Kaiserreichs von Äthiopien hatte nicht von Anfang an das Ziel der italienischen Expansionspolitik gebildet. Vielmehr hatte es ursprünglich viel näher gelegen, die dem Mutterlande gegenüberliegende nordafrikanische Küste zu gewinnen.

Wenn dem Ministerium für Italienisch-Afrika, wie man bezeichnenderweise das frühere Kolonialministerium vor einem Jahre umbenannt hat, heute Italienisch-Ostafrika und Libyen, nur durch den anglo-ägyptischen Sudan voneinander getrennt, unterstellt sind, so ist dieses jüngste Kolonialreich nicht von Anfang an das Ergebnis einer zielstrebigten Entwicklung gewesen. Beide Reichsteile, in Nord- wie in Ostafrika, haben sich unter zahlreichen Rückschlägen aus zunächst tastend und zufälligen Bemühungen heraus entwickelt, die nur durch die Hilfestellung der führenden Großmächte möglich und ursprünglich nicht mehr als Brosamen waren, die von der Reichen Tische abfielen. Erst der Faschismus hat dieser unwürdigen Schlepptaupolitik ein Ende bereitet und das Gesetz des Handelns selbst bestimmt.

Die nordafrikanische Gegenküste lag schon sehr frühzeitig im Blickfeld des jungen Königreichs. Ganz selbstverständlich war ursprünglich Tunis, und nur Tunis, das Ziel. Immer muß der Besitzer von Sizilien seine Blicke auf die Küste von Tunis richten, die an der engsten Stelle des Mittelmeeres nur 142 km von der Westspitze Siziliens entfernt ist. Italiens Haltung war aber nicht nur durch diesen räumlichen Zwang bestimmt, sondern auch dadurch, daß um 1880 die italienische Bevölkerung in Tunis gegenüber den übrigen Ausländern weitaus an der Spitze lag. Noch 1911 lebten dort 88 000 Italiener gegenüber nur 46 000 Franzosen.

Noch vor der eignen Einigung (1870) bemühte sich das junge Italien um Tunis. Schon 1864 hatte Napoleon Italien Tunis angeboten unter der Bedingung, daß Viktor Emanuel II. und Cavour auf die Eroberung von Rom verzichteten. Doch unterblieb die Expedition, da den italienischen Freiheitskämpfern dieser Kaufpreis zu hoch erschien. Man hatte Grund zu der Hoffnung, diesen Erwerb später nachholen zu können.

Eine zweite Expedition stand bevor als im Herbst 1870 Frankreich zur Räumung Roms genötigt und durch den Krieg mit Deutschland anderweit beansprucht war. Da war es der Einspruch Großbritanniens und der Türkei, der auch die zweite Unternehmung vereitelte.

Noch einmal bot sich Italien eine große Chance: auf dem Berliner Kongreß 1878. Kurz vorher hatte die Rundreise von Crispi durch die europäischen Hauptstädte in London und Berlin eine italienfreundliche Haltung bewirkt. Doch wurde Crispi wenig später gestürzt, und der neue Ministerpräsident Cairoli und sein Außenminister Corti ließen englischen Führern gegenüber erklären, daß „die Regierung nicht Verpflichtungen übernehmen könne, die sie gegebenenfalls zum Handeln zwingen würden“. Kein Wunder, daß eine so schwächliche Haltung die italienischen Vertreter auf dem Berliner Kongreß zu einer Aschenbrödelrolle ver-

urteilte. Dort entschied sich aber das Schicksal von Tunis. Der britische Außenminister erklärte nun Frankreich sein Einverständnis falls es Tunis besetzen wünsche, um die schwere französische Verstimmung über die britische Besetzung von Cypern beizulegen. Bismarck, dem eine Ablenkung der französischen Aktivität nach Afrika nur recht sein konnte, schloß sich diesem Angebot an. Gewiß dauerte es noch drei Jahre, ehe Frankreich sein Protektorat über Tunis erklärte (Mai 1881), da in Frankreich selbst zunächst keine Einigkeit über die einzuschlagende Tunispolitik bestand.

Cairoli, in seiner ebenso franzosenfreundlichen, wie österreichfeindlichen Haltung (er war unter österreichischer Herrschaft in der Lombardei geboren!) ließ sich von wiederholten französischen Zusicherungen, man werde dort nichts ohne Einvernehmen mit Italien unternehmen, täuschen und wurde von der Protektoratserklärung völlig überrascht. Sein unmittelbarer Sturz war die Folge. Eine heftige diplomatische und Pressefehde zwischen den beiden lateinischen „Schwesternationen“ entbrannte zwar, aber Italien mußte sich mit den Tatsachen abfinden, da es diplomatisch isoliert dastand: ein weiterer Beweis dafür, daß es ohne die Unterstützung der Großmächte damals noch keine eigene Kolonialpolitik treiben konnte.

Wenn auch 57 Jahre seit jenen Ereignissen verstrichen sind, so ist doch die Tunisfrage heute noch zwischen Frankreich und Italien nur auf Zeit gelöst. Noch bei den Verhandlungen zwischen Mussolini und Laval Anfang 1935 hat sie eine Rolle gespielt. Damals wurde die Frage der Staatsangehörigkeit der Italiener in Tunis geregelt, doch wurde bis zum Jahre 1965 nur eine Übergangslösung gefunden. Ob sich hieraus eine endgültige Regelung entwickeln wird, muß abgewartet werden.

Noch einmal, 1882, bot sich Italien eine Chance, doch noch in Nordafrika Fuß zu fassen. Kurz vor der Besetzung Ägyptens durch Großbritannien bot Gladstone Italien an, sich an diesem Unternehmen zu beteiligen. Dies lag um so näher, als damals der italienische Einfluß in Ägypten größer war als der englische oder französische. Trotz des dringenden Zurates von Crispi, der mit Recht hier eine Möglichkeit sah, die Niederlage von Tunis wettzumachen, verfiel die italienische Regierung wieder in ihre alte Schwäche und lehnte das englische Angebot aus Furcht vor Frankreich ab. Hiermit aber war für Italien die letzte Möglichkeit versäumt, unmittelbar im Mittelmeerraum ein eigenes Kolonialreich aufzubauen.

Die Schwäche der damaligen italienischen Kolonialpolitik wird ohne weiteres begreiflich, wenn man berücksichtigt, daß damals die an sich schwachen und zersplitterten Kräfte des jungen Staatswesens auf die innere Festigung verwandt werden mußten und, soweit überhaupt eine aktive Außenpolitik betrieben wurde und im eigenen Lande Widerhall fand, die Irredentafrage durchaus im Vordergrund stand. Es ist kein Zufall, daß die italienische Kolonialpolitik Dauererfolge erst dann zu verzeichnen hatte, nachdem die Irredentafrage durch den Weltkriegsausgang im wesentlichen gelöst war.

Die Enttäuschung von Tunis hat Italien bekanntlich in den Dreibund getrieben. Aber erst die erste Vertragsverlängerung von 1887 brachte die deutsche Zusicherung, Italien Beistand zu leisten, falls es wegen nordafrikanischer Fragen in Konflikt mit Frankreich geriete. Noch mehr wurde die italienische Stellung durch die stille Teilhaberschaft Großbritanniens am Dreibund (1887) gekräftigt. Wieder kein Zufall also, daß nun die ersten realen Ergebnisse kolonialer Politik erzielt wurden.

1882 wurden die Konzessionen der Reederei Rubattino an der Bucht von Assab von der Regierung übernommen. 1885 Massaua besetzt und 1890 Eritrea als Kolonie errichtet. Großbritannien gab zu diesem Vorgehen nicht ohne Eigennutz sein Einverständnis. Stand es doch damals im Sudan mit den Mahdisten im Kampfe und befand sich dort seit dem Fall von

Khartum (1885) in schwieriger Lage. Es begrüßte daher die italienische Festsetzung am Roten Meer um eine Ausbreitung des Mahdismus dorthin zu verhindern. Das englische Vorgehen war weiter dadurch bestimmt, ein schon lange befürchtetes französisches Vordringen von Äquatorial-Afrika nach dem Roten Meer durch eine italienische Festsetzung zu verhindern.

Freilich erwies sich dieses Kalkül als Fehlschlag, da Italien durch die Niederlage von Adua (1896) jede weitere Aktivität in Ostafrika aufgeben mußte, so daß schließlich Großbritannien bei Faschoda (1898) Frankreich selbst entgegentreten mußte. Kein Wunder, daß England seitdem kein Interesse mehr an einer weiteren Ausbreitung Italiens hatte.

Zunächst aber hatte sich die italienische Stellung am Roten Meer recht erfolversprechend entwickelt. Gewiß war die Besetzung von Eritrea zunächst nur eine Verlegenheitslösung gewesen. Es bedeutete ein Abbiegen der natürlichen Expansionsrichtungen von Nordafrika weg nach Ostafrika. Die Behauptung des Außenministers Mancini, Italien werde im Roten Meer die Schlüssel zum Mittelmeer finden, war, zumindestens für die damalige Zeit, nicht berechtigt, so daß Giolitti später bemerken konnte, die Schlüssel zum Mittelmeer seien in Massaua leider nicht gefunden worden.

Die Stellung in Eritrea, das keine Siedlungs- und nur geringe wirtschaftliche Möglichkeiten bot, hatte erst dann Sinn, wenn es auch gelang, sein natürliches Hinterland, Abessinien, zu gewinnen. Zunächst verlief alles nach Wunsch. 1889 gelang Antonelli durch geschickte Einschaltung in innerabessinische Thronstreitigkeiten der Abschluß des Vertrages von Utschali mit dem eben auf den Thron gelangten Menelik. Hiernach verpflichtete sich der Negus, seine Außenpolitik nur durch Vermittlung Italiens zu betreiben.

Die Besetzung von Somaliland (1891) mit britischer und deutscher Unterstützung war ein weiterer Schritt zur Umklammerung Abessiniens. Nun aber tauchte Italiens alter Kolonialgegner Frankreich wieder auf. Es gelang den Franzosen mehr und mehr, in Addis Abeba Einfluß zu bekommen. Nachdem Menelik durch italienische Hilfe auf den Thron gekommen war, verstand er es meisterhaft, sich die Rivalität der drei benachbarten Großmächte, Großbritannien, Frankreich und Italien, zunutze zu machen und sie gegeneinander auszuspielen. Er sagte sich ausdrücklich von dem Vertrage von Utschali los mit der Behauptung, er könne, aber er müsse sich nach diesen Abmachungen nicht Italiens in außenpolitischen Fragen bedienen. Nach jahrelanger Spannung zwischen Italien und dem von Frankreich ermunterten Abessinien kam es Ende 1895 zum offenen Kriege, in dessen Verlauf Italien nach der Katastrophe von Adua zur Anerkennung der vollen abessinischen Unabhängigkeit gezwungen war.

Die Schlacht von Adua war im Grunde ein Sieg Frankreichs und eine Niederlage Großbritanniens und des Dreibundes. Angesichts der Tatsache, daß Italien vom Dreibund nicht die von ihm erhoffte wirksame Unterstützung in seiner Kolonialpolitik erhielt und, nicht zuletzt wegen seiner Zugehörigkeit zum Dreibund, in Afrika immer wieder auf die Gegnerschaft Frankreichs stieß, suchte es um die Jahrhundertwende mit Erfolg Anschluß an die lateinische Schwester. Wenn es auch unter dem Eindruck von Adua auf Jahrzehnte keine Aktivität in Ostafrika entfaltete und Eritrea und Somaliland zu völliger Bedeutungslosigkeit herabsanken, so glückte es ihm doch nun mit Frankreich zu einer Verständigung über die nordafrikanischen Fragen zu gelangen, wobei freilich Tunis außer acht blieb.

In zwei Abkommen von 1900 und 1902 erreichte Italien von Frankreich die Garantie für Tripolitanien gegen Anerkennung der französischen Vormachtstellung in Marokko. Als es schließlich im Jahre 1904 zu der Verständigung zwischen

Großbritannien und Frankreich über ihre beiderseitigen Interessen in Ägypten und Marokko kam, als Großbritannien nicht mehr als stiller Teilhaber des Dreibundes betrachtet werden konnte, geriet Italien mehr und mehr in das Fahrwasser der Westmächte. Schon 1882 bei den ersten Dreibundverhandlungen hatte Italien erklärt, daß es niemals gegen England stehen könne. Die italienische Schwenkung zu Beginn des Jahrhunderts war also nur die natürliche Folge dieser zwangsläufigen Abhängigkeit von Großbritannien. Wenn auch der Dreibund formell weiter verlängert wurde, so konnte doch die italienische Haltung bei Weltkriegsausbruch den Kundigen kaum überraschen.

Die Zusammenarbeit mit den Westmächten wirkte sich aber auch auf dem abessinischen Schauplatz aus, wo alle drei Mächte als die Anrainer des Kaiserreiches ein unmittelbares geopolitisches Interesse hatten. Frankreich hatte als Entgelt für die 1895/96 geleistete Hilfestellung eine Konzession auf den Bau einer Bahn von Dschibuti nach Addis Abeba erhalten, die freilich erst 1917 bis zur Hauptstadt in Betrieb genommen wurde. Großbritannien errang eine Sonderstellung in Westabessinien und am Tanasee, dessen Wasser für die Baumwollwirtschaft im Sudan und in Ägypten von lebenswichtiger Bedeutung sind. Dies ist freilich nicht so zu verstehen, daß Dammbauten am Tanasee, dem Sudan und Ägypten große Wassermengen entziehen würden, sondern daß dadurch die jahreszeitliche Verteilung der vom Blauen Nil aus dem Tanasee herbeigeführten Wassermengen sich einschneidend verschieben würde. Eine katastrophale Folge für die Wirtschaft des Niltales würde freilich in jedem Falle eintreten. — Bereits in den Jahren 1900 und 1902 hatte sich England vom Negus seine Sonderstellung am Tanasee bestätigen lassen.

Am unmittelbarsten fiel Italiens Interesse an Abessinien in die Augen. Eritrea und Somaliland fehlte jedes Hinterland, und sie entbehrten auch einer territorialen Verbindung miteinander. Die Schwierigkeit lag nun darin, die widerstreitenden Interessen der drei Kolonialmächte miteinander in Einklang zu bringen. Nach der britisch-französischen Verständigung 1904 und der italienischen Annäherung an die Westmächte gelang dies aber; um so eher, als keine der Mächte den beiden anderen die alleinige Vormachtstellung in Abessinien gönnte. Das Dreier-Abkommen von 1906 war das Ergebnis. Es stellte eine verschleierte Aufteilung Abessiniens in Interessenzonen dar und war bis zum Abessinienkonflikt 1935 in Geltung.

Im Falle einer Veränderung des status quo sollte Frankreich die Bahnzone, Großbritannien das Entwässerungsgebiet des Nil und Italien das Hinterland von Eritrea und Somaliland und die territoriale Verbindung zwischen diesen beiden Kolonien westlich (also außerhalb der französischen Bahnzone) von Addis Abeba zufallen.

Wenn auch dieses Abkommen durch die dilatorische Haltung Frankreichs unmittelbar keine Bedeutung erlangt hat, so kennzeichnet es doch mit aller Schärfe die bis zum Abessinienkonflikt bestehende Interessenlage der drei Kolonialmächte.

Da Frankreich nicht gewillt war, seine klugerweise rein wirtschaftlich ausgeübte Vormachtstellung in Abessinien aufzugeben, so sah Italien seine Absichten auf Abessinien wieder einmal an der Haltung seiner lateinischen Schwester scheitern.

Es wartete daher nun auf eine günstige Gelegenheit den ihm früher schon ausgestellten Wechsel auf Tripolitanien einzulösen.

Im Herbst 1911 war es so weit. Nach kurzem Ultimatum an die Türkei wurden einige Küstenplätze von Tripolitanien und der Cyrenaika besetzt und bald darauf die Einverleibung dieser beiden türkischen Provinzen erklärt. Freilich glückte die tatsächliche Eroberung dieser Länder damals noch nicht. Das greifbarste unmittel-

barste Ergebnis des Tripoliskrieges war vielmehr die Besetzung des Dodekanes mit Rhodos. Nur der Ausbruch der Balkankriege zwang die Türkei im Oktober 1912 zum Friedensschluß und zur Anerkennung der italienischen Besitzungen in Nordafrika, während Italien die Rückgabe des Dodekanes versprach.

2.

Die tatsächliche Besitzergreifung der Kolonien war noch nicht erfolgt, als der Ausbruch des Weltkrieges eine völlig neue Lage schuf. Nichts zeigt deutlicher das Fehlen einer konstruktiven Idee in der vorfaschistischen Kolonialpolitik als die kolonialen Abmachungen im Verträge von London vom 26. April 1915, worin die italienischen Kriegsziele bei einem Kriegseintritt auf Seiten der Entente festgelegt wurden. Wieder stand die Irredentafrage im Vordergrund, während die kolonialen Forderungen nur beiläufig geregelt wurden. Der einschlägige Artikel 13 hat folgenden bezeichnenden Wortlaut:

„Für den Fall, daß Frankreich und Großbritannien ihre afrikanischen Besitzungen auf Kosten Deutschlands vergrößern sollten, erklären sich diese beiden Mächte im Prinzip damit einverstanden, daß Italien eine angemessene Entschädigung fordern darf, vor allem was die Regelung zugunsten Italiens hinsichtlich der Grenzen der italienischen Kolonien in Eritrea, Somaliland und Libyen und der benachbarten französischen und britischen Kolonien betrifft.“

Es handelte sich also lediglich um Grenzregulierungen, die noch dazu nur dann gewährt werden sollten, falls Großbritannien und Frankreich ihrerseits deutsche Kolonien erwarben. Es ist damals, ebensowenig wie später 1919 bei den Friedensverhandlungen, Italien nicht einmal geglückt, von Frankreich das heiß ersehnte Gebiet von Dschibuti zugesichert zu erhalten.

Der Kampf um die Erfüllung der Zusagen des Artikel 13 des Vertrages von 1915 hat die italienische Haltung in Kolonialfragen bis in die Gegenwart beherrscht. Erst bei den römischen Besprechungen vom Januar 1935 hat dieses Kapitel durch die Erweiterung der libyschen Südgrenze bis an das Tibestigebirge auf Kosten von Französisch-Äquatorialafrika, durch Grenzverbesserungen zwischen Eritrea und Französisch-Somaliland, sowie durch finanzielle Beteiligung Italiens an der französischen Dschibuti-Bahn seinen Abschluß gefunden. Mussolini konnte damals dieses für Italien wenig ertragreiche Feilschen um so leichter beenden, als der Abessinienkonflikt mit seinen ganz neuen Perspektiven schon vor der Tür stand.

Andere Abschlagszahlungen der Weltkriegsverbündeten an Italien waren vorhergegangen: Während noch auf den Friedensverhandlungen Großbritannien und Frankreich alle koloniale Zugeständnisse an Italien mit der Begründung ablehnten, sie hätten keine deutschen Kolonien erworben, sondern sie nur als Mandate erhalten, besann man sich später eines Besseren. 1924 trat England das Djubaland, das südlich an Somaliland angrenzte, an Italien ab. 1925 erfolgte eine Grenzberichtigung zwischen Ägypten und Libyen, wobei vor allem die Oase von Jarabub an Italien fiel. Weitere Grenzverbesserungen des libyschen Hinterlandes zu Lasten von Ägypten schlossen im Jahre 1934 die Verhandlungen mit England und Ägypten ab.

Alle diese Landgewinne, mochten sie flächenmäßig noch so erheblich sein, waren für Italien nur von untergeordnetem Wert. Mussolini hat später mit Bitterkeit erklärt, er sei kein Wüstensammler.

Die Kolonialpolitik des jungen Faschismus bewegte sich zunächst in den ihm von seinen liberalen Vorgängern vorgezeichneten Bahnen. Diese Anlehnung an die Politik der alten Kolonialmächte war schon deswegen zunächst unvermeidlich, weil der Faschismus in den ersten Jahren seiner Herrschaft noch zu

sehr mit der Befestigung seiner Stellung im Innern beschäftigt war, um eine selbständige Kolonialpolitik zu betreiben. Immerhin war es erst dem Faschismus gelungen, die Westmächte zu einer, wenn auch unzureichenden, Einlösung ihrer kolonialen Versprechungen auf Grund des Vertrages von 1915 zu veranlassen.

Gleichzeitig gelang es nun erst, die italienische Herrschaft in Libyen, die bei Weltkriegsende auf einige Küstenplätze zusammengeshrumpft war, tatsächlich, wenn auch erst nach schweren Kämpfen, auf das ganze Territorium dieser Kolonie auszudehnen. Diese Entwicklung fand mit der bisher für unmöglich gehaltenen Eroberung der Oase Kufra durch Graziani und der Niederwerfung der Senussi im Jahre 1931 ihren Abschluß.

Hand in Hand hiermit ging der erneute Versuch, eine Position in Abessinien zu gewinnen. Im Dezember 1925 war es zu einem Notenwechsel zwischen Mussolini und dem britischen Botschafter in Rom gekommen, wonach England Italien seine diplomatische Unterstützung für eine Konzession auf den Bau einer Eisenbahn von Eritrea nach Somaliland und die Erringung einer wirtschaftlichen Vormachtstellung in Westabessinien zusagte. Als Gegenleistung anerkannte Italien die britischen Sonderrechte an der Wasserwirtschaft des Tanasees und dem Bau einer Autostraße vom Sudan nach diesem See.

Noch einmal — zum letztenmal — wurde die italienische Absicht durch den auf französische Veranlassung erfolgenden Einspruch Abessiniens vereitelt. Mussolini entschloß sich daher, direkt vorzugehen und den Stier bei den Hörnern zu packen: Im Jahre 1928 wurde ein Freundschaftsvertrag mit dem Negus abgeschlossen. Außerdem war die Errichtung einer abessinischen Freihafenzone in Assab und der Bau einer Autostraße von Assab nach Dessie vorgesehen, wovon sich Italien eine weitgehende Erschließung des abessinischen Hinterlandes von Eritrea versprach.

Als es nun Frankreich gelang, das abessinische Mißtrauen gegen diese Abmachungen zu wecken und die Verwirklichung der Verkehrskonvention zu hintertreiben, mußte Italien einsehen, daß es mit friedlichen Mitteln nicht an sein Ziel gelangen würde.

Es ist bezeichnend für das neue koloniale Wollen unter dem Faschismus, daß Italien nun nicht mehr auf eigene Aktivität verzichtete, sobald es auf den Widerstand anderer Mächte stieß. Kein Geringerer als De Bono erwähnt in seinem Rechenschaftsbericht¹⁾, schon 1933 habe sich der Duce eine klare Vorstellung davon gemacht, daß die abessinische Angelegenheit spätestens 1936 geklärt werden müsse. Er war also entschlossen, gegebenenfalls auch gegen den Willen der anderen Mächte zum mindesten ein Protektorat über Abessinien zu erringen. Erst in diesem Zusammenhang gewinnen die an sich nicht sehr inhaltsreichen römischen Verhandlungen vom Januar 1935 ihr volles Gewicht. Angesichts der späteren Haltung der italienischen Presse kann es keinem Zweifel unterliegen, daß Frankreich damals Italien freie Hand für sein bevorstehendes Vorgehen in Abessinien gegeben hat.

Der Abessinienfeldzug selbst wie auch der „Sanktionenkrieg“ hat dann das grandiose Schauspiel geliefert, in dem Italien, zum ersten Male wahrhaft als Großmacht handelnd, im Kampfe fast gegen die ganze Welt sein Kolonialreich errichtet hat. Nur die einheitliche und straffe faschistische Führung konnte dieses Ziel trotz ständig drohender Sperre des Suezkanals und der Erdölfuhr erringen.

¹⁾ a. a. O., S. 12.

Dadurch, daß Mussolini alles wagte, konnte er auch darauf verzichten, durch Kompromißvorschläge, wie den Hoare-Laval-Plan, die zukünftige Stellung Italiens in Abessinien von vornherein unterminieren zu lassen. Er wagte alles, und er gewann alles. Daran kann auch die Haltung der Genfer Liga nichts ändern.

Unmittelbar nach dem Abschluß der Eroberung hat der Duce selbst erklärt, daß Italien nun zu den saturierten Mächten gehöre. In Abessinien, das bekanntlich mit Eritrea und Somaliland zu Italienisch-Ostafrika zusammengefaßt worden ist, schon im Namen die neue Einheit ausdrückend, findet Italien Aufbauarbeiten für Jahrzehnte vor. Um das neue Gebiet zu erschließen, braucht es Zeit.

Unter diesen Umständen ist die Friedensliebe Italiens unbezweifelbar. Mag während des Sanktionsfeldzuges die Spannung zu Großbritannien noch so stark gewesen sein, heute muß Italien mehr als je daran gelegen sein, mit ihm in Frieden zu leben, denn bei einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen dem Empire und dem Impero müßte es zwangsläufig zu einer Sperrung des Suezkanals kommen. Damit aber wäre für Italien der Weg zu seinem Kolonialreich gesperrt, während für seinen Gegner immer noch der Weg ums Kap offen stände. Daran vermag auch die gefährliche Umklammerung Ägyptens durch Libyen und Italienisch-Ostafrika nichts zu ändern, ebensowenig wie die Sperrung des Mittelmeers an seiner engsten Stelle von Sizilien und Pantelleria aus, und schließlich die Bedrohung des Suezkanals, Zyperns und Haifa vom Dodekanes aus.

Daß das italienische Imperium heute besteht, gegen eine Welt von Feinden errungen, ist das Werk des Duce ganz persönlich. Ohne seine ständig treibende Kraft, ohne die straffste Zusammenfassung aller staatlichen Machtmittel in seiner Hand, wäre das Ziel niemals erreicht worden. Großes ist errungen, aber noch Größeres ist zu leisten. Aus den alten zersplitterten und aus eigener Kraft noch nicht lebensfähigen vier Kolonien sind zwei große Landblöcke entstanden, die zwar noch durch eine Entfernung von 1250 km an der günstigsten Stelle voneinander getrennt sind, aber zum mindesten im Kriegsfall in der Luftwaffe zusammen operieren können.

Es ist die große Zukunftsaufgabe des Faschismus, die beiden Teile des Imperiums wirtschaftlich und siedlungsmäßig so stark zu entwickeln und zu kräftigen, daß sie im Ernstfall nicht mehr auf Gedeih und Verderb von der Verbindung mit dem Mutterlande abhängen. Italien ist heute bereits mehr als eine Mittelmeermacht. Es sitzt nicht nur in Libyen, sondern auch am Indischen Ozean und am Roten Meer. Die Stellung in Libyen zwingt es zur Auseinandersetzung mit dem französischen Nachbarn im Westen und Süden und Ägypten—Großbritannien im Osten. Seine Stellung in Ostafrika zwingt zur Auseinandersetzung mit dem britischen Weltreich: Kenya im Süden, das India-Meer im Osten, Sudan und Ägypten im Westen und Norden. Hierbei überschneiden sich die italienischen und britischen Kraftlinien in doppelter Hinsicht: auf der Landbrücke von Südostlibyen nach Eritrea und im Roten Meer und Suezkanal.

Die sich hieraus ergebenden Gefahren und Reibungsmöglichkeiten in einer Weise zu bannen, die den Interessen beider Imperien gerecht wird, ist die gewiß nicht leichte Aufgabe der italienischen und britischen Staatsmänner. Die Verhandlungsbereitschaft Chamberlains und der Rücktritt Edens sind ein verheißungsvoller Auftakt für die Zukunft. Denn an der italienischen Bereitwilligkeit kann im eigenen Interesse kein Zweifel sein.

ANTONIO GIORDANO:

Fragen des italienischen Kolonialbesitzes

Das italienische Kolonialproblem wurde schon im 18. Jahrhundert aufgeworfen, als Italien die Bucht von Assab erwarb; aber die politische Lage ließ die Frage bis 1936 vollständig ruhen. Tatsächlich zeigte die italienische öffentliche Meinung, als die Expeditionen nach China für den Boxerkrieg Italien verließen, und als Italien später versuchte, Konzessionen im Fernen Osten zu erhalten, keinerlei Interesse an den Unternehmungen. Sogar als Francesco Crispi sich in den Krieg mit dem Negus Menelik einließ, hielt der größte Teil der öffentlichen Meinung Italiens dies Unternehmen für unklug. Die Einschränkungen, die der Handlungsfreiheit der Regierung durch die öffentliche Meinung auferlegt wurden, sind wohl der Hauptgrund, der Italien hinderte, seine Kolonialfrage damals schon zu regeln.

Die Kolonialfrage war bis zur Jahrhundertwende vorwiegend unter dem Einfluß der vielen italienischen Reiseberichte betrachtet worden, die den afrikanischen Erdteil mehr unter wissenschaftlichen, als politischen oder wirtschaftlichen Gesichtspunkten schilderten. Weiterhin ist zu oft von italienischen Politikern behauptet worden, Eritrea und Italienisch-Somaliland hätten keine wirtschaftliche Bedeutung, als daß wir Italiener hierdurch hätten veranlaßt werden können, uns auf koloniale Expansion einzulassen. Man kann doch nicht erwarten, daß Leute ihr Geld in Ländern anlegen, von denen es allgemein hieß, daß sie keine wirtschaftlichen Möglichkeiten hätten; aber auch von der Regierung wurde nichts unternommen, um die koloniale Ausbreitung zu finanzieren. Hätte nicht die verstorbene Herzogin der Abruzzen und einige andere mit der wirtschaftlichen Ausbeutung von Italienisch-Somaliland und Eritrea begonnen, hätte nicht die Banco di Roma ihre Tätigkeit noch unter türkischer Herrschaft bis nach Libyen ausgedehnt, die italienische öffentliche Meinung hätte die wirtschaftliche Bedeutung der Kolonialfrage überhaupt nicht beachtet.

Erst in der Zeitspanne von 1905—1910 begann die italienische Öffentlichkeit unter dem Einfluß der Pionierarbeit und einer eifrigen Propaganda, die von einer kleinen Gruppe Begeisteter getragen war — unter ihnen auch der jetzige Präsident des italienischen Senats, H. E. Federzoni — die Bedeutung von Kolonien zu ahnen und die Notwendigkeit der Besitzergreifung Libyens und der Inseln des Dodekanes durch Italien einzusehen. Der große Krieg und die unbeständige innerpolitische Lage Italiens nach dem Kriege brachten es mit sich, daß die verschiedenen aufeinanderfolgenden Regierungen die Möglichkeiten nicht nutzten, die der Kolonialbesitz im Hinblick auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten bot, die von der Bevölkerungszunahme des Landes herrührten. Das erklärt auch, warum Italien auf der Friedenskonferenz nur ein Teil von Djubaland und eine Berichtigung der Grenzen in Eritrea und Libyen zugestanden wurden — Zugeständnisse, die erst verwirklicht worden sind unter der Regierung Mussolini; denn die sozialdemokratische Regierung trug nicht einmal dafür Sorge, daß die Abmachungen von England und Frankreich eingehalten wurden.

Mussolini war nach Crispi der erste Regierungschef, der die Bedeutung des Kolonialproblems erkannte. Sein verstorbener Bruder Arnaldo Mussolini hat in den Spalten des *Popolo d'Italia* einen großangelegten Feldzug durchgeführt, um die Aufmerksamkeit der italienischen öffentlichen Meinung auf die Bedeutung der Kolonialfrage in politischer, geographischer und wirtschaftlicher Hinsicht zu lenken. Wenn Phosphate einerseits in Algerien und Tunis vorkommen, andererseits in Ägypten — so führte der große Bruder des italienischen Regierungschefs aus —, warum sollte es dann nicht möglich sein, Phosphate in Libyen zu finden, das zwischen Tunis und Ägypten liegt?

Bis 1922 blieb die Kolonisation Libyens praktisch auf die Küste beschränkt; erst unter der faschistischen Regierung ist die italienische Besitzergreifung bis zur Oase Kufra vorgedrungen, bis zu der Verbindungslinie vom englisch-ägyptischen Sudan zum



Geopolitik XV/3

Tschadsee. Das Problem der Ausbeutung der italienischen Kolonien in Ostafrika erwies sich als wesentlich schwieriger. Das hatte seinen Grund darin, daß Abessinien wie ein Keil zwischen den beiden Kolonien lag, und in den Anstrengungen, die von Französisch-Somaliland, Britisch-Somaliland und dem englisch-ägyptischen Sudan aus unternommen wurden, um den abessinischen Handel an sich zu ziehen. Denn Eritrea grenzte — und grenzt heute noch — im Norden und Westen vom Kap Ras Kasar am Roten Meer bis Umbrega an den englisch-ägyptischen Sudan, während es im Süden von der Danakil-Wüste bis Umbrega an Abessinien grenzte. Italienisch-Somaliland grenzte — und grenzt heute noch — im Westen an die Kolonie Kenya, im Norden an Abessinien und im Osten an Britisch-Somaliland. In Eritrea lenkte die Eisenbahn von Port Sudan nach Kassala, die der italienischen Grenze entlang läuft, einen großen Teil des italienischen Handels von den italienischen Häfen ab, während der Einfluß der Dschibuti-Bahn auch in Ital.-Somaliland fühlbar war.

Nur durch eine Vereinigung mit dem Land, das zwischen den italienischen Kolonien in Ostafrika lag, nämlich mit Abessinien, konnte es möglich werden, ein vernünftiges Aufschließungsprogramm durchzuführen. So wurden unmittelbar nach der Machtergreifung durch Mussolini Unterhandlungen mit der damaligen abessinischen Regierung aufgenommen in der Absicht, zu einer Vereinbarung über eine italienisch-abessinische Zusammenarbeit in Wirtschaftsfragen zu kommen. Eine solche Zusammenarbeit war Voraussetzung für das koloniale Ausdehnungsprogramm

der italienischen Regierung für Eritrea und Italienisch-Somaliland, besonders hinsichtlich der Erfordernisse, die durch die wachsende Bevölkerung Italiens entstanden. Diese Unterhandlungen führten zu dem italienisch-abessinischen Vertrag von 1928, demzufolge Abessinien die Möglichkeit gehabt hätte, seinen Übersee-handel über Assab zu entwickeln.

Aber die Bestimmungen dieses Vertrages sind von der ehemaligen abessinischen Regierung niemals beachtet worden. Im Gegenteil: sie tat alles, um die friedliche Kolonisation Italiens in den beiden ostafrikanischen Kolonien zu verhindern. Gleichwohl hat die italienische Regierung, den abessinischen Feindseligkeiten zum Trotz, umfangreiche Arbeiten in Italienisch-Somaliland durchgeführt. Unter den Gouverneuren Cesare Maria de Vecchi und Dr. Guido Corni ist ein beachtliches Straßennetz in Italienisch-Somaliland entstanden. Dieses Straßensystem schließt ein:

1. Die Autostraße Kisimaio—Bender Kasim; sie soll die westlichen Gebiete Italienisch-Somalilands mit Bender Kasim an der Nordküste vor Aden verbinden, um dem Handel von Somaliland die Dampferwege über Perim zu den Mittelmeerhäfen zu erschließen.

2. Die Autostraße von Mogadischio nach Diff, dem Ausgangspunkt der Straße nach Nairobi.

3. Die Autostraße von Mogadischio nach Dolo, von wo aus sie nach Magalo und Addis Abeba hätte fortgesetzt werden sollen, und

4. die Autostraße von Mogadischio nach Belet Wen, die in Richtung auf Gorraheï und Harrar fortgeführt werden sollte. Ferner war ein Plan für den Bau einer Eisenbahn von Mogadischio nach Iet durch Ischa Badoia ausgearbeitet.

Die Ausfuhr von Rohbaumwolle wurde von 205 Centals 1920—1922 auf ungefähr 10000 Centals 1936 durch Anlage von Pflanzungen hauptsächlich in dem Villaggio Duca degli Abruzzi und in den Vittorio d'Africa-Bezirken gesteigert; die Ausfuhr von Bananen aus Dschenal von 447 Centals 1928 auf 150000 Centals 1935, die Ausfuhr von Mais von 4800 (1928) auf 167130 (1934); nicht zu reden von den Zuckerrohrpflanzungen, von Kopra usw. Eine geologische Untersuchungskommission unter Ing. Felsenhardt, einem der führenden Erzschrüfer des Belgisch-Kongo, hat sogar den Boden von Italienisch-Somaliland untersucht; bei Kap Gardafui sind bedeutende Silbervorkommen gefunden worden.

Wir hatten auch die Möglichkeiten untersucht, das Wasser der Aggerrar-Sees, der viel Charakteristisches mit der Danakil-Salzwüste gemeinsam hat, auszubeuten; auch zum Ausbau und zur Verwertung des Viehbestands in Italienisch-Somaliland werden Pläne entworfen: man wollte eine Fleischindustrie ins Leben rufen; ebenso in den Küstengewässern der Kolonie die Fischerei entwickeln, besonders die Perlfischerei.

Jedoch weigerte sich die ehemalige abessinische Regierung nicht nur, die Abmachungen des italienisch-abessinischen Vertrages von 1928 durchzuführen, sie unternahm auch nichts gegen die ununterbrochenen feindlichen Überfälle abessinischer Stämme auf die friedliche Arbeit, die in den italienischen Kolonien geleistet wurde; diese Tatsache führte zum italienisch-abessinischen Krieg.

Der Sieg des italienischen Heeres in Äthiopien hat für die Ausbeutung aller Gebiete zwischen dem Roten Meer und dem Indischen Ozean, zwischen den Grenzen des englisch-ägyptischen Sudan und der Kolonie Kenya im Norden und Westen, zwischen Französisch- und Britisch-Somaliland im Osten eine neue Ära eröffnet. Um den Wechsel der Wahl in diesen Gebieten zu verstehen, genügt es, sich ins Gedächtnis zurückzurufen, daß die Anlage der verschiedenen Zollstellen entlang den Grenzen des ehemaligen abessinischen Reiches von Gallabat, Kurmuk, Gambela bis

nach Moyale, daß die Konzessionen, die der ehemalige Negus am Tana-See vergeben hatte, daß das Angebot, eine Bahnlinie von Kurmuk über Lekempti, Addis Alem nach Addis Abeba zu bauen usw. den Willen zeigten, den äthiopischen Handel nach dem Westen zu ziehen. Obwohl die 1600 km lange britische Strecke nach Gallabat, Khartum, Port Sudan durch den Bau der Bahn von Kassala nach Gedaref um ungefähr 400 km abgekürzt worden ist, begünstigt heute die Ausschaltung der Grenze am Mareb-Fluß zweifellos den Handel auf italienischen Straßen, — eine Straße über Gallabat, Angareb, Sittona, Setit, Agordat und Massaua, die 750 km lang ist, und eine über Gondar, Dewark, Adua, Asmara und Massaua, die 600 km lang ist und so eine Ersparnis von wenigstens 450 km gegenüber der Port-Sudan-Strecke bietet. Wird diese Lage zu einer Konkurrenz zwischen italienischen und anglo-ägyptischen Verkehrswegen führen, oder wird sie die Grundlage für eine Verständigung bilden? In diesem Zusammenhang ist die Tatsache wichtig, daß ein Plan vorliegt, die 347 km lange Strecke von Massaua nach Asmara und Biscia in Richtung auf Tessenei und Kassala zu verlängern, wo sie mit dem englisch-ägyptischen Eisenbahnsystem verbunden werden soll. So wäre es möglich, direkte Verbindungen zwischen Ägypten und Italienisch-Ostafrika durch Schiene und Fluß einzurichten. Dieses Projekt bezeugt den Wunsch nach Zusammenarbeit auf italienischer Seite.

Andererseits hat sich die italienische Regierung entschlossen, den Bau eines neuen Straßensystems über das ganze Italienisch-Ostafrika in Angriff zu nehmen, das folgende Autostraßen einschließen soll:

1. Om Adscher—Gondar—Debra Tabor—Dessie (650 km),
2. Debra Tabor—Debra Markos—Addis Abeba (500 km),
3. Adigrat—Dessie—Addis Abeba (850 km),
4. Assab—Dessie (300 km),
5. Addis Abeba—Dschimma (300 km),
6. Addis Abeba—Allata—Negelli—Dolo (1100 km).

Die letzte soll im Laufe einer zweiten Bauperiode ausgeführt werden.

Man muß bedenken, daß mit dem Bau dieses Straßensystems einerseits eine direkte 950 km lange Verbindung zwischen der italienisch-englisch-ägyptischen Sudangrenze und Assab eingerichtet wird, und eine direkte, ungefähr 1000 km lange Verbindung zwischen Massaua und Addis Abeba durch die schon gebaute Autostraße Massaua—Adigrat und die neue im Bau befindliche Straße Adigrat—Addis Abeba; und andererseits ist eine 700 km lange Verbindung zwischen Addis Abeba und Assab eingerichtet, um die ausschließliche Abhängigkeit des Handels von der Bahn Dschibuti—Addis Abeba zu beheben. Nach einer Entscheidung der italienischen Regierung soll bis 1939 der Bau eines Hafens in der Bucht von Assab fertiggestellt werden, dessen Wassertiefe nicht weniger als 12 m betragen soll, mit einem in der Mitte liegenden Kai von 1000 m Länge, das Ganze geschützt von zwei Wellenbrechern, der eine 900 m, der andere 180 m lang, die eine Einfahrt von 150 m Breite frei lassen. So hat Addis Abeba seinen eigenen Zugang zum Meer auf italienischem Boden, ein Zugang, der geeignet ist, die Erleichterungen zu vervollständigen, die durch Dschibuti schon bestehen. Man muß bedenken, daß die Bahn Addis Abeba—Dschibuti eine begrenzte Transportfähigkeit hat und hohe Betriebskosten, infolge ihrer hohen Baukosten, die 2 Mill. Lire pro Kilometer erreichten. Als äußerste Leistungsfähigkeit der Bahn Addis Abeba—Dschibuti hat sich die Be-

förderung von 1500 t Güter täglich in beiden Richtungen erwiesen, — das macht im ganzen 45 000 t monatlich. Durch die gute Zusammenarbeit zwischen der französischen Gesellschaft, die diese Linie verwaltet, und den italienischen Behörden in Äthiopien ist zwar die Kapazität der Bahn gegen früher bis zu einem gewissen Grade gewachsen, aber sie kann niemals den Anforderungen des Handels genügen, die aus der Kolonisationsarbeit entstehen, wie sie von der italienischen Regierung in Ostafrika geleistet wird. Daher die Notwendigkeit, eine unabhängige Verbindung durch die Bucht von Assab zu bauen. Das Straßenbauprogramm unter italienisch-ostafrikanischen Gesichtspunkten muß also sein: der Bau einer Autostraße in einem zweiten Abschnitt von Addis Abeba nach Dolo, das ungefähr an der alten, italienisch-abessinischen Grenze liegt, und als Abschluß eine Autostraße von Mogadischio nach Dolo: die direkte Verbindung Rotes Meer—Indischer Ozean.

Ein wichtiger Punkt des Bauprogramms ist ferner die Straße, die Addis Abeba mit den Gebieten von Dschimma und Caffa verbinden soll, sowohl in geographischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht, denn sie wird Italienisch-Ostafrika mit dem afrikanischen Gebiet der Großen Seen verbinden und damit für die Aufschließung dieser Gebiete die Grundlagen schaffen. Dschimma und Caffa sind die bedeutendsten Kaffee-Erzeugungsgebiete von Äthiopien und sollen reiche Platinvorkommen enthalten. Daher würden die italienischen Kolonien durch eine solche Straße zweifellos neuen Handel an sich ziehen.

Man sieht: die italienische Regierung unter Mussolini hat die Grundlagen für eine vernunftgemäße Ausbeutung der italienischen Kolonien und für die Heranziehung italienischer Bauern und Arbeiter zur Kolonisation geschaffen. Wirtschaftlich gesprochen ist ein solches Werk von beträchtlicher Bedeutung, wenn man bedenkt, daß der Einfluß der Weltwirtschaftskrise, die Einschränkungen, die dem Außenhandel gerade von solchen Ländern auferlegt sind, die die wichtigsten Rohstoffquellen der Welt unter Kontrolle haben, die italienische Regierung zwingen, ihre Handelspolitik umzustellen. Aber wir haben auch nicht vergessen, daß die Sanktionen uns die Wichtigkeit wirtschaftlicher Unabhängigkeit unter politischem Gesichtspunkt gezeigt haben. Es muß und wird möglich sein, mit der Zeit den italienischen Baumwollbedarf wenigstens zu einem großen Prozentsatz in den italienischen Kolonien zu erzeugen. Während Italien 1922 aus seinen Kolonien nur 0,5% seines Bedarfs an Häuten und Fellen einfuhrte, gelang es ihm 1935 35% aller Häute und Felle aus den Kolonien zu beziehen, und wenn man die Bedeutung des äthiopoischen Häute- und Fellehandels bedenkt, kann man sagen, daß Italien nicht länger von fremder Einfuhr an Häuten und Fellen abhängig sein wird, sondern sogar selbst den internationalen Häute- und Fellehandel beherrschen kann.

Welche Wichtigkeit man dieser Frage in Italien beilegt, ergibt sich aus der Tatsache, daß die Geschäftswelt Neapels, geführt von der Banco di Napoli, auf der Konzentration des Häute- und Fellehandels aus dem italienischen Empire in diesem Hafen besteht. Die Länder, die den größten Teil der Rohstoffe der Welt beherrschen, versteifen sich auch weiter darauf, daß ihre Kolonien ihre eigenen Fertigwaren bevorzugen sollen. Sie schließen dadurch aber die Waren von Ländern aus, die Rohstoffe brauchen und sie ohne Export nicht kaufen können. Diese Politik ist die Hauptursache der internationalen Krise und der Notwendigkeit des Strebens nach Kolonien, wie sie bei den „Have-nots“ fühlbar geworden ist.

ALBRECHT HAUSHOFER: Berichterstattung aus der atlantischen Welt

Wenn man aus der Fülle der Ereignisse, die den Februar 1938 kennzeichnen, diejenigen herausgreifen soll, denen die größte Dauerwirkung zukommt, dann wählen wir vier: die Entscheidung über das deutsche Schicksal Österreichs, die an einem Mittwintertag in den Bergen von Berchtesgaden gefallen ist; der Entschluß Neville Chamberlains, unter Ausbootung eines erfolglosen, dem Völkerbund verschriebenen Außenministers, direkte Wege zur Verständigung mit Italien und mit Deutschland zur Vermeidung eines neuen europäischen Krieges zu suchen; die Rückkehr der Vereinigten Staaten zum imperialen Programm eines ausgedehnten Flottenbaus und einer Rücknahme des Verzichts auf ihre Stellung im westlichen Stillen Ozean; die Selbstenthüllung des russischen Regierungssystems auch für die Augen derjenigen, die sowjetrussische Vorgänge nur durch viele gefärbte Brillen zu betrachten pflegen.

Die Vernichtung der letzten Vertreter von Lenins „alter Garde“ durch den kaukasischen Gewaltherrscher im Kreml läßt keine andere Deutung mehr zu, als daß die Sowjetunion sich in einer tiefen Krise befindet. Mögliche Ausgänge sind nur mit asiatischen Maßstäben nach Zeit und Art zu bewerten. Aus Europa scheidet die Sowjetunion jetzt auch für diejenigen aus, die sich noch vor wenigen Jahren darum bemühten, sie in den Genfer Kreis hereinzuholen. Keine Verteidigung bestehender Verträge durch Chautemps und Delbos wird dem französischen Volk seinen Zweifel an Sinn und Wirksamkeit des russischen Bündnisses nehmen; auch der kluge Herr des Iradschin wird sich darüber klar sein, welch geringen Wert eine russische Karte noch hat.

Gegenüber den Reden der Volksfront hat der ehemalige Ministerpräsident Flandin, dessen gute Londoner Verbindungen bekannt sind, das französische Volk mit Nachdruck darauf hingewiesen, wie gefährlich das Beharren in veralteten Bahnen einer Kontinentalpolitik für Frankreich schon einmal in seiner Geschichte gewesen ist. Einmal schon habe Frankreich dadurch ein überseeisches Reich verloren. Das Verständnis für die Bedeutung seiner überseeischen Besitzungen ist in Frankreich nicht allzu groß (wenn man von den Atlas-Ländern absieht). Aufrufe zur überseeischen Politik haben bisher in Frankreich nur kurzes Gehör gefunden. Dürfen wir Herrn Flandin wünschen, daß seine klugen Vorschläge ein besseres Gehör unter seinen Landsleuten finden möchten, als vor fünfzig Jahren diejenigen Jules Ferry's?

In England hat sich mit dem Rücktritt Edens eine große Veränderung vollzogen. Die nüchterne Erwägung der Wirklichkeit, die mit dem mißglückten Versuch Sir Samuel Hoares im Herbst 1935 begann, die dann im Frühjahr 1936 nach der Besetzung von Addis Abeba durch die Italiener ihren ersten schärferen Ausdruck fand, hat sich politisch in England durchgesetzt. Ihre Träger sind, neben Simon und Hoare, die gewiß nicht ohne Teilnahme den Sturz des jungen Mannes betrachtet haben mögen, der an der Verkürzung ihrer eigenen Amtszeit im Foreign Office so lebhaft beteiligt war, zwei Persönlichkeiten von klarem Profil: Neville

Chamberlain und Lord Halifax. Neville Chamberlain ist der Erbe einer großen Tradition — einer Tradition, die an dem Aufbau des modernen britischen Kolonialreiches anknüpft und mit dem Bestehen des heutigen Empire aufs engste verknüpft ist. Lord Halifax hat den Mantel eines Vizekönigs von Indien getragen und hat das Land verlassen mit dem seltenen Ergebnis, sowohl von den Engländern wie von den Indern als ein wahrer großer Mensch geachtet zu werden. Ein Ruf, dessen sich nur wenige rühmen können.

Eine Übersicht über die Lage der britischen Außenpolitik beweist allerdings, daß das Empire seiner besten Köpfe bedarf, um seine Beziehungen zur Umwelt neu zu ordnen. Wir versagen uns hier, den ostasiatischen Bereich zu berühren. Wir weisen auch nur kurz auf den einzigen Gegenstand unmittelbarer deutsch-englischer Kollision hin: den deutschen Anspruch auf afrikanischen Kolonialbesitz. Allein die Gegenstände, die ein englisch-italienischer Ausgleich umfassen müßte, sind Stoff genug für lange Konferenzen. Wenn zwei Großmächte sich mehrere Jahre hindurch in einem verdeckten Kampf gegenüberstehen, so bereiten sie sich Schwierigkeiten, wo sie können. Manche politische Unternehmung wird dabei mit dem Ziel eines dauernden Gewinns gemacht, manche wird nur begonnen in der Absicht, Positionen als Tauschobjekte zu gewinnen. Alles, was Italien zur Aufwieglung der Araber gegen England getan hat, alles, was England in gleichem Sinn sowohl in Libyen wie in Abessinien unternommen hat, gehört in die zweite Gruppe hinein. Die Frage der Flotten- und Luftstützpunkte, die Frage der beiderseitigen Truppenstärken in Afrika sind schon wesentlich ernster. Auf der einen Seite steht Libyen und eine mögliche Bedrohung des Sudans sowie Kenias von Italienisch-Ostafrika her, auf der anderen Seite die Sperrstellung am Suezkanal und an der Straße von Perim. Auf der einen Seite steht der Dodekanes, auf der anderen Zypern; auf der einen Seite Pantelaria, auf der anderen Malta; Gibraltar und die Balearenstellung schließen das Gegeneinander im Westen ab. Ein reiches Feld von scharfen Möglichkeiten des politischen Handels — selbst wenn man Spanien ganz außer acht läßt. Es ist verfrüht, die Grenzen der englischen, aber auch der italienischen Verhandlungsbereitschaft aufzeigen zu wollen. Daß die Anerkennung des italienischen Imperiums in Ostafrika als Preis der Verständigung winkt, ist kein Geheimnis. Wichtiger als die juristische Anerkennung wird allerdings die damit verbundene Bereitschaft Englands sein, die bisher geübte Unterstützung der abessinischen Freischärler künftig zu unterlassen. England wird dafür ein Übereinkommen über die in Afrika zu haltenden Truppenstärken, vielleicht auch über die Wasserkräfte der Nilzuflüsse verlangen. Italien wird gewisse Wünsche über den Suezkanal vielleicht mehr andeuten als aussprechen. England wird gerade hier sehr schwerhörig sein. Gleiche Schwerhörigkeit ist auf der italienischen Seite in bezug auf Mallorca zu vermuten — es sei denn, daß England über den Ausbau von Zypern freundlicher mit sich reden ließe, als es den Anschein hat. Die Sicherstellung englischer Rechte in Spanien, d. h. die Neutralisierung Spaniens zwischen England und Italien wird einen Hauptpunkt des englischen Programms bilden. General Franco würde nur dabei gewinnen. — Griechenland, Südslawien und die Türkei haben an dem Ausgang der englisch-italienischen Besprechungen ein großes Interesse. Der Balkanbund hat die Anerkennung des italienischen Imperiums schon vollzogen; die Front der alten Sanktionsstaaten und Völkerbundsfreunde ist in voller Auflösung begriffen.

Im Positiven oder im Negativen werden starke Wirkungen von den englisch-italienischen Verhandlungen auf die ganze arabische Welt ausgehen. Kommt es zu einer Einigung, dann sind die Zeiten wieder vorbei, in denen sich der arabische Nationalismus von der einen gegen die andere Seite benutzen ließ, und dabei Fortschritte machen konnte. Einstweilen wird Arabien noch umworben. Daß der ehemalige Generalgouverneur von Südafrika, Earl Athlone, ein naher Verwandter des Königshauses, den beschwerlichen Weg nach der Hauptstadt Ibn Sauds findet, ist etwas Neues. Wenn man auch betont, daß es sich um eine Jagd- und Forschungsreise handele, so möchten wir doch glauben, daß dieser Besuch nicht ganz ohne Zusammenhang mit den englisch-italienischen Verhandlungen und mit den Vorgängen in Palästina steht.

Zu gleicher Zeit findet ein yemenitischer Staatsbesuch in Rom statt. Es ist eine hübsche Frage, ob solche Unternehmungen seitens des Yemen im Widerspruch zu den Bestimmungen des Friedensvertrags mit Ibn Saud stehen oder nicht? Auch hier spürt man den Positionskampf um den Beginn der englisch-italienischen Verhandlungen.

In Spanien ist Teruel nach erbitterten Kämpfen im verschneiten Bergland von den Truppen Francos zurückerobert worden. Dabei ist im Norden von Teruel ein geographisch wichtiger Teil des Berglandes neu gewonnen worden, so daß ein zweiter überraschender Vorstoß des Gegners an dieser Front keine Aussicht auf Erfolg mehr hätte. Fast wichtiger als der Geländegewinn, auch als die Rückeroberung einer von Grund auf zerstörten Stadt ist der Verlust an Kampfmitteln, den die spanische Linke erlitten hat. In dem Kampf um Teruel war ein großer Teil der ausgebildeten Reserven sowohl der Katalanen wie der Internationalen Brigaden geworfen worden; ein großer Teil davon ist außer Gefecht gesetzt. Die Möglichkeit einer großen strategischen Offensive ist damit für Franco zurückgewonnen. Inzwischen besteht die Möglichkeit, daß eine wirkliche britische Neutralität die Einmischungsmöglichkeiten der französischen Linken verringert; auch ist es nicht ausgeschlossen, daß die Moskauer Vorgänge negativ auf die Einigkeit in Barcelona einwirken.

Ein britischer Flottenbesuch in Lissabon, der mit der Anwesenheit deutscher Schiffe zusammentraf, unterstrich die alte britisch-portugiesische Freundschaft und das Interesse, das jede englische Regierung an Vorgängen auf der Iberischen Halbinsel nehmen muß. Auf französischer Seite ist man dabei, die Konsequenzen aus den Veränderungen im Mittelmeer für Nordafrika zu ziehen: man baut die Verbindungen im Hinterland von Osten nach Westen aus mit dem Ziel, im Notfall die atlantische Küste Marokkos zur Basis der Verbindung mit Frankreich zu machen. Große Pläne, einen erheblichen Teil der französischen Rüstungsindustrie nach Nordafrika zu verlegen, werden abgekündigt. Ob sie noch sinnvoll sind, ist eine zweite Frage. Die Möglichkeiten, auch große Räume rasch zu überwinden, steigert sich in diesen Jahren so schnell, daß man schon über ein sehr tiefes Hinterland verfügen muß, wenn große Industrieverlagerungen Wert haben sollen in dem Zeitpunkt, in dem sie vollendet werden können, und nicht nur in dem, wo sie geplant werden. Betrachtet man z. B. die geographische Gestalt der Tschechoslowakei, dann fragt man sich doch sehr, ob eine Verlegung der Skoda-Werke von Pilsen nach dem Osten des Staates auch in militärischem Sinn eine vernünftige Maßregel ist. Auf die Dauer gibt es eine Sicherung für das tschechische Volk nur durch einen ehrlichen Aus-

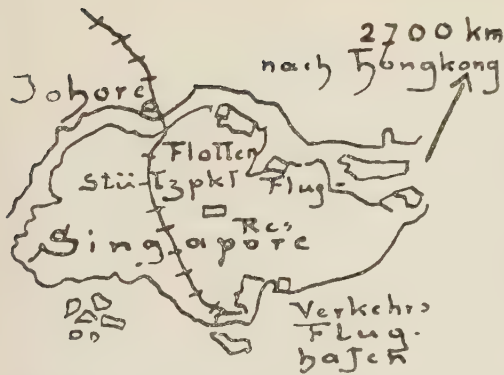
gleich mit dem deutschen Nachbarn. Auch wenn Herr Hodza immer wieder betont, daß die Fragen des Sudetendeutschtums innere Fragen des tschechoslowakischen Staates seien, wird man sich in Prag daran gewöhnen müssen, daß die Einheit des deutschen Volksbewußtseins eine politische Wirklichkeit ist, und daß der tschechoslowakische Staat der Gegenwart, über die Jahrhunderte gesehen, eine Eintagsfliege sein wird, wenn es nicht rechtzeitig gelingt, ihm jene Form des Nationalitätenstaates zu geben, die als schweizerisches Muster in Reden sooft gepriesen wird — nur um in der Wirklichkeit mit Aufwand vieler List und vielen Geschicks vermieden zu werden.

Die Vorgänge in Moskau haben dazu geführt, daß in Polen das Bewußtsein gemeinschaftlicher Interessen mit dem Deutschen Reich wieder stärker zum Ausdruck kommt, als das in der vorangehenden Zeit der Fall war. Wir haben nur auch Polen gegenüber den Wunsch, daß z. B. in der Agrarreform auf das Rechtsbewußtsein des deutschen Volkes etwas größere Rücksicht genommen würde. Das Fürsorgerecht des Deutschen Reiches für deutsche Volksteile außerhalb der Grenzen ist vom Führer in seiner Reichtagsrede vom 20. Februar klar und deutlich in Anspruch genommen worden. Die Verfasser des Versailler Friedensvertrages sind daran schuld, daß es heute mehr als einen Staat gibt, den diese Mahnung angeht.

Während die deutsche Luftwaffe mit berechtigtem Stolz auf die drei Jahre seit ihrem ersten sichtbaren Auftreten zurückblickt, setzt die englische Regierung eine Aufrüstung von ungeheueren Ausmaßen in die Wirklichkeit um. Das Problem dabei sind nicht wie anderwärts Rohstoffe und Finanzen, sondern die Menschen. Auch wenn England auf die Aufstellung einer Massenarmee verzichtet, verlangen Spezialtruppen zu Land, Flotte und Luftwaffe mehr Menschen, als freiwillig zur Verfügung stehen. Und jede englische Regierung, die den Versuch selbst einer verschleierten Wehrpflicht machen würde, stellt sich damit gegen eine der stärksten Traditionen der britischen Entwicklung.

Gleichzeitig mit der Ausweitung des englischen Rüstungsprogramms vollzieht sich die Ausweitung des amerikanischen. Die Gleichrichtung dieser Rüstung wird nach außen abgestritten. Aber es ist doch merkwürdig, daß die amerikanische Regierung in ihren ursprünglichen Plänen nicht den geringsten Wert darauf legte, eine Flotte im Atlantik zu haben, und erst unter dem öffentlichen Druck dazu gebracht wurde, auch die Verteidigung der atlantischen Küsten unter eigene Verantwortung zu nehmen. Offenbar ist man in Washington mit guten Gründen davon überzeugt gewesen, daß man den Atlantik dem Schutz der britischen Flotte überlassen könne. — Noch nicht entschieden ist die Frage nach der Größenbegrenzung der neu zu bauenden Schiffe. Hier stellt sich wieder die Frage, an der das Washingtoner Abkommen zerbrochen ist: Japan weigert sich, die Überlegenheit der angelsächsischen Flotten vertragsmäßig anzuerkennen, und ist nicht bereit, ohne eine gemeinsame Grenze der Gesamttonnage einzuwilligen. Auch Japan kann in seiner gegenwärtigen Lage kaum wünschen, daß immer größere Schlachtschiffe gebaut werden, aber es ist eine Frage des Gesichts geworden, das nicht zuzugeben. Und nichts bewahrt man in Ostasien strenger als sein „Gesicht“.

KARL HAUSHOFER: Bericht über den indopazifischen Raum



Deutet man einzelne Zeichen, wie die britischen Studentendebatten in Oxford (Anhang 1), richtig, so mehrten sich auch innerhalb der Westmächte — ganz abgesehen von Flandinavien — die Schwalben, die dem Sommer einer kolonialpolitischen Einsicht über die Notwendigkeit kolonialer Mitheranziehung aller als Kolonisatoren tauglichen Völker vorangehen. Aber die Einsichtigen sind in Politik und Hochschule zu spärlich, um sich noch rechtzeitig für die Auseinander-

setzung geltend zu machen, die ihren Anfang im Fernen Osten genommen hat und von dort aus weitergeht.

Hätte die Geographie zur rechten Zeit jenen Stand von Ansehen gewonnen, den die Geopolitik für sie erringen wollte, dann hätten dieser Auseinandersetzung Arbeiten, wie Wilhelm Hollsteins Bonitierung der Erde auf landwirtschaftlicher und bodenkundlicher Grundlage (Anhang 2) mit der höchsten auf Erden erlangbaren Autorität vorangehen, nicht nachhinken müssen.

Dann würde sich das Britenreich ohne weiteres Äußerungen wie die des jetzigen japanischen Innenministers Suetsugu über die Notwendigkeit der Austreibung weißer Herrschaft über farbigen Völkern (Anhang 3), des Generals Itami über den nahe bevorstehenden Fall und Sturz des „Empire“ vielleicht erspart haben. Ebenso unterblieb vielleicht der leise Hohn, der aus den Betrachtungen von Sakutaro Tachi über das Prinzip der offenen Tür in China und Mandschurei spricht (Anhang 4), oder aus der stolzen Übernahme der Wächterpflicht für die Rettung der östlichen Zivilisation für die Welt, welche Rolle nun Japan für sich beansprucht (Anhang 5), — obwohl sie solange von England und Amerika aus als „the white mans burden“ bezeichnet worden war; ein Recht, das man im Weltkrieg durch die Mobilisierung der farbigen Welt verscherzte.

Nun holen es alle Manöver um Singapore und Hawaii nicht mehr zurück.

Selbstverständlich steht an der Jahreswende schon der japanischen Werbung eine chinesische mit Geschick und Schärfe gegenüber, wenn sie auch zu glauben scheint, man müsse ihr alle und jede Propagandawährung zum vollen Goldwert abnehmen, was gerade die Geopolitik keiner Papierwährung gegenüber darf. Ihr sind Rückzüge eben Rückzüge, Raumverluste Raumverluste, so sehr sie den Wunsch aller Völker begreift, nur Raumgewinn, nicht Raumverlust zu verbuchen.

Wer aber den Raumgewinn bezahlen muß, und den Raumverlust mit allen Folgen zu tragen hat, das ist bei der Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur Ostasiens noch immer nicht der Student oder Großbürger, der Unternehmer oder Landgewaltige, ob er nun Parteihauptling oder General sei, sondern der Bauer.

Wieweit er der Bezahlung des Raumgewinns in Japan gewachsen ist, und wie weit er darunter stöhnt, das enthüllt sehr zur rechten Stunde eine kurze, aber eingehende Schrift „Japans Agrarian-Problem“ (Anhang 7); wie es dem koreanischen und chinesischen zumute sein könnte, wissen wir eigentlich fast nur aus Romanen, wie dem recht gut deutsch übersetzten Buch von Younghill Kang: „Das Grasdach“ (ein Koreaner erzählt sein Leben), Leipzig 1933, Paul-List-Verlag, oder aus den chinesischen Bauernromanen im Stil von Pearl C. Bucks — „Guter Erde“. Gute Besprechungen über japanisches Sozialgefüge enthalten die neuen „Monumenta Nipponica“ der Sophia Universität Tokyo, eine kulturpolitisch im höchsten Grade zu begrüßende Neuerung (Anhang 8), — in der auch Volksdruck (Ryoichi Ishii), Siedlungsformen (Bruno Taut), Industrialisierung, sogar so vorzügliche grammatische Hilfsmittel wie Oreste Vaccaris und seiner gelehrten Frau Konversationsgrammatik neben religionsgeschichtlichen und weltanschaulichen Aufsätzen die wohlverdiente Würdigung finden.

Aus den „Sinica“ (Anhang 9) seien die Veröffentlichungen aus dem Nachlaß von Heinrich Hackmann mit ihren kritischen Quellenangaben, die Arbeiten von Marianne Rieger zur Finanz- und Agrargeschichte der Ming-Dynastie mit ihrer Aufnahme der Bodenleistungen, und unter den Bücherbesprechungen die vorzügliche von Friedrich Otte über Dr. Chu Chia Huas „China's Postal and other Communication Services“ (London; Kegan Paul; 37) hervorgehoben. Auch wer sich die „Sinica“ nicht abonniert, kann, wird doch ein einzelnes Heft von solchem Informationswert erstehen können, wie 5/6 des XII. Jahrgangs der verdienstvollen Zeitschrift des China-Instituts, des berufenen Anwalts der „andern Seite“ in ihren kulturpolitischen Werten.

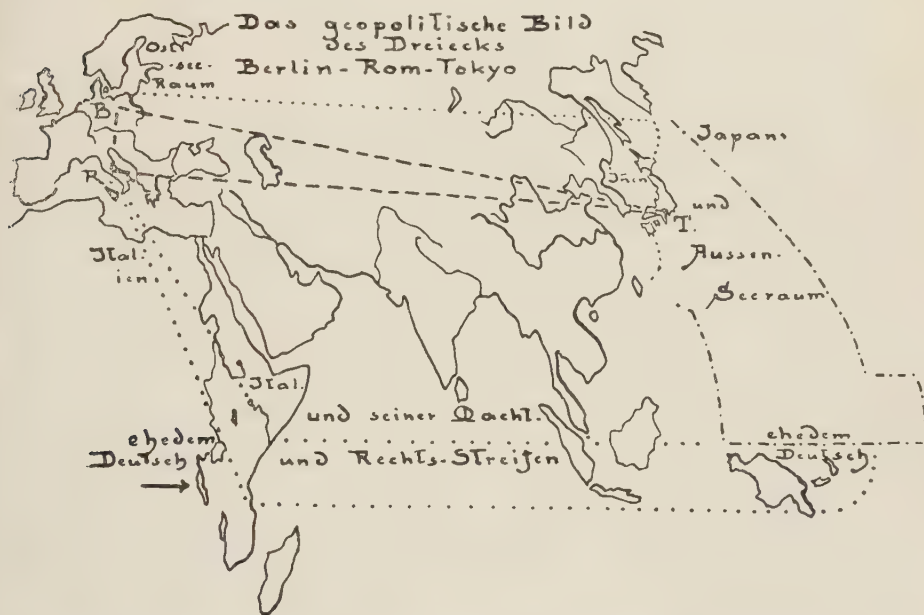
Der Ferne Osten kennt chinesisch und japanisch den harten Spruch: „Wer auf einem Tiger reitet — kann nicht absitzen.“ Niemand erwartet, daß losgelassene Tiger beiderseits auf Bildungseinrichtungen oder Industriewerke Rücksicht nehmen. Aber daß die gegenwärtigen Vormärsche in China 3 Universitäten ganz, 14 beinahe zerstört haben, und zwar in Schanghai, Tientsin, Pautingfu, Nanchang und Nanking allein, dazu 53 höhere Schulen; daß auf der andern Seite 90% der Industrie um Tsingtau ohne eigentliche Kriegsnot gesprengt worden sind und 300 Mill. Y. an Werten vernichtet wurden, das läßt doch darauf schließen, daß über die Kriegsnotwendigkeit hinaus bestimmte Zerstörungsabsichten und hemmungslose Leidenschaft tätig waren. Wenn eine britische Stimme freilich die 50000 obdachlos gewordenen chinesischen Studenten beklagt, so darf wohl angenommen werden, daß diese Studenten nach ihren Äußerungen längst unter den Fahnen stehen, nachdem einmal der totale Krieg bis aufs Messer proklamiert ist.

Nur wird ein Zeitalter, das in Spanien und China in diesem Stil mit den Kulturschöpfungen der Gegenseite verfährt, sich nicht mehr über das Vorgehen Dschingiskhans aufregen können, der wenigstens in religiösen und Weltanschauungsfragen zusammen mit seinem chinesischen Kultusminister ungleich toleranter war, als etwa die spanische frente popular, oder ihre roten Helfer, mit neu proklamierter Weltrevolution.

1938 ist nach der Reihenfolge des ostasiatischen Tierkreises ein „Tigerjahr“, und als solches in der Volksmeinung behaftet mit den Eigenschaften dieses kraftvollen, wilden

und vielfach erfolgreichen, aber nicht gerade gemüthlichen Patronatstieres „voller Tätigkeit, das keine Furcht vor Mißerfolgen kennt“, — wie die deutsch-japanischen Nachrichten von ihm rühmen. 1937 stand im Zeichen des Stiers, der auch mutig, aber weniger klug ist. Das „Tiger“ (Tora)-Jahr gilt „als gesegnetes Jahr der Expansion und Tätigkeit, in dem nur allzu sorgloses Vorstürmen unangenehme Folgen haben kann“.

„Um fortschrittlich, tatkräftig und erfolgreich“ zu enden, wie der Volksglaube in Japan von ihm hofft, weniger wohl der in China, wird also etwas Vorsicht beim Vorstürmen nötig sein. Diese Erkenntnis lenkt auch ganz ohne mystologische Einflüsse unsere Betrachtung den Nachbarkraftfeldern des gegenwärtigen Raumes „mit Abwesenheit des Friedens“ zu.



Dabei unterstützen uns zwei ausgezeichnete Aufsätze des H. 12 der „Far Eastern Review“ (Anhang 14 und 15), vor allem aber Professor Gilbert Murrays Offenherzigkeiten über angelsächsische Zusammenarbeit, auch wenn sie amtlich von den Vereinigten Staaten aus in Abrede gestellt wird.

Ein großes pazifisches Manöverfeld der USA. von 7000 km Frontbreite zwischen dem subpolaren Dutch Harbour und dem transäquatorialen Pago-Pago, mit 770000 qkm Seeraum dahinter, in dem 170 Kriegsschiffe und 500 Flugzeuge mit 60000 Mann Besatzung herumturnen, reicht durch ein Kreuzergeschwader einem australasiatischen bei Singapore die Hände, das sich auf die angeblich unannehmliche Seeburg stützt, der Hongkong — 2700 km entfernt — und Port Darwin als Vorwerke dienen. Und trotzdem weicht der ganze gewaltige Kulissenbau im Grunde dem Problem, der japanischen inneren Seewehrzone aus. Das läßt uns an der Überzeugung festhalten, daß die zwei heute noch größten Seemächte zur Zeit so wenig um ihr bleichendes Prestige fechten wollen, wie bisher

die größte Landmacht trotz ihrem gewaltigen Fern-Ost-Aufmarsch der 500 000 anders, als durch Partisane und Rüstungshilfen, und „unterirdisch“ kämpft.

Über der gelben Erde bleiben vorläufig ihre beiden alten Kulturmächte allein: aufmerksam beobachtet vom dritten der Großvölker der Monsunländer, dem indischen.

Wie viele sehen heute schon geopolitisch konstruktiv über den Zusammenstoß in China hinaus? Professor Seishi Idei (1) von Waseda sieht jenseits davon große Wanderbewegungen der asiatischen Völker zum mindesten voraus, während die transatlantische Wanderung, ehemals so kennzeichnend, einschrumpfe, so daß England seine Einwanderungsquote in die USA. nur zu 4%, Deutschland nicht zur Hälfte nütze. Umgekehrt müsse für die rund eine Million Chinesen, die in die Mandschurei jährlich eingeströmt seien, ein Auspuff geschaffen werden. Fast alle Bevölkerungsballungen Asiens zeigen ein sehr labiles Gesicht, große Volksdichten unmittelbar neben leerem Land, neben den 18 je Quadratkilometer der Mandschurei die 184 Japans, neben dem reizvollen Java das leere Sumatra, das dichte Luzon neben dem spärlich bevölkerten Mindanao usw.

Der japanische Volksdruck fand einige Auslässe, so in Davao, in der Südsee, nicht aber — wegen schlechter Anpassung — in der Mandschurei, in Nordchina. Soll Indien nun volkspolitisch bremsen oder die 600 Millionen anstreben, die eines einzelnen Bevölkerungswissenschaftlers Phantasie ihm als möglich vorspiegelt?

Vielleicht die wichtigste Frage in diesem Tigerjahr 1938 ist die nach der inneren Festigkeit des Kuomintang-Gefüges in Rest-China (Anhang 18). Hier Wunsch und Wirklichkeit zu scheiden ist nicht leicht; denn die heute noch China in seinen wesentlichsten Lebenskräften beherrschende Partei ist aus ihren Anfängen um 1885 Meister darin, das Nichtwirkliche für wirklich, mindestens im Eindruck des Auslandes zu setzen; sie hat viel damit erreicht. Einer der besten Freunde Chinas in Deutschland ist Friedrich Otte, Eisenach, gerade dadurch, daß er versucht, China zu zeigen, wie es in seinem Gefüge wirklich ist, nicht wie es von außen und innen geträumt wird. Darin wird er durch eine langjährige Erfahrung auf gelber Erde unterstützt. Seine beiden Arbeiten: „Erziehung der Volksmassen zum nationalen Denken in China — als Mittel zur Rettung von Staat und Volk — durch das Schrifttum“ von 1936, und „Staat und Partei in China“ von 1937 (Anhang 18) sind ausgezeichnete Behelfe zur eigenen Meinungsbildung darüber. Nur einige wichtige Fragen an die Kuomintang vermag auch er nicht zu lösen: Wie man sich einbilden konnte, man könne die ganze klassische Ethik von 1885 bis 1928 aus Haß gegen unbeliebte Staatsmethoden mit Hilfe eingeschleppter, überimpfter amerikanischer republikanischer Lehren in Grund und Boden durch Agitation ruinieren und von 1928 an auf Rückpfeiff wieder „als einigendes Band für alle Chinesen“ verwenden? Wie man glauben konnte, die rein dynastische Verbindung zu Mongolen, Mandschu, Mohammedanern, Tibetern werde eine totale Revolutionierung überleben? Wie man die roten Geister, die man rief, so schnell wieder loszuwerden hoffen konnte, als man ihre Verderblichkeit erkannte, deren Giftwirkung gerade auf das uralte chinesische Volksgefüge Otte auf Seite 5 in klassischer Schönheit und Gedrungenheit nachweist.

Wer mit dem Teufel reitet, wie jetzt wieder China, der muß sehr fest im Sattel sitzen, nicht im politischen Stil drittrangiger amerikanischer Universitäts-

weisheit und Nankinger Studentenpolitik. Die Hinrichtung verräterischer Generale ist ein verheißungsvoller Auftakt, daß die Einsicht dafür aufdämmert. Noch aber fehlt sie für den Nordwesten.

Über den Vorgängen auf dem Schauplatz der chinesischen „Abwesenheit des Friedens“, die sich langsam wie ein Ölfleck im westpazifischen Gebiet ausbreitet, deren Entwicklung auf japanischer Seite an die doch wohl von Amerika aus zuerst sinnbildlich so genannten Anakonda-Methoden der systematisch arbeitenden und sich einverleibenden Riesenschlange erinnert, dürfen die Bewegungen im Innern des dritten der Altkulturländer des Monsunbereiches nicht übersehen werden: Indiens.

Wohl hatte dort vorübergehend, durch den alternden Gandhi mit seinen Nicht-Widerstands-Methoden geführt, eine scheinbare Ruhe unter Beteiligung der Kongreßpartei an den örtlichen Regierungen der Länder trügerische Evolutionsmöglichkeiten vorgetäuscht. Aber sie beruhten auf überspannten Kompromissen, die mit einer kolonialpolitischen Herrenstellung einerseits, dem Unabhängigkeitsstreben andererseits fast nicht mehr zu vereinigen waren. Die geopolitische Struktur war bis zum Brechen und Reißen überlastet. Diese Schein-Waffenstillstände zerbrachen denn auch an der Frage der Amnestierung von politischen Gefangenen, in denen die Inder Märtyrer, die Briten Zerstörer ihrer Herrschaft sehen mußten. Unter solchem Druck mußte der Gedanke einer Kaiserkrönung in Delhi mit allem Pomp zum Leidwesen einer kleinen, zur Freude einer großen Schicht in Indien aus Gründen der Sparsamkeit und Vorsicht aufgegeben werden: ein weithin sichtbarer Verzicht auf Beaconsfields Empire-Vorstellung.

„Umsturzartige Wandlungen sind in Sicht; es ist den Studenten Indiens auf-erlegt, sie von einem richtigen Standpunkt aus als wirklich zu sehen, zu verwirklichen (to realise) und bereit zu sein, ihnen standzuhalten, wenn die Zeit kommt und erfüllt ist. Denn es geht über ihre Kraft, diesen Mächten zu entrinnen, die den Wandel verkünden. Er ist schon da; und kommen muß er, ob Ihr wollt oder nicht.“

So hatte an der Jahresschwelle des Tigerjahres 1938 Jawaharlal Nehru mit einem mehr als Hamletischen „Bereitsein ist alles“ der indischen Intelligenz zugerufen (Sylhet, 7. 12. 37) und Dienst am Volk durch Tat, nicht durch Geschrei gefordert. Noch viel schärfer steht jetzt die gleiche Forderung vor China. Wieweit es bereit ist, versucht uns Otte zu umreißen (Anhang 18). Die Antwort ist nicht nur für Ostasien entscheidend. Sie gibt einem neuen Weltalter Form und Inhalt, dessen Heraufdämmern die „Geopolitik“ oft genug und deutlich genug gezeigt hat.

Anhang zum Geopolitik-Bericht über den indopazifischen Raum III/38

1. „Times“: 8. 1. 1938 S. 7 Bericht über die Jahrestagung d. Konserv. u. Unionistischen Univers. Verbd., Oxford über Annäherung an Deutschland „ohne Opfer einerseits des Britenreichs, andererseits d. europäischen Kleinstaaten auf irgendeinem wesentlichen Interessengebiet“, den Geburtenrückgang und stärkeren Anteil d. Jugend am Parteileben. — 2. Wilhelm Hollstein: „Eine Bonitierung der Erde auf landwirtschaftlicher und bodenkundlicher Grundlage; Justus Perthes; Gotha; 1937 Erg. Heft No. 234 zu „Petermanns Mittlg. mit ausgezeichnete Bonitierungskarte der Erde. — 3. Admiral Suetsugu, jetzt jap. Innenminister vor seiner Ernennung über die Notwendigkeit des Vertreibens der weißen Rasse aus Asien und des Zusammenstoßes mit England; Generalleutnant Itami, Kaiserbegleiter nach England 1922 darüber, daß er damals glaubte, sein Enkel, später, 1931 sein Sohn, und heute, er selbst noch werde den Fall des britischen Reiches erleben (Kurzbericht) darüber Times, 8. 1. 39 S. 9. — 4. Sakutaro Tachi: „The principle of the open door in

China and Manchukuo." Foreign Affairs Association of Japan; 1938. — 5. The Truth behind the Sino-Japanese Crisis — (Japan acts to keep eastern civilisation safe for the World); Japan Times and Mail; 1937; Tokyo. — 6. „Das Neue China"; Informationsblätter No. 5: Marschall Chiang Kai-shek spricht zum Volk. Berlin; 18. 12. 37 — dsgl. No. 7 Die Japaner in Shantung: Der Angriff und der „Traum". (29. 12. 37). Vom gleichen Herausgeber, Kuo Mintang in Deutschland, Berlin W 15, Kurfürstendamm 218 Nachrichtenblätter ftrfld. No. 122: Kampflage um die Jahreswende. Ders. Informationsblätter No. 8: „China und der Völkerbund — Eine Plauderei, angeregt durch Herrn Professor Karl Haushofer" — zu welcher Anregung wir uns angesichts einer so aufschlußreichen Auseinandersetzung gern bekennen und dazu sagen, daß die „Geopolitik", wenn sie Jung-China im Recht glaubte durchaus nicht nur einmal einen ausgesprochen chinafreundlichen Aufsatz veröffentlichten ließ, und zum Beispiel den Zug Chiang Kai-sheks nach Norden zu einer Zeit freundlich begleitete, wo das nicht selbstverständlich in Europa war und den Verrat von Sianfu scharf mißbilligte, was die Gerechtigkeit des Verfassers der Informationsblätter bei näherem Zusehen gern zugeben wird. Gerade über Sun Yat Sen und Chiang Kai-shek hat der Verlag der „Geopolitik" mehr Gutes gedruckt, als irgendein anderer in Deutschland; aber er hat genau so die Pflicht, den Deutschen mitzuteilen, wenn man in China Dinge tut, die geopolitisch schwer verantwortet werden können, auch wenn man volles Verständnis dafür hat, daß die Ehre ein Auskämpfen glückloser Lagen fordern darf und kann. — Der Glaube der „Geopolitik" an den etwas zu großen Glauben Chinas an den Völkerbund stammt aus dem Kuo Mintang Kreise um die „Peoples Tribune" in Shanghai und deren Aufsätzen; wir bedauern, wenn diese Herren „auf vertraulicher, persönlicher Basis" uns über den Völkerbund anders berichtet hätten, als sie es in China für In- und Ausland drucken ließen! — Wenn der Völkerbund dort nun wirklich gesehen wird, wie „eine gütige Großmutter, die Süßigkeiten verteilt und für das Wohl ihrer Kinder betet" —, auch „wenn sie keine Süßigkeiten verteilt, und auch wenn ihr Beten nichts nützt" — dann gehen die Meinungen über Genf nicht so weit auseinander! — 7. „Japans Agrarian Problems" — Foreign Affairs Assoc. of Japan-Tokyo, XII. 1937 — Höchst erwünschte Ergänzung zu 2. für die soziale Seite des japanischen Agrarproblems. Ein chinesisches Seitenstück wäre erwünscht. — 8. Monumenta Nipponica; Tokyo 1938. Sophia University, mit wertvollen Aufsätzen und Buchbesprechungen in kulturwerbendem Geist. — 9. „Sinica"; XII. Jahrgang; Heft 5/6 Verlag des China-Instituts Frankfurt 1937. S. 265 die Leidensgeschichte der Versuche zur Rückgewinnung der Verkehrshoheit; S. 268 „das Schmerzenskind" der chinesischen Schifffahrt. — 10. Professor Seishi Idei in „Transpacific", 6. 1. 1938; S. 31 „Large Migrations seen for future". — 11. Aviator Biren Roy in „Amrita Bazar Patrika", 25. 12. 37: „Calcutta faced with the peril of Air Attak Most vulnerable City" S. 16; mit Karte, wo Gefahr der östlichen Großstädte betont wird, und Bomber-Flugnetz über bisher so sicherem Südostasien zwischen Tatsienlu-Yünnan und Calcutta gezeigt wird. — 12. „United Empire", Januar 1938 bringt unter den Herausgeber-Notizen: „Australia and Migration" S. 3, von R. T. E. Latham: „Australian Foreign Policy" S. 11—17 und von Hugh Molson „The Present Position in India" S. 5—10, recht ungeschminkt! — 13. „Asiatica" Heft 5, 37 bringen gute Besprechungen mit Skizzen über den japanischen Vormarsch vom Herzog von Avarna, von C. S. Lin feine Untersuchungen über das Verhältnis von Partei und Regierung in China, dann Inhaltsangaben mit Kritik über Arvid Balk: „Singapur, Englands Panzerfeste im Fernen Osten"; C. M. Cahangs: „A new government for rural China Levine Paayots La Mongolie" u. a. — 14., 15. und 16. „Far Eastern Review" Bd XXXIII Dez. 1937: „The Psychology of Asia for Asians"; „Soviet Policy in the Far East" und „The Ressources of North China". — 17. „Westküstenbeobachter, Santiago", 20. 1. 38: „Hongkongs Rolle im China-Konflikt", mit Angaben über die 120 im nächsten Jahrfünft hineinzubauenden M. Millionen. — 18. Friedrich Otto: Erziehung der Volksmassen zum nationalen Denken in China — als Mittel zur Rettung von Staat und Volk — durch das Schrifttum und Staat und Partei in China"; beide in Mitteilungen der Auslandhochschule an der Universität Berlin, Jahrg. XXXIX und XL, Abtlg. 1 Ostasiatische Studien; Berlin 1936 und 1937 — jeweils nur einige dreißig Seiten, aber von klassischem Wert, überlegener Stoffbeherrschung in einer unvergleichlichen Weise den inneren Gehalt und die Möglichkeit ihrer Abschätzung daraufhin für große volkspolitisch sonst schwer erfaßbare Räume an Hand gebend.

HANS HUMMEL: Kurznachrichten

ADEN. — Der britische Kolonialminister Ormsby-Gore dementierte am 9. Februar alle Gerüchte, die von Unruhen im Hinterland Adens wissen wollten. Er gab aber zu, daß es gelegentlich notwendig gewesen sei, gegen widerspenstige Stämme mit Luftangriffen vorzugehen. Dies sei die wirksamste und humanste Methode, und die Lage habe sich seither gebessert.

ÄGYPTEN. — Im Zusammenhang mit der Eröffnung des britisch-italienischen Gespräches wurde Ende Februar als möglich hingestellt, daß Italien um Aufnahme eines eigenen Vertreters in den Aufsichtsrat der Suezkanalgesellschaft einkommen werde. Auch beabsichtige Italien den Ankauf eines Aktienpaketes der Gesellschaft. — Der Verkehr im Suezkanal erreichte 1937 36,5 Mill. NRT mit 32,8 Mill. t Warengewicht und überstieg damit erstmalig das Rekordjahr von 1929 in der Höhe der Schiffstonnage. Gegen 1936 nahm die Tonnage um 13 %, das Warengewicht aber um 20 % zu.

ALGERIEN. — In der „Revue de l'armée de l'air“ wurde die Verlegung des französischen Rüstungszentrums nach den Atlantälen Algeriens vorgeschlagen, und zwar von einem anerkannten Luftfahrtfachmann. — Im Vorschlag für den Rüstungsetat sind neue Kredite für den Ausbau von Mers el Kebir in Westalgerien und für die Einrichtung eines neuen Flottenstützpunktes mit Seefestung in Nordwest-Marokko vorgesehen.

BELGISCH-KONGO. — Der Berichterstatter für die internationale Lage im Auswärtigen Ausschuß der belgischen Kammer, van Cauwelaert hat einen Bericht vorgelegt, in dem erklärt sei, daß zwar die Integrität von Belgisch-Kongo nicht in Frage gestellt sei, daß aber früher oder später Verhandlungen über das Mandatsgebiet Ruanda-Urundi ins Auge gefaßt werden müßten. Der Berichterstatter wurde zu einer Neuformulierung aufgefordert.

BRITISCH-INDIEN. — Bei der Eröffnung des Indischen Nationalkongresses in Haripur erklärte dessen Präsident S. Bose am 19. Februar u. a.: „Das Endziel unseres Vormarsches wird die Loslösung aus dem Britischen Reiche sein.“ Später könne man dann die Beziehungen durch ein freiwilliges Bündnis neu regeln. Das Reich könne sich kaum noch Beherrscherin der Meere nennen. Der Abstieg Großbritanniens als Empire werde durch die Luftwaffe herbeigeführt werden. — Das Vetorecht für die britischen Gouverneure gegen Beschlüsse der indischen Staatsregierungen hat in Bihar und den Vereinigten Provinzen zu einer ernsten Verfassungskrise geführt. Beide Ministerpräsidenten waren auf einige Zeit zurückgetreten.

BRITISCH-MALAYA. — Bei der Eröffnung des neuen Flottenstützpunktes Singapur durch

die Einweihung des großen Trockendocks erklärte der Zivillord der britischen Admiralität, Llewellyn, am 14. Februar, die Fertigstellung sei eine Gemeinschaftsleistung des Empire, und erwähnte insbesondere die Kostenzuschüsse Neuseelands.

CHINA. — Während die Kämpfe um die Tientsin-Pukaubahn noch nicht zum Abschluß gebracht sind, ging die japanische Nordarmee längs der Peking—Hankau-Bahn nach Süden vor und erreichte Mitte Februar den nördlichen Hoangho-Brückenkopf dieser Bahn in der Provinz Honan. Bis Anfang März waren an verschiedenen Stellen der Provinzen Honan und Schensi japanische Truppen jenseits des Hoangho vorgegangen; die Provinz Schansi ist völlig in japanischen Händen. — Die Einrichtung eines Flugdienstes durch eine neu gegründete japanische Gesellschaft auf der bisher von der „China National Aviation Corp.“ beflogenen Strecke Schanghai—Haitschau—Tsingtau—Tientsin—Peking mit Anschluß an die Peking—Tokio-Strecke ist sofort nach Ausbesserung der Flugplätze vorgesehen. — Die halbstaatliche Japan Iron Manuf. Co. hat einen Untersuchungsbericht über die Bodenschätze Nordchinas veröffentlicht, der erkennen läßt, daß Japan in erster Linie die Eisenerzvorkommen von Lyungyen in Tschachar und die Kohlenvorkommen von Tating in Schansi auszubeuten gedenkt.

DEUTSCHES REICH. — Am 20. Februar gab der Führer vor dem Reichstag im Rahmen eines großen Rechenschaftsberichtes Erklärungen von weltpolitischer Bedeutung ab. Die Einzelheiten der Rede können als bekannt vorausgesetzt werden. — Auf einer Tagung im Reichsernährungsministerium wurden am 25. Februar Zahlen über die bäuerliche Neusiedlung genannt. Danach hat die Preußische Domänenverwaltung außer 11 Kögen und großen Flächen an Streubesitz 95 Domänen, insgesamt etwa 50 000 ha der Besiedlung freigegeben. Etwa 30 % des preußischen staatlichen Grundbesitzes sind seit dem Reichssiedlungsgesetz der Siedlung zugeführt worden. — Der Kanalausbau des Neckar oberhalb Heilbronn ist durch Verhandlungen sichergestellt worden. 1944 wird der Hafen Stuttgart für 1200-t-Schiffe erreichbar sein. Später wird die Strecke bis Plochingen hinauf eröffnet.

ESTLAND. — Bei einer Tagung in Dorpat sprach Anfang Februar General Laidoner. Der mittelalterliche deutsche Ordensstaat müsse als eine in seiner Art vorbildliche Einrichtung mit ausgeglichener Macht anerkannt werden, zumal der Orden bei der Russenabwehr eine große Rolle gespielt habe. — Die wachsende und durch Moskauer Drohreden gesteigerte Spannung an den Grenzen der Sowjetunion zu den baltischen Staaten wurde durch einen neuen Grenzzwi-

schenfall auf dem Eis des Peipussees weiter verschärft.

FINNLAND. — Der steigende Außenhandel Finnlands bedingt neue Hafenbauten. In Helsinki, Abo, Viborg, Kotka und Raumo werden die Hafenanlagen erweitert, in Frederikshamn, Björneborg, Wasa, Uleaborg, Kemi und Tornea werden Häfen für tiefgehende Schiffe angelegt.

FRANKREICH. — Unter Hinweis auf das Beispiel Deutschlands forderte Senator Pernot am 8. Februar vor dem Senat schnelle Maßnahmen gegen den Geburtenrückgang. Im Jahre 1867 habe die Zahl der Geburten über 1 Million, 1900 900 000, 1936 nur noch 630 000 betragen. In den letzten 2½ Jahren habe Frankreich über 57 000 Einwohner durch Sterbeüberschuß verloren.

GILBERT- UND ELLIS-INSELN. — Die bisher zum britischen Verwaltungskomplex der Gilbert- und Ellis-Inseln gehörigen Inseln Enderbury und Canton im Archipel der Phönixinseln werden seit Anfang März von den Vereinigten Staaten beansprucht. Der Entsendung eines amerikanischen Kriegsschiffes mit anzusiedelnden Personen aus Hawaii folgte die Ausreise einer neuseeländischen Siedlergruppe, die zu gleicher Zeit auf den Inseln eintraf. Die USA. haben die Absicht, aus den beiden Inseln einen Stützpunkt für die Handelsluftfahrt zu machen. Großbritannien bestreitet den amerikanischen Rechtsanspruch. (Siehe auch Hawaii.)

GROSSBRITANNIEN. — Die japanische Weigerung, die Flottenzahlen bekanntzugeben, führte zu ersten Verständigungen zwischen Großbritannien, USA. und Frankreich über eine neue Flottenvereinbarung. Alle großen Seemächte sprechen von Bauten über 35 000, ja über 42 000 t. Weder Beginn noch Ende des Wettrüstens ist abzusehen. Großbritannien hält sich zunächst von allen Bindungen frei. — Für die Erörterung der schwebenden Fragen zwischen England und Italien nach dem Rücktritt des Außenministers Eden ist die Behandlung des ganzen Mittelmeerkomplexes vorgesehen, nach englischen und italienischen Blättermeldungen einschließlich der Fragen des Ausbaus Cyperns, Pantellerias und der italienischen Besitzungen am Roten Meer, der Spannung an der ägyptisch-libyschen Grenze, des Palastinaproblems und des Rundfunkkrieges. — Der „Star“ nannte am 22. Februar die Vereinheitlichung der Befehlsgewalt der britischen Mittelmeerstreitkräfte als bevorstehend. Es handele sich dabei um die getrennten Kommandostellen in Gibraltar, Malta, Ägypten und Palästina. (Siehe auch Vereinigte Staaten.)

GUAM. — Das amerikanische Marineministerium beabsichtigt die Einrichtung eines ständigen Bombengeschwaders auf Guam.

HAWAII. — Im Zusammenhang mit der Annektierung der Inseln Canton und Enderbury erklärte Staatssekretär Hull am 10. März, man

werde die Landungsberechtigung für britische und holländische Linienflugzeuge auf Hawaii vielleicht zum Kompensationsobjekt für die amerikanische Annektierung der beiden Inseln machen. (Siehe auch Gilbert- und Ellis-Inseln.)

ITALIEN. — In der Februarsitzung des Landesverteidigungsrates soll die Verlegung einiger wichtiger Rüstungsbetriebe des nördlichen Grenzgebietes nach dem Inneren und nach dem Süden beschlossen worden sein. — Nach der Erledigung der Meliorationsarbeiten in den Pontinischen Sümpfen werden nunmehr Landverbesserungsarbeiten in Apulien in Angriff genommen. (Siehe auch Großbritannien.)

KENYA. — Der kenya-indische Kongreß hat im Januar einen Protest gegen den Plan eines Gesetzes beschlossen, das die ausschließlich europäische Besiedlung des Hochlandes von Kenya vorsieht. Der Gouverneur hat jedoch erklärt, daß dies Gesetz unter allen Umständen durchgeführt wird.

KUBA. — Ende Februar hat der kubanische Gesandte in USA. in New York die Errichtung einer kubanischen Notenbank und damit die Feststellung der Währungsautonomie in Kuba angekündigt.

MANDSCHUKUO. — Am 20. Februar hat das Deutsche Reich Mandschukuo anerkannt. — Anlaßlich des 6jährigen Bestehens Mandschukuos wurden einige interessante Zahlen veröffentlicht: u. a. wuchs Hsinking von 130 000 auf 330 000 Einwohner (1932—1937), 35 000 japanische und 15 000 koreanische Bauern sind eingewandert, die Eisenbahnlänge wuchs von 6000 auf 9500 km, die Länge der Autobuslinien von 1000 auf 7500 km.

NICARAGUA. — Im Zusammenhang mit den Besprechungen über den nordamerikanischen Marineetat ist die Möglichkeit eines Kanalbaus in Nicaragua wieder in den Vordergrund des Interesses gerückt.

ÖSTERREICH. — Am 11. März trat die Regierung Schuschnigg unter dem Zwange der innerpolitischen Krise zurück. Es wurde ein nationalsozialistisches Kabinett gebildet, das die militärische Hilfe des Deutschen Reiches zum Schutze gegen bolschewistischen Terror und zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung erbat. Dem Ersuchen wurde seitens des Deutschen Reiches am 12. März stattgegeben. Deutsche Truppen rückten am 12. März in allen Bundesländern Österreichs und am 13. März in Wien ein, und der Anschluß wurde vollzogen.

PALÄSTINA. — Die Ölraffinerie der Irak-Petrol-Co. wird nun endgültig nach Haifa gelegt werden. Zuerst war das syrische Tripoli als Alternative vorgesehen.

PANAMAKANALZONE. — Der Verkehr im Panamakanal stieg von 27,4 Mill. Gewichtstonnen 1936 auf 29,3 Mill 1937, und von 28,0 Mill. NRT. 1936 auf 28,6 Mill. NRT. 1937. Die amerikanische Flagge führten etwa 30 % der passierenden Schiffe.

POLEN. — Die alljährlich am 15. Februar verkündeten Parzellierungen für das laufende Jahr brachten auch 1938 eine scharfe Benachteiligung des deutschen Grundbesitzes, der fast 60 % der Parzellierungen zu tragen hat, obgleich er nur mit 29 % an der Fläche Westpolens anteilig ist. Insgesamt werden in Polen 39000 ha parzelliert werden, davon entfallen nur 500 ha auf die Wojewodschaft Krakau, nur je 1000 ha auf die Wojewodschaften Lodz und Warschau, aber 36100 ha auf die ehemals deutschen Provinzen Posen und Westpreußen. — Der Berichtersteller für den Etat des Verkehrsministeriums bemängelte die Dürftigkeit der für die 15000 km langen Wasserwege bereitgestellten Mittel, die geringer seien als die Gelder, die die Freie Stadt Danzig für denselben Zweck ausgibt. Die Weichsel versande immer mehr. — Zwischen Polen und Litauen wurde der kleine Grenzverkehr eröffnet.

RUMÄNIEN. — Die Regierung Goga wurde überraschend gestürzt und durch eine Diktatur des Königs ersetzt. Das Parlament wird als ständische Kammer weitergeführt. Eine neue Verfassung ist am 24. Februar durch Volksentscheid beschlossen worden. — Im Zusammenhang mit dem Fall Budenko, sowjetrussischem Geschäftsträger in Bukarest, droht die Moskauer Prawda am 15. Februar, die „politische und geographische Lage Rumäniens sei keineswegs dergestalt, daß die rumänischen Regierungskreise sich erlauben könnten, auf die von Moskau erhobenen Fragen einer Antwort auszuweichen“.

SANKT HELENA. — Im Zuge des Ausbaus der Kaproute wurde in London Ende Februar der Ausbau St. Helenas zum Flottenstützpunkt beschlossen.

SCHWEIZ. — Durch Volksabstimmung wurden die Rhätoromanen den deutsch, französisch und italienisch sprechenden Volksteilen der Schweiz gleichgestellt.

SOWJETRUSSLAND. — Am 14. Februar wurde ein offener Brief Stalins veröffentlicht, in dem unter anderen Kriegsdrohungen erklärt wird, daß „die ganze Sowjetbevölkerung im Zustand der Mobilisierung gehalten werden“ muß. — „Daily Express“ meldete am 17. Februar, daß 100000 Einwohner Leningrads in das Innere ausgewiesen werden, da aus Leningrad das sowjetrussische „Singapur“ gemacht werden solle. In einem Vierteljahr sollen über 120000 Marinesoldaten nach Leningrad gelegt sein. Nachdem als Antwort auf die Schließung des britischen Konsulats in Leningrad auch das britische Konsulat in Moskau von der englischen Regierung geschlossen worden war, besteht keine konsularische Vertretung Großbritanniens in Sowjetrußland mehr. — Am 4. März traten die Angeklagten Scharangowitsch aus Weißrußland und Chodscharjew aus Usbekistan bei dem

großen Moskauer Theaterprozeß auf und gaben unglaubliche Erklärungen über die Abtrennungsversuche in diesen beiden Sowjetrepubliken ab, die aber doch den Ernst der Lage in den Staaten der nichtrussischen Nationalitäten der Sowjetunion erkennen lassen. Weißrußland sollte „unter das Protektorat Polens gestellt werden“, und Usbekistan sollte die Kernzelle eines „unabhängigen mittelasiatischen Staates unter Anrufung britischer Hilfe“ werden.

SPANIEN. — Teruel ist am 22. Februar wieder in nationalspanischen Besitz übergegangen, nachdem an der Alfambrarfront wochenlang gekämpft worden ist. In den ersten Märztagen begann eine große nationale Offensive an der Aragonfront, die bis zum 12. März einen Geländegewinn von 2000 qkm brachte. Die Nationalen stehen 200 km breit in einem Abstand von wenig über 100 km von der Mittelmeerküste.

SYRIEN. — Die Regierung des Libanon hat erstmalig an zionistische Siedlungsgesellschaften an der Libanon-Palästina Grenze Landkonzessionen erteilt.

TSCHECHOSLOWAKEI. — Die Forderungen der Slowaken auf Grund des Pittsburger Vertrages werden immer dringender vorgetragen. Der slowakische Parteiführer Hlinka hat in einem am 28. Februar veröffentlichten Interview erklärt, daß eine Regierungsbeteiligung der slowakischen Volkspartei erst in Frage komme, wenn die Slowakei die versprochene Autonomie erhalten habe. — Am 26. Februar gab der tschechische Generalstabschef Krejci bekannt, daß die Skodawerke von Pilsen nach einem militärisch besser gelegenen Ort, zum größten Teil nach der Slowakei, verlegt werden würden.

TÜRKEI. — Am 28. Februar wurde in Ankara ein Militärvertrag zwischen der Türkei und Griechenland paraphiert, nach dem sich die Partner verpflichten, sich jedem von Fremden erzwungenen Durchmarsch durch das eigene Gebiet mit Waffengewalt zu widersetzen. Im Kriegsfall sichern sich die Partner Neutralität zu.

VEREINIGTE STAATEN VON NORDAMERIKA. — Die Kongreßdebatte über den Marinerrüstungsstaat erstreckte sich über viele Tage des Februar. Sie wurde von seiten der Regierung durch Admiral Leahy geführt, der in schärfstem Tone eine Zweifrontenflotte, also eine pazifische und eine atlantische, und den Schutz Südamerikas forderte. Dagegen steht die Meinung, daß bei Absprachen mit Großbritannien für den Atlantik auch ohne zweite Flotte die Sicherheit zu erzielen sei. — Die großen Marinemanöver finden von Mitte März bis Ende April im Raum zwischen der pazifischen Küste, Alaska, Hawaii und Samoa (12 Millionen Quadratmeilen Meeresfläche) statt. (Siehe auch Großbritannien.) (Abgeschlossen am 13. März.)

S P Ä N E

der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik

Freundnachbarliche Personalpolitik

Herbe Sorgen nisten in den Verwaltungen der europäischen Kolonialmächte. The white man's burden ist nicht leicht und noch schwieriger ist's, ihr Gewicht auf den eigenen Schultern weiterzuschleppen, ohne daß man ihr Gewicht spürt. Gewiegte Köpfe haben zu diesem Behufe eine Arbeitsteilung erfunden, die nicht schlecht zu den Idealen paßt: die Verantwortung bürdet sich die eifrig um das Wohlergehen der Untertanen besorgte Macht auf, die Arbeit machen die Untertanen. Das ist gewiß eine Kunst, aber wer würde bezweifeln, daß Verwaltern nicht überhaupt eine Kunst ist. Eine ganz besondere ist sie jedoch dort, wo zwar der arme Eingeborene noch nicht reif genug ist, um sich selbst zu regieren, aber immerhin schon reif genug ist, sich selbst zu verwalten. In solchen Fällen muß man wirklich die Selbstaufopferung und Selbstverleugnung bewundern, mit der die Träger (citizens) der Verantwortung den Ruhm der Öffentlichkeit meiden und bescheiden den Untertanen (subjects) die Arbeit überlassen. Man hat auch den geeigneten Namen für solches ideales Handeln gefunden: „indirect rule“ — indirekte Herrschaft. Ein bißchen ungeschminkt, aber ganz will man offenbar auf die Bekundung der eigenen Sendung nicht verzichten... Solche Gedanken sind abwegig, man soll schließlich schweren Ernst nicht zum Gegenstand der Glosse machen. Wir sind reuig. Aber wer konnte sich ein Schmunzeln verkneifen, wenn ihm der Zufall ein Zusammentreffen zwischen Preisgesängen auf „indirect rule“ und ostasiatischer Verwaltungskunst beschert. Humor hat auch in politics seinen Platz und man möchte ihn beim Anblick mancher „mandated“-Wohltäter nicht missen, die sich in die dröhnende Stille zurückziehen wollen, um möglichst deutlich — unerkannt zu bleiben. Man kann einfach das Lachen nicht unterdrücken, wenn ein Mann in asiatischen Filztiefeln dem Ritter in knarrender Rüstung das Leisegehen mit deutlichen Gebärden vormacht, und alle Bemühungen des Ritters vergeblich sind, beim „indirect“ Auftreten das Knarren der „rule“, manchmal sogar gesteigert zu „mandated“ Sprengungen (Palästina) zu vermeiden. Und dabei kann sich der Mann in der Rüstung wahrhaftig nicht beschweren, daß ihm der freundliche Have-not ein Geheimnis vorenthält, drückt dieser doch dem gelehrihen Zuschauer noch ein Lehrbuch zu autodidaktischem Weiterstudium in die Hand, wie es solcherart sich kaum als Eigenzeugnis in der Literatur des klassischen Latein findet, die bei einer in Weltreichstraditionen schwel-

genden Schicht einer self-made-nation so beliebt ist.

Freilich, das ewige Lächeln des Ostens scheint einem neckischen Kobold zwischen den Zeilen anzugehören, wenn wir die folgenden Ausführungen des offiziellen Japan-Manchoukuo-Yearbook (1937, S. 692) lesen, die von der Verwaltung Mandschukuos handeln:

„Die offizielle Liste der Männer, die in der einen oder anderen Stellung in der gegenwärtigen Verwaltung Mandschukuos dienen, setzt sich aus 5700 Namen zusammen, wovon ungefähr 3250 Japaner sind, wie man auf Grund der Personennamen feststellen kann. Vom restlichen Teil sind die chinesischen und mandschurischen Beamten in überwiegender Zahl, während die Mongolen und Koreaner je einen kleinen Hundertsatz ausmachen. Diese japanischen Beamten, die in Mandschukuo dienen, sind zum größten Teil in Ruhestand versetzte Zivil- und Militärbeamte, von denen einige aus dem aktiven Dienst gezogen wurden. Die Ministerposten werden ohne Ausnahme von Persönlichkeiten chinesischer, mandschurischer oder mongolischer Abstammung verwaltet (are held). Diese Minister werden beständig unterstützt von hohen Verwaltungsbeamten japanischer Herkunft.

Es ist kaum von geringerer Bedeutung, einen Blick in die Zusammensetzung des Verwaltungssystems vom Rassenstandpunkt aus zu werfen. Japanische Organisationsfähigkeit scheint überall, wo es notwendig war, benützt worden zu sein. Wo in früheren Tagen die Korruption herrschte und sie am meisten zu fürchten war, wurden die mandschurischen Beamten in untergeordnete Stellungen verwiesen. Die Posten der Berater, die in jedem Geschäftsbereich die praktische Verwaltungsarbeit beaufsichtigen, sind in den Händen von Japanern.

Die neun Staatsministerien stehen mit Ausnahme jenes für die Verwaltung der Mongolischen Angelegenheiten unter der Leitung von mandschurischen Ministern, die z. T. von mandschurischen Vizeministern unterstützt werden, aber in keinem Fall sind Japaner auf einen dieser hohen Posten gesetzt. Aber die Büros und Abteilungen unter diesen Ministern werden von japanischen Verwaltungsvorständen (chief executives), die als Beiräte (councillors) bekannt sind, beaufsichtigt. Dem Ministerium für die Mongolische Verwaltung präsidiert ein mongolischer Prinz. Von den drei Hauptverwaltungsabteilungen unter ihm sind zwei unter der Aufsicht von mongolischen Beamten, an der Spitze der dritten steht ein japanischer Sektionschef. Unter dem Ministe-

rium für Zivile Angelegenheiten umfaßt das Büro für die Polizeianglegenheiten den größten Stab. Das Innere Polizeikorps (central police force) ist zu gleichen Teilen aus Mandschus und Japanern gebildet. Aber die Grenzpolizei-Schutztruppen (frontier police guard forces), die zusammen (jene Truppe) bilden, die als Spezialpolizeikorps bekannt ist, wird gebildet von etwa 170 Japanern gegen 50 Mandschus, welch letztere als subalterne Patrouillengänger beschäftigt werden. Die unter dem Namen Harbin Mobile Police Force bekannte Truppe ist ausschließlich aus Japanern gebildet.

Das Ministerium des Auswärtigen ist die einzige Behörde mit einem japanischen Vizeminister, während die entsprechenden Posten in den anderen Ministerien in den Händen von Mandschus sind. Die vier Ämter für Allgemeine Angelegenheiten, Handel, Politische Angelegenheiten, und Information und Öffentliche Meinung (publicity) sind alle von Japanern geleitet. Im Verteidigungsministerium sind alle wichtigen Positionen in Händen von mandschurischen Offizieren. Im Generalstab übertreffen die Mandschus bei weitem an Zahl die Japaner. Die beratende Körperschaft des Generalstabs besteht aus mehr japanischen als mandschurischen Militärs.

Die tatsächliche Verwaltung der Finanzen in Mandschukuo ist anscheinend den japanischen Beamten anvertraut, die an Zahl bei weitem die anderen Volksangehörigen im Finanzministerium übertreffen. Die praktische Verwaltungsarbeit in den Monopolbehörden für Zündhölzer, Opium usw. und in der Salzverwaltungsbehörde sind hauptsächlich mandschurischen Beamten anvertraut, die in überwiegender Zahl sind.

Das Ministerium für Verkehr, Post und Flugdienst wird praktisch von mandschurischen Beamten und Angestellten geführt, obgleich die höheren Posten in Händen von Japanern sind. Die Postämter sind ohne Ausnahme unter der Aufsicht von chinesischen und mongolischen Postmeistern.

In der Gerichtsverwaltung, wo die früheren chinesischen Behörden offenkundig schuld an der Mißwirtschaft waren, überrascht es nicht, daß die meisten der verantwortlichen Stellen mit Männern aus Japan besetzt wurden. Jede der vier Abteilungen wird von ihnen geleitet. Die Bezirksgerichte stehen ebenfalls unter der Aufsicht von japanischen Juristen. Sie haben auch die Leitung der Staatsanwaltschaft. Es ist auch von Bedeutung, daß sechs Gefängnisse von Kirin und Mukden japanischen Beamten unterstellt sind. Hinsichtlich der Angelegenheiten der öffentlichen Erziehung ist es selbstverständlich, daß Japan im Hinblick auf seine bitteren Erfahrungen in der Vergangenheit darauf sieht, daß sie auf eine von Rassen-gegensätzen freie Weise verwaltet werden.

Während der Minister und Vizeminister beide Mandschus sind, sind die beiden Abteilungen für allgemeine Angelegenheiten und Erziehungsangelegenheiten unter der Aufsicht von japanischen Chefs, bloß die Abteilung für Kultus und Konfessionen (rites and religions) ist mandschurischer Leitung überlassen.

Das Ministerium für die Mongolische Verwaltung ist nach einer etwas abweichenden Politik gestaltet, wenn die Zahl der beschäftigten Mongolen als Richtlinie genommen wird. Abweichend von anderen Verwaltungsressorts ist ein weit größerer Hundertsatz von Beamten mongolischer Abstammung in der Exekutive und den anderen Geschäftsbereichen beschäftigt. Die Gesamtzahl der in den Zentralstellen dienenden Leute beträgt annähernd 415, von denen die Japaner schwach mehr als ein Viertel umfassen. Von jenen unteren Beamten, die in den subprovinziellen und Banner-Behörden dienen, sind ungefähr 50 Mongolen und 30 Japaner.

In den zentralen Behörden der lokalen Verwaltung gibt es ungefähr 450 Japaner gegenüber 1500 Chinesen und Mongolen. Von dem Stab, der bei den unteren und den Hsien (county-Kreis)-Behörden beschäftigt ist, zählen die Japaner ungefähr 250 gegenüber einer Gesamtzahl von etwas mehr als 300. In den Provinzen Kirin, Lunkiang, Jehol, Pinkiang, Chinchou, Heiho und Sankiang sind die Hsien- und Bannerämter unter ausschließlicher Leitung von japanischen Beamten, die zusammen 300 zählen, wobei ein oder zwei, manchmal mehr niedere Beamte unter dem japanischen Berater in jedem Kreis bestellt sind. Mit Bezug auf die lokale Verwaltung läßt sich sagen, daß ihre ganzen Angelegenheiten unter der Leitung dieser japanischen Ratgeber stehen, eine Lage, die jener in den rein mongolischen Gebieten völlig entgegengesetzt ist.

Soweit die japanisch-mandschurische Quelle. Wie heißt es doch in einem Gedicht Issas, eines Vertreters der klassischen japanischen Dichtung? —

„Ihr kleinen Spatzen, von der Mutter
verlassen: kommt und spielt mit mir“...
R. v. S.

Die deutschen Siedlungsräume im Osten

Soeben schließt das DEUTSCHE ARCHIV FÜR LANDES- UND VOLKSFORSCHUNG Hsg. v. Brackmann, Hassinger, Metz unter der Schriftleitung von E. Meynen (Verlag S. Hirzel, Leipzig, jährlich 20.—) seinen ersten Jahrgang ab: ein Unternehmen, das in vier großen Heften seine Bedeutung gerade auch für die Geopolitik erwiesen hat. Aus dem Bereich des deutschen Volks- und Kulturbodens werden Einzeluntersuchungen in einer Fülle angeregt und gesammelt, wie wir sie zur Vertiefung unserer Arbeit dringend benöti-

gen. Als ein Beispiel bringen wir einen kurzen Auszug aus dem Beitrag von Walther Kuhn, Die deutschen Siedlungsräume im Südosten (I. Jhg. Heft 4. S. 808—827):

Naturräume werden zu Volksräumen, indem einerseits die Volksstämme bei ihren Wanderungen die Gebiete bevorzugen, die ihnen nach Landesart und wirtschaftlichen Voraussetzungen zusagen, andererseits das Hineinleben in einen Raum und seine Lebensbedingungen die Volksart mitbildet und die Absonderung von stammverwandten Gruppen in anderen Räumen begünstigt. Südosteuropa ist ein Musterbeispiel für diese Zusammenhänge zwischen Boden und Volk. [...]

Die Übereinstimmung von Natur- und Volksräumen ist so im Südosten außerordentlich stark. Die Volksgrenze der Madjaren gleicht ursprünglich fast einer Höhengschichtlinie, dem Ufer eines das ungarische Tiefland erfüllenden Meeres. Erst die Verschiebungen im Gefolge der Türkenkriege haben diese Lage etwas gestört. Die Anpassung der osteuropäischen Völker an je nur eine Landschaft und Wirtschaftsweise erschwerte ihnen die Kolonisation in einem andersartigen Gebiet. Die Deutschen dagegen, deren Volksboden sich von den Marschen bis in die höchsten Talandschaften der Alpen erstreckt, hatten unter ihren Stämmen gleichsam Spezialisten für die Erschließung aller Landesarten. Darin liegt eine der Voraussetzungen für ihren durchschlagenden Erfolg als Kolonisten. [...]

Für alle diese Gruppen, ob sie nun aus dem Hügellande der Pfalz, dem Marschenboden des Werders oder den Sandflächen Kongreßpolens kamen, bedeutete der Übergang in die Steppe einen grundstürzenden Wandel der geographischen Umwelt. Durch weitgehende Fürsorge des Staates konnte er erleichtert werden, dennoch forderte er überall das Opfer der ersten Generation. Die Wirtschaftsweise mußte völlig umgestellt werden. So wurde z. B. die deutsche Scheune aufgegeben und das Dreschen im Freien eingeführt, in Bessarabien mit der geriffelten Steinwalze. Der Roggenbau trat zurück gegen den Weizen in

Südrußland, gegen Weizen und Mais in Ungarn. Mit der zunehmenden Verkehrserschließung trat immer mehr der Getreidegroßbau für den Weltmarkt in den Vordergrund, in dem sich die Deutschen bald eine führende Stellung eroberten. Die Wirtschaftsrechnung mußte sich auf die im Steppengebiet periodisch wiederkehrenden Mißernten einstellen, die dann wieder durch einzelne Rekordernten wettgemacht werden. So verliert der Ackerbau die binnendeutsche Stetigkeit und erhält spekulative Züge. Nach vollzogener Anpassung aber verwachsen die Menschen so mit dem neuen Siedlungsraum, daß sie bei der Ausbreitung durch Töchterseidlungen, die wie bei allen jungen Volksinseln sehr stark ist, immer wieder ähnlichen Steppenboden suchen. [...]

Die Eigenart des Steppendeutschtums wird erst deutlich, wenn man ihm die völlig andersartige Siedlungsbewegung im Norden der Lößgrenze gegenüberstellt.

Im Norden hatte es die deutsche Kolonisation mit ursprünglichem Waldland zu tun, dessen slawische Besiedlung wohl nicht voll ausgereift, aber auch nicht durch die Nomadeneinfälle gestört war. Innerhalb des geordneten Landes bestanden noch größere Waldinseln, namentlich auf den landwirtschaftlich ungünstigen Böden (Sandern); ebenso waren die Niederungen der Stromtäler mit Auenwald erfüllt. Die deutschen Siedler stießen also nicht, wie in der Steppe, in weites Neuland des Pfluges vor, sondern füllten nur kleinere oder größere Lücken im polnischen, ukrainischen und weißrussischen Volksboden aus. [...]

So sind der Nordosten und der Südosten der neuzeitlichen deutschen Kolonisation nach geographischem Gebiet, geschichtlicher Stellung, Stammesart, Siedlungs-, Sozial- und Wirtschaftsform und in einer Reihe weiterer Lebensformen verschieden. Das Deutschtum im Mittelstreifen, im alten Waldsteppenland, nimmt auch seinen Formen nach eine Mittelstellung ein, steht aber dem Süden näher. Als eigentliche Grenze zwischen dem nordöstlichen und südöstlichen Volksinseltum ergibt sich so die Lößgrenze. V.

Vor 90 Jahren

„Lassen Sie eine Lücke für uns, daß wir immer hereinkönnen – wir werden kommen, leider vielleicht nicht mehr alle; wir Deutsche Österreichs kommen, wie und wann, wer kann es sagen? Wer kann im Buche der Zukunft lesen? Wir kommen aber!“

Aus der Rede des österreichischen Abgeordneten der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt am Main, Kamillo Wagner (Steyr) vom 11. Januar 1849.

R. ALBERT:

Der Kunstforst, ein Beispiel für schädliche Wirkung der Monokultur

Wer sich eines unserer besonders grundlegenden Hefte: Monokultur und Autarkie (X. Jhg. 1933, Heft 1) entsinnt, kennt den Zusammenhang, aus dem heraus wir den nachfolgenden Beitrag veröffentlichen. Zu den Grundfragestellungen der Geopolitik gehört die Frage nach der Einheit des Lebensvorganges in einem Untersuchungsraum. Für den außermenschlichen Raum, in diesem Fall für den Wald, steht die völlige Verflechtung allen, noch so artverschiedenen Lebens fest. Sie gibt uns die Berechtigung, von einem Überorganismus, von einer eigenen Lebensform „Wald“ zu sprechen. Es ist eine Frage, die noch der Durchforschung harrt: ob und in welchem Umfang der Mensch als Volkskörper Glied eines Raumkörpers kraft der Verbundenheit der Lebensvorgänge ist. Aber weist nicht der von uns schon 1933 als notwendig und kommend vorausgesagte Drang aller Völker, von der selbstgeschaffenen Bindung ihres Schicksals an eine Monokultur zur Selbstbestimmung im Zeichen der Autarkie zu gelangen, darauf hin, daß es sich hier um den Durchbruch einer Naturforderung gegen blinden Menschenwillen handelt? Die Betrachtung des Waldes bietet hierzu einige Gesichtspunkte, die zum Nachdenken reizen.

Die Schriftleitung.

Der Wald ist eine gewaltige Lebensgemeinschaft von Pflanzen; sie breitet sich auf natürliche Weise überall dort aus, wo die klimatischen Vorbedingungen erfüllt sind, d. h., wo der große Wasserbedarf des Waldes durch eine entsprechend hohe und jahreszeitlich günstig verteilte Niederschlagsmenge gesichert ist. Daneben ist der Wald auch die vielseitigste natürliche Pflanzengenossenschaft. Dies beweist allein seine oberirdische Vertikalgliederung in Baum-, Strauch-, Kraut- und Moosschicht; hierzu gesellt sich aber noch der im Dunkel des Bodens ruhende Lebensraum der Algen, Bakterien und Pilze. Zur Biozönose des Waldes gehört schließlich auch die artenreiche und vielgestaltige Tierwelt, die in ihm lebt und webt. Zwischen allen diesen Gliedern vollzieht sich einerseits ein erbitterter Kampf ums Dasein, insbesondere um Nahrung, Licht und Wasser; trotzdem stellen sie auf der anderen Seite wieder eine biologische Einheit dar, deren Einzelteile durch organisches Zusammenwirken und gegenseitiges Sichergänzen ein äußerst lebensstarkes Ganzes bilden.

Wie diese Lebensgemeinschaft Wald an ein bestimmtes Klima gebunden ist, so weiß sie sich auch ihr lokales Eigenklima über und in dem Boden zu verschaffen, das sich von dem ihrer unmittelbaren Umgebung insbesondere durch die Milderung der Extreme auszeichnet. Ebenso wandelt der Wald den Boden unter sich bis in große Tiefe hinein physikalisch, chemisch und biologisch in der Weise um, wie dies zu seinem optimalen Gedeihen erforderlich ist.

Vielgestaltig ist der Wald als Ganzes; er ist es auch in seinen einzelnen Gliedern. Waldbestände, deren Baumschicht nur aus einer einzigen Nutzwart besteht, schafft nur der Mensch, aber nicht die Natur; es gibt keinen Boden, der so geringwertig wäre, daß er ausgerechnet nur einer

einzigsten Holzart geeignete Lebensbedingungen gewähren könnte. Der vom Menschen unberührte Urwald ist ausschließlich Mischwald, und wo wir einmal Ausnahmen von dieser Regel finden, sind sie stets nur die vorübergehende Folge gewaltiger Naturkatastrophen wie Feuer und Sturm, die einer der vielen im Urwalde vertretenen Holzarten besonders günstige Verjüngungsmöglichkeiten schufen und sie dadurch für einige Zeit in den Alleinbesitz eines Bodengebietes gelangen ließen. Aber der Urwald ist ewig; in ihm geht nichts verloren, sondern er erneuert sich stets wieder aus sich selbst heraus; insofern ist auch dem vom Menschen genutzten Kulturwald nicht vergleichbar.

Noch vor einigen Jahrhunderten war die Nutzung des Waldes durch den Menschen eine höchst extensive, die sich weniger auf die Entnahme von Holz als auf Weidewirtschaft und Schweinemast erstreckte. Mit der Zunahme der Bevölkerung und dem Aufblühen der Industrie, des Handels und der Schifffahrt aber steigerte sich der Holzbedarf so gewaltig, daß selbst ein so waldreiches Land wie Deutschland nicht mehr in der Lage war, ihn aus den eigenen Vorräten zu decken, sondern sich gezwungen sah, alljährlich erhebliche Mengen an Holz aus dem Auslande einzuführen. Dieser Umstand erweckte in der Forstwirtschaft das ökonomische Streben nach höchstmöglichem Gewinn aus dem Walde. Man suchte ihn durch vorwiegenden bis ausschließlichen Anbau von Holzarten, die vom Handel besonders begehrt und mit geringstem Kostenaufwand und in kürzester Zeit wieder nachgezogen werden konnten. So ist es gekommen, daß heute große zusammenhängende Waldgebiete in der Ebene und im Gebirge nur mit einer einzigen Holzart bestockt sind. Der Wald wurde zum Forst und der Forst zur Holzfabrik!

Aber schon heute zeigen sich dem Sachverständigen in aller nur wünschenswerten Klarheit und nach den verschiedensten Richtungen hin die verderblichen Folgen dieser ins Ungeheuere getriebenen Monokultur. Worin erkennen wir sie im einzelnen? Am deutlichsten zunächst im „Rückgang des Bodens“. Der fortgesetzte Anbau ein und derselben Holzart auf gleicher Fläche bedingt eine dementsprechend starke und einseitige Erschöpfung an Nährstoffen und Wasser derjenigen Bodenschichten, in denen sich das Hauptverbreitungsgebiet der Wurzeln der betreffenden Holzart befindet. Sie führt schließlich zu einer Art von Bodenmüdigkeit. Eine Erscheinung, die in der Landwirtschaft als Folge eines mehrfach wiederholten Anbaues ein und derselben Frucht längst bekannt ist. Daß letztere weder durch Düngung noch durch Bearbeitung des Bodens, sondern nur durch Fruchtwechsel endgültig zu beseitigen ist, beweist, daß auch Störungen biologischer Art im Boden vorliegen müssen. Was aber den Landwirt zum Fruchtwechsel zwingt, wird auch den Forstwirt über kurz oder lang zur Abkehr von der Reinkultur zwingen, soll Waldbau nicht zum Raubbau am Boden werden.

Der Wald als sparsamer Haushalter legt von der alljährlich dem Boden entzogenen Nährstoffmenge nur etwa den dritten Teil in dem Holzkörper der Bäume fest, der Rest aber kehrt im herbstlichen Streufall wieder zum Boden zurück, um

dort von den Kleintieren und Mikroben wieder aufs neue in Pflanzennahrung umgewandelt zu werden. Dieser Kreislauf wird aber sofort gestört, wenn die natürlichen Lebensbedingungen dieser Kleinlebewelt des Bodens sich ungünstig gestalten, was sich alsdann in einer unerwünscht starken Anhäufung mangelhaft zersetzter und versäuernd wirkender Abfälle auf dem Boden zu erkennen gibt. Gerade diese leicht wahrnehmbare Erscheinung ist eine der häufigsten Folgen seiner Bestände und beweist, wie tiefgreifend die Ökologie des Waldes durch Monokultur gestört werden kann.

Es kommt ferner hinzu, daß jeder Reinbestand, welcher Art er auch sei, das Waldbodenklima nach irgendeiner Richtung hin ungünstig beeinflusst. Handelt es sich um eine lichtbedürftige Holzart, so wird ihr weiter Stand den Boden zu stark entblößen und damit das Einwandern waldschädlicher Unkräuter fördern, in erster Linie der sog. Zwergsträucher, insbesondere der Heide- und Beerkräuter, deren stark verholzte Stengel und Wurzeln die Streumassen torfartig verfestigen und nahezu unzersetzlich machen. Eine Schattenholzart dagegen in Reinkultur schließt durch ihr dicht geschlossenes Kronendach den Boden zu stark von Wärme und Feuchtigkeit ab, so daß er leblos und tot, wie er äußerlich erscheint, auch in seinem Innern wird.

Gefährdet somit die dauernde Aufzucht reiner Bestände die erforderliche Nachhaltigkeit der Forstwirtschaft, indem sie das Bodenskapital rasch vermindert, so bedroht sie auch das Leben der Bestände selbst: sie setzt sie schutzlos der Vernichtung durch Sturm und Insekten aus. Insbesondere ist es der mit unheimlicher Periodizität wiederkehrende Insektenfraß, der die Reinbestände oft in kurzer Zeit in gewaltigstem Umfange vernichtet und deren Vorbeugung und Bekämpfung trotz aller Anstrengungen von Wissenschaft und Technik nicht gelingt; der Forstmann steht ihm auch heute noch nahezu machtlos gegenüber. Es wird selbst dem Laien einleuchten müssen, daß der Anbau einer einzigen Holzart auf großer Fläche auch die Vermehrung ihrer natürlichen Feinde außerordentlich begünstigen muß. Gleichzeitig werden aber auch in gleichem Maße die Existenzbedingungen aller derjenigen Lebewesen des Waldes (Vögel!) verschlechtert, die wir als die natürlichen Feinde waldschädlicher Insekten kennen und die unter günstigen Verhältnissen deren Vermehrung in Schranken halten.

Wie anders im Mischwald! Tief- und flachwurzeln, lichtbedürftige und schattenertragende Laub- und Nadelhölzer bilden eine natürliche und darum auch äußerst lebenskräftige Gemeinschaft. Alle Stockwerke des Bodenraumes werden durch das verschiedengestaltige Wurzelwerk der einzelnen Holzarten gleichmäßig in Anspruch genommen. Alles, was durch Verwitterung im Boden löslich wird, tritt in den Kreislauf des Stoffes ein und wird festgehalten anstatt durch Auswaschung mit dem Sickerwasser verlorenzugehen. Die mannigfaltige Zusammensetzung der Streuabfälle gibt einer an Zahl und Arten reichen Kleinlebewelt tierischer und pflanzlicher Herkunft günstigste Ernährungsmöglichkeiten, so daß deren wertvolle und

kostenlose Mitarbeit dem Forstwart alles das ersetzt, was der Landwirt an Mühe und Geld für Düngung und Bodenbearbeitung aufwenden muß. Gleichzeitig schafft die Ungleichartigkeit der Baumkronenformen der verschiedenen Holzarten ein ideales Bodenklima, indem sie das Verhältnis von Licht, Wärme und Feuchtigkeit harmonisch gestaltet. Auf diese Weise wird die Entwicklung einer vorwiegend aus krautartigen Pflänzchen zusammengesetzten Bodenflora gefördert, die die Humusstoffe der Bodendecke rasch aufzehrt, um sie in Form ihrer zarten und leicht vergänglichen Organe wieder in den Kreislauf der Nährstoffe einzuschalten.

So und nach manch anderer Richtung hin unterscheidet sich der natürlich zusammengesetzte Wald vorteilhaft von dem eintönigen Kunstwald, der seinen Namen insofern nicht mit Recht trägt, als seine Schaffung und Erhaltung weit weniger Kunst erfordert als die des ersteren. Rationeller Waldbau aber soll nicht zur schablonenmäßigen Technik herabsinken, sondern zu einer auf naturwissenschaftlicher Grundlage ruhenden hochentwickelten Kunst emporsteigen, entsprechend den Worten des Nationalökonomen Schmoller: „Der Mensch löst sich mit höherer Kultur und Technik nicht von der Natur los, sondern verbindet sich immer enger mit ihr, beherrscht sie, indem er sie versteht, aber auch indem er sich ihren Schranken unterwirft.“

JOSEF MÄRZ: Südost-Schrifttum

Von der „Revue Internationale des Etudes Balkaniques“ des Belgrader Balkan-Instituts, das seine Einrichtungen immer mehr ausbaut und auf wachsende Erfolge blicken kann, liegt die 1. Hälfte des III. Bandes vor. Zu nennen sind darin außer einem Beitrag des Italieners Pisani über das Makedonische und zwei Aufsätzen (von Syme-Oxford und Skok-Zagreb) über die Römerzeit des Balkans eine Darstellung der Tätigkeit der Fürsten Ypsilanti, von denen Alexander, der in Munkatsch internierte, auch in der deutschen Ballade bekannt geworden ist, als Hospodare (Fürsten, die von der Pforte ernannt wurden) der Moldau und Walachei. J. März entwickelt in einem Grundriß seinen Arbeitsplan für die Forschung über die Raumgeschichte des Balkans. Das Balkan-Institut hat aus den beiden ersten Bänden der „Revue“, die je etwa 600 Seiten umfaßten, je ein „Buch vom Balkan“, „Kniga o Balkanu“, in serbokroatischer Sprache zusammengestellt und darin die für die Geschichte, den Raum, die Kultur und das soziale Leben der Balkanvölker besonders aufschlußreichen Beiträge gesammelt. Gemeinverständlich gehaltene Ausführungen bilden ein Büchlein „Balkan i Balkanci“, „Der Balkan und die Balkaner“, das auch in breiteren Schichten für die Bestrebungen des Balkan-Instituts werben soll. Sonderdrucke aus der „Revue“ in französischer Sprache geben kurze Abrisse über die zeitgenössische jugoslawische, die neue bulgarische und die rumänische Literatur und Dichtung, sowie einen Überblick über ein halbes Jahrhundert neugriechischer Dichtung. An größeren Veröffentlichungen behandelt eine von Drag. Mihailowitsch das zeitgenössische Wirtschaftsleben der Türkei, eine andere von B. Konstantinowitsch den Stand der öffentlichen Gesundheitspflege in Jugoslawien, wobei bevölkerungspolitisch bemerkenswert ist, daß die Geburtenzahl (4 Kinder auf eine Familie) den Bestand des Volkes gewährleistet, die Sterblichkeit 1934 aber 17 auf 1000 Einwohner und die Säuglingssterblichkeit bis 15 % beträgt. Im übrigen ist der Gesundheitszustand des Volkes einigermaßen verschieden, je nach dem Landesteil, am schlechtesten noch in Südserbien, das deshalb seit Jahren mit einem engen Netz von Gesundheitseinrichtungen überzogen ist. Die Bilder sind wertvoll.

Der „*Ekonomist*“ ist eine hochstehende kroatisch geschriebene wirtschaftliche Monatsschrift, die in Zagreb erscheint. Professor Schtschetinev analysiert sachlich die Grundgedanken des Nationalsozialismus — Führerschaft wächst nach ihm aus der sozialen Differenzierung —; an der Sozialgesetzgebung Jugoslawiens, die in den letzten Jahren sehr umfangreich war, wird kritisiert, daß der Staat zwar die Lasten vorschreibe, aber sich nicht selbst beteilige. Ein Beitrag von Dr. Hermann Groß vom Leipziger Südosteuropa-Institut über die Bedeutung Südosteuropas für den Außenhandel Deutschlands erklärt die Ursachen für die Zunahme der Handelsbeziehungen; von 1929 bis 1936 ist der Anteil Südosteuropas an der deutschen Einfuhr von 4,4 auf 12,6 und an der deutschen Ausfuhr von 4,8 auf 9,5 % gestiegen. Einen breiten Raum nehmen soziologische und ähnliche Beiträge ein; so wird die Lage der Landarbeiter und Knechte in Jugoslawien und die Bildung von Agrarproletariat untersucht. Bemerkenswert sind die Angaben über die Gründung eines Instituts zum Studium der bäuerlichen Wirtschaft durch die kürzlich gegründete und jetzt schon 150 000 Mitglieder starke „*Gospodarska Sloga*“, die Wirtschaftsorganisation der kroatischen Bauern.

Im Novemberheft 1937 des „*Ekonomist*“ bekämpft Vilko Rieger mit schlagenden Beweisen die Rententheorie von Karl Marx und bezieht sich dabei besonders auf die heutigen Verhältnisse in Sowjetrußland. Nikola Tintschitsch behandelt die Rechtsgrundlagen der Arbeit und den Begriff der „Schwarzarbeit“ als Arbeit ohne Recht. Der jugoslawische Gesetzentwurf über Wirtschaftsberater wird kritisch untersucht von Josip Petrowitsch; er fordert längere Praxis und eine Trennung zwischen Wirtschaftsberatern und Buchprüfern. Auch der neue Jahrgang 1938 des „*Ekonomist*“ bringt scharfsinnige Untersuchungen. Vladimir Pertot, der jetzt längere Zeit Assistent am Weltwirtschaftlichen Institut in Kiel war und von dem wir grundlegende Darstellungen vieler Zweige der jugoslawischen Wirtschaft erwarten dürfen — wir möchten ihn, soweit wir ihn kennen, für einen der künftigen führenden Köpfe der dortigen Wirtschaftswissenschaft halten —, behandelt mit mathematisch-logischen Methoden die Preisbildung des Weizens im Donaubecken. Methodisch und wirtschaftsgeschichtlich ist der Überblick über Entwicklungsformen der Wirtschaftspolitik (feudale, merkantilistische, liberalistische) von Mirko Lamer, dem Leiter des „*Ekonomist*“.

Eine hervorragende Leistung ist das Buch des Senators und ehemaligen Landwirtschaftsministers Dr. Otto Frangesch, eines Kroaten: „*Die sozialökonomische Struktur der jugoslawischen Landwirtschaft*“ im Rahmen der Schriften der Internationalen Konferenz für Agrarwissenschaft (Berlin 1937, Weidmannsche Buchhandlung), das die natürlichen Produktionsbedingungen Jugoslawiens, seine soziale und Agrarverfassung, Agrarreform, Bauernentschuldung, Genossenschaftswesen erschöpfend behandelt und eine Fundgrube für jede Arbeit über Jugoslawien ist, obwohl es die Ergebnisse der Zählung von 1931 noch nicht verarbeiten konnte. Das Deutsch dieses Buches ist besser als das in manchen unserer eigenen Gelehrtenarbeiten, und ähnlich steht es mit den beiden Arbeiten des schon genannten Vladimir Pertot, der als Ausschnitte eines größeren Werkes „*Die Wandlungen im jugoslawischen Warenverkehr in Hinblick auf die drei Verkehrsmittel*“ und „*Die Weizenregulierungen in Jugoslawien*“ gesondert vorlegt (Band 43, Heft 2, und 45, Heft 3, des „*Weltwirtschaftlichen Archivs*“, Jena, Gustav Fischer). An der Verkehrsstudie fesselt die Aufgliederung, die ein Anwachsen des Flußverkehrs zeigt, an der Studie zur Marktregulierung die innere Aufgabenstellung, die Not der Bauern zu lindern und den Aufsuhrertrag zu steigern, sowohl durch Vermehrung der Ausfuhrmenge als durch Herabsetzung der Vermittlungskosten; der Versuch von 1931/32 ist aber wenig geglückt.

Das Zentralpreßbüro in Belgrad setzt die Reihe seiner Veröffentlichungen (bisher: Geschichte Jugoslawiens; Jugoslawien in Ziffern; Belgrad usw.) durch zwei französische Bändchen fort: Milosch Savkowitsch, „*La Littérature yougoslave moderne*“, und Dr. Ksenija Atanasijewitsch, „*Penseurs yougoslaves*“, die beide einen guten Überblick über das südslawische Kulturleben zu bieten vermögen. Ganz groß angelegt und gedacht ist die „*Serbische Trilogie*“ des Dichters Steban J. Jakovlewitsch, erschienen 1937 in Belgrad (Übertragung ins Deutsche ist geplant), die den heroischen Weg des serbischen Volkes von 1914—1918 zum Gegenstand hat. Die Trilogie zeigt, daß die epische Veranlagung der Südslawen den Griff nach einem großen Stoff auch der eigenen Zeit nahelegt. Zwei größere Arbeiten von deutscher Seite heben diese im Völkerleben fast einmalige Erscheinung des epischen Volksliedes hervor: Maximilian Braun untersucht „*Kosovo*. Die Schlacht auf dem Amsfeld in geschichtlicher und epischer Überlieferung in strenger Quellenkritik (Leipzig 1937, Markert & Petters Verlag, „*Slawisch-baltische Quellen und Forschungen*“

Heft VIII), wobei die tiefe Wirkung der Niederlage von 1389, die zur nationalen Auferstehung wurde, und ihr Fortleben in den Heldenliedern gekennzeichnet wird, und aus dem Nachlaß des Bonner Professors Leopold Karl Goetz haben seine Freunde Clemen, Dyroff und Meyer-Lübke durch Karl L. Meyer (Königsberg) mit Unterstützung durch das Reichserziehungsministerium zwei Bände „Volkslied und Volksleben der Kroaten und Serben“ („Slavica“, Band 12, Heidelberg, Carl Winter) zusammengefügt, die vielleicht die gründlichste bisherige Untersuchung des überreichen Schatzes an Helden- und Volksliedern der Südslawen sind und systematisch alle Lieder nach jeder Richtung hin bearbeitet haben. Sitte, Brauch, Kulturgeschichte und seelische Haltung eines Volkes sind in einer nur scheinbar trockenen Behandlung erschöpfend dargestellt. An Einzelarbeiten aus Jugoslawien ist noch zu nennen: Vladislav Skaritsch, Mitglied der Königl. Serbischen Akademie, „Sarajevo.“ Das Buch, herausgegeben von der Stadt Sarajevo, behandelt deren Geschichte von den Anfängen bis zur Besetzung 1878, während eine weitere Schrift von Hamdija Kreschevljakowitsch die Okkupationszeit und die Vorgänge, die sie begleiteten, zum Gegenstand hat. Da es uns bisher sehr an solchen Monographien, zumal aus geschichtlich viel umstrittenen Ländern, fehlt, sind beide Veröffentlichungen zu begrüßen, wenn sie auch, kroatisch geschrieben, nur einem kleinen Kreis zugänglich sind. Geschichtlich-politisch gehalten ist: Johannes Rosenbauer, „Eine Welt zerbrach. Der Weg nach Sarajevo“ (G. Schönfelds Verlagsbuchhandlung, Berlin), eine etwas schlichte Darstellung, die aber das Verdienst hat, den Scheinwerfer grell auf die Sünden Habsburgs zu lenken.

Einer sehr aufmerksamen Betrachtung muß der Historische Atlas von Kroatien empfohlen werden („Hrvatska Povijest in 19 karata“), der von Dr. Stjepan Skrlj bearbeitet worden und von der Offset-Druckerei „Tipografije“ in Zagreb hergestellt ist. Der Vielfarbendruck ist vorbildlich. Die wissenschaftliche Leistung, diese Karten zu entwerfen, ist groß. Auch Südost-Spezialisten müssen gestehen, daß ihnen bisher für manche Abschnitte der südslawischen Geschichte, denn nicht nur die kroatische allein ist dargestellt, so gutes Material und solche Anschauungsmöglichkeit fehlte. Es ist oft sehr schwierig, in der fremdsprachlichen Literatur das zu finden, was man gerade wissen will, und wer die tausend Hemmungen kennengelernt hat, die eine tiefgehende wissenschaftliche Untersuchung über den Südosten auf ihrem Wege findet, muß es dankbar begrüßen, daß die dortige Wissenschaft ein so vorzügliches Hilfsmittel bereitstellt. Was die Karten nicht aussagen können, gibt der Begleittext auf etwa 80 Seiten. Das Ganze ist eine Leistung, der wir Hochachtung zollen müssen.

Es mag ein Gradmesser für die unterschiedliche Stärke der Beziehungen zu den Balkanländern sein, daß aus anderen von ihnen weniger Neuerscheinungen vorliegen. Der Berliner Romanist Ernst Gamillscheg als Herausgeber der Reihe „Vom Leben und Wirken der Romanen“ hat das Verdienst, uns die Gedichte von Mihail Eminescu zugänglich gemacht zu haben (Jena und Leipzig, Verlag von Wilhelm Gronau). Die Übertragung der Lyrik dieses etwas an Hölderlin gemahnenden und wie dieser in geistiger Umnachtung, erst 40 Jahre alt, gestorbenen bodenständigen und in seiner rumänisch-völkischen Gesinnung sehr bewußten Dichters ist von Konrad Richter besorgt, und zwar so hervorragend, daß die Rumänische Akademie das erstmal bei ihr eine Auszeichnung (auf Grund eines Vermächtnisses für Nachgestaltung der Gedichte Eminescus in einer Weltsprache) ausgesprochen hat. Der Südostausschuß der Deutschen Akademie hat die Herausgabe gefördert. Er hat das ebenso getan bei der Reihe „Bücherei Südosteuropa“ des Albert Langen/Georg Müller Verlages, München; sein Vorsitzender Professor Gerhard Gesemann hat mit Frau Dragnewa „Neue bulgarische Erzähler“ gesammelt und übertragen, für die die Unmittelbarkeit des Erlebens, die scharfe Abgrenzung der Gefühle, die kritische Haltung gegen sogenannte Zivilisation ein sehr bezeichnendes Bild der bodenverwurzelten Kultur des bulgarischen Volkes vermittelt. Der 3. Jahrgang der „Revue de Transylvanie“, die in Klausenburg (Cluj) erscheint, bestätigt den bisherigen Eindruck, daß wir es hier mit einer vorzüglich geleiteten, gut ausgestatteten und allen Scharfsinn auf die Verfechtung rumänischer und Abwehr fremder Ansprüche aufwendenden Zeitschrift zu tun haben, die als politisches Werkzeug hochwertig ist und zeigt, wie geschickt heute die Völker jede Waffe, gerade auch die geistige, handhaben. Dabei bietet die Zeitschrift eine Unmenge sonstigen Stoff; so gibt sie Proben aus dem Rumänischen Sprachenatlas des auch im Deutschen Reich bekannten Sprachforschers Sextil Puscariu oder gliedert die Dorftypen im Banat und in Siebenbürgen nach deutschen Begriffen (Haufen-, Tal-, Straßen-, Streudorf usw.).

Ferner sind, aus dem Randgebiet Südosteuropas, drei Arbeiten aus der Schule von Uhlig (Tübingen) zu nennen, die in den Schriften des Deutschen Auslands-Instituts, Stuttgart (Verlag

Ausland und Heimat) zu finden sind: Gottlob Schuon, „Die nordöstliche Schwäbische Türkei“, Gottlob Holder, „Das Deutschtum in der unteren Baranya“, eine bevölkerungs- und siedlungsgeographische Studie, und Otto Faas, „Deutsches Bauerntum im Bergland der Schwäbischen Türkei“. Diese Untersuchungen haben ihren besonderen Wert, weil sie viel beitragen zur besseren Kenntnis eines deutschen Siedlungsgebietes, wobei auf die kleinsten Einheiten zurückgegriffen werden muß. Die Lage inmitten eines Begegnungsgebietes mehrerer Volkstümer und die gegenseitige Beeinflussung (Absaugung der Oberschicht durch das Magyarentum usw.) werden hier besonders lehrreich behandelt. Bilder und Karten verstärken den Wert dieser Veröffentlichungen.

Von dem Sammelwerk „Steirische Burgen und Schlösser“, das Robert Baravalle bei Heinrich Stiasny Söhne, Graz, in Lieferungen herausgibt (die einleitende wurde vor einem Jahr an dieser Stelle gewürdigt), liegt nun der erste Band abgeschlossen vor, vom zweiten Band die beiden ersten Hefte, beide reich an Plänen und alten Bildern. Sehr viel Heimatliebe, waches Grenzbewußtsein und verlegerischer Idealismus gehören zu einem solchen Werk, das sich nur an einen kleinen Kreis wenden kann. Über diesen hinaus ist aber allgemein wichtig, wie eng das Netz von Wachställen an der gefährdeten Ostgrenze war, gesichert durch das System der Kraidfeuer (von crier, schreien, abgeleitet), für die, um nahende Feinde anzukündigen, immer brennbare Stoffe gelagert sein mußten. Die deutsche Gemeinschaft wußte in der Steiermark, daß sie auf Vorposten stand. Die Burgen deckten die großen Durchgangsstraßen nach Kärnten. Im 18. Jahrhundert verlor der Adel das Wissen um seine geschichtliche Rechtfertigung, zog in die Städte, um Prunk zu entfalten, und die Burgen gingen an die Gläubiger über — oft genug an die Juden, deren sich die Steiermark, um das Grenzlandgefüge stark bleiben zu lassen, im 15. Jahrhundert entledigt hatte. So waren Juden die längste Zeit auch in die österreichische Militärgrenze nicht zugelassen.

Das kroatisch geschriebene Buch des in Berlin lebenden Dalmatiners Stevo Kluitich „Putevi Nematschkog Preporoda“ (1936, Wilhelm Limpert Verlag, Berlin) ist 1937 in deutscher Übersetzung mit dem neuen Titel „Ein Reich? Ein Volk? Ein Führer?“ erschienen (Brunnenverlag Willi Bischoff, Berlin). Es gehört zu den Arbeiten, die ehrlich für die Annäherung zweier Völker tätig sind. (Übertragung: Dr. Amadeus Grohmann.) Kluitich übernimmt nicht kurzweg das vorgefundene Material, sondern gruppiert und verwertet es nach eigenem Urteil; er zeigt uns deshalb Seiten unseres Wesens, deren wir uns selbst nicht ganz bewußt sind, und was er bringt, hat Gewicht, auch wenn seine Auffassungen von den unseren abweichen, so im Rassenbegriff. Sein scharfer Kampf gegen alles Zersetzende führt ihn an unsere Seite.

HANS HUMMEL:

England—Frankreich—Amerika

Schrifttumsbericht über drei Weltmächte

Es liegt an der Politik der derzeitig und vor kurzem amtierenden britischen Staatsmänner, daß das Interesse für Fragen des Britischen Weltreiches in Deutschland im Wachsen begriffen ist. Nicht daß wir nicht seit langem bedeutende Werke über England besäßen, auch die großen englischen Klassiker der Politik übersetzt hätten, sondern vielmehr gibt die tägliche Politik dem deutschen Zeitungsleser täglich neue Rätsel auf. Unwandelbare gerade politische Linie, unbedingte Vertragstreue und ähnliche politische Elementargrundsätze, wie sie zum gewöhnlichsten Hausrat des deutschen außenpolitischen Baues gehören, sind nicht in gleichem Maße in der englischen Politik zu finden. Und so wenden wir heute — selbstverständlich ohne Bezugnahme auf den neuen Status zwischen den Be-

ziehungen Englands und Ägyptens — gerne das Wort von der englischen Sphinx an, deren Rätsel auch nur oberflächlich zu lösen sehr selten einem Autor gelingt. So tun wir schon einen besseren Blick in die englische Seele und Politik, wenn wir die Historiker dieser Nation selbst sprechen lassen. Diese Art bezeichne ich als ein durchaus gelungenes Buch

George Macaulay Trevelyan: Geschichte Englands. 2 Bde. 852 S., 36 saubere, historische Karten. (Der verdienstvolle Übersetzer wurde leider nicht genannt.) Oldenbourg, München u. Berlin 1935. Br. RM. 15.—, Ln. RM. 17,50.

Damit findet die 10. englische Auflage dieses berühmten Werkes ihre wichtige deutsche Übersetzung. Keinen besseren zweiten Vornamen konnte sich der englische Historiker wählen als

Macaulay, denn er setzt die große Reihe bekannter britischer Historiker ruhmvoll fort. Das Werk reicht bis zur Jahrhundertwende und hat noch einen bis zum Weltkrieg fortführenden kurzen Anhang bekommen. Tr. geht streng chronologisch vor, entwickelt zunächst die Vor- und Frühgeschichte der englischen Inseln, das Mittelalter und unter den Tudors und Stuarts der Beginn britischer Seemacht folgen. Besonders diese Kapitel sind Musterbeispiele der Geschichtsschreibung, die eines geopolitischen Grundtenors nicht entbehrt. In den beiden letzten Büchern, beginnend mit der Thronbesteigung des Hauses Hannover, widmet sich Tr. besonders der industriellen Revolution, dem Zeitalter der Wirtschaft und ihrem Einfluß auf die Politik, vor allem aber der Entwicklung des englischen demokratischen Ideals. Es sieht im ganzen sehr logisch aus, daß das umfangreiche Werk mit dem Kampfe Gladstones und Salisbury ausklingt und die Freude am Erfolg der Demokratisierung durch die Zeilen blickt — jedoch, wird es immer so bleiben? Das Gesamtwerk gehört neben den „Dibelius“ in jede politische Bücherei Deutschlands.

Walter Görlitz: Georg V. 431 S., 15 Abb. Quelle u. Meyer, Leipzig 1937. Ln. RM. 7.—.

Basil Maine: Prinz von Wales, König Eduard VIII. 232 S. u. 31 S. Anh., 22 Abb. Siegmund, Berlin 1937. Ln. RM. 6.—.

Arthur Bryant: Baldwin. 203 S., 8 Abb. Siegmund, Berlin 1937. Ln. RM. 6.—.

Stanley Baldwin: Freiheit und Friede. 74 S. Vita Nova, Luzern 1936. Kt. RM. 1.80.

Der Thronwechsel und der Premierwechsel in England haben die englische Gegenwartsgeschichte besonders interessant gemacht. Das Lebensbild, das uns G. über den toten König gibt, ist mit ruhiger Sachlichkeit unter Verzicht auf die heute so beliebte biographische Erzählform in bestem Stile niedergeschrieben. Die Entwicklung des Reiches seit etwa 1900 wird von der Position des Königs aus gesehen und stellt sich in vielen Einzelzügen, die G. sehr fein herausarbeitet, oft in ganz anderem Lichte dar als die rein diplomatische Geschichte. Dagegen nimmt sich die Übersetzung des Buches von M. über Eduard VIII., von einer gewissen Sensation unwittert, stark konjunkturhaft aus. Über einen so widerspruchsvollen Menschen wie den „Prinz von Wales“ zu urteilen, mag schwer sein; die politischen Fragen, die Eduard hartnäckig geprüft und verfolgt hat, werden in dem Buch auch, aber eben skizzenhaft behandelt, während das Hauptgewicht auf die persönlichen Eigenheiten und menschlichen

Züge des Thronfolgers gelegt wird. Ein Anhang vermittelt eine kurze Geschichte der Abdankung, bei der jener Premier Baldwin die maßgebliche Rolle gespielt hat, dem Bryant in seinem Buche ein liebenswürdiges Denkmal setzt. Mit Baldwin ist die englische Nachkriegsgeschichte eng verknüpft, und B. versteht es, die Persönlichkeit des ruhigen und überlegenen Staatsmannes — als Dank Englands nach seinem Rücktritt — in das rechte Licht zu rücken. Eine Ergänzung findet dies schöne Buch in der kleinen Sammlung Baldwinscher Reden, die unter dem Titel „Freiheit und Friede“ vorwiegend theoretisch-politische Arbeiten bringt. Eine größere Herausgabe auch der Reden, die sich weniger in der — wenn auch sehr sorgsam behandelten — Völkerbundideologie bewegen, wäre sicher noch begrüßenswerter.

Kurt von Stutterheim: England heute und morgen. 316 S. Herbig, Berlin 1937.

W. Kellinghusen: England, das unbekannte Land. 132 S. Nationaler Bücherdienst, Berlin 1937. Br. RM. 2.—.

St.s Werk bringt die Quintessenz einer langen Korrespondentenerfahrung. Es gehört zu den besten, Charakter und Kultur des Engländers schildernden Bücher, die seit langem erschienen sind. Aus den kleinen Beobachtungen des Alltags formt St. das Bild des Engländers, wie er wirklich ist, wie er uns begegnet, und räumt mit einer Reihe von Vorurteilen und Stellungnahmen auf, die nur deswegen so verbreitet sind, weil sich eben der Engländer schwer verstehen läßt. St.s essayartige Kapitel behandeln die Erziehung, das soziale, politische, konfessionelle, kulturelle und gesellschaftliche System, gewürzt mit geistvollen Urteilen und Ausblicken auf die Zukunft. Viele Englandfahrer sollten vor ihrer Reise dies Buch genau lesen, wofür auch das Buch K.s gut dienen kann, der nun Englands Charakter weniger von der lebendigen Gegenwartsbeobachtung als aus der Geschichte abliest. Trotzdem sind auch seine Urteile vorsichtig und — nach einem längeren geschichtlichen Teil — im Schlußkapitel sehr lesenswert. Er begegnet sich stark mit St., behandelt jedoch fast ausschließlich die politischen Wesenszüge.

Reinald Hoops: Die Zukunft des Britischen Weltreiches. 188 S. Stilke, Berlin 1937. Ln. RM. 5.50.

H. schildert in einer gedrängten Übersicht die einzelnen Teile und Probleme des Weltreiches, wobei er besonders die Probleme der Nachkriegszeit berücksichtigt, die in der Zukunft bedeutsam werden können. Eine gute und handliche Zusammenfassung der Empirepolitik.

Hermann Lufft: Das Empire. 96 S., 9 Kt. In der Reihe „Völker und Staaten“. Schneider, Reichenau/Sa. 1936. Kt. RM. 1.50.

Eine staatenkundliche Zusammenfassung der politisch-geographischen Tatsachen des Britischen Weltreiches, soweit sie Tatsachenmaterial zusammenträgt, knapp und richtig — soweit sie dieses Material auswertet, ein klein wenig an Laienstrategie erinnernd. Trotzdem stellt das Büchlein, wie überhaupt die ganze Reihe „Völker und Staaten“ brauchbares Material für Schulung und Unterricht dar.

Mit wirtschaftlichen Fragen des Empire befassen sich:

Gerhard Mackenroth und Franziska Krebs: Die Wirtschaftsverflechtung des Britischen Weltreiches. In: Zwischenstaatl. Wirtschaft, H. 12. 229 S. Junker u. Dünhaupt, Berlin 1935.

Hans-Joachim von Schumann: Standortsveränderungen der Industrien in Großbritannien seit dem Kriege. 99 S., 6 Sk. Beltz, Langensalza 1936. Kt. RM. 3.—.

Richard Deutsch: Geographie der Haupt- und Großverkehrshäfen Großbritanniens unter besonderer Berücksichtigung der Zeit nach dem Kriege. In: Wiener geogr. Studien, H. 2. Müller, Klosterneuburg 1933.

Alle drei Arbeiten sind der dynamischen Entwicklung der interbritischen Wirtschaft gewidmet. Zu der ersten Arbeit hat im wesentlichen die Reichskonferenz von Ottawa Anlaß gegeben: die Handels- und Kapitalpolitik Englands vor Ottawa, die Wirtschaftsentwicklung der Dominionen und die Entwicklung des interbritischen Handels erfahren genaue Behandlung, dann wird die Ottawapolitik beschrieben und zum Schluß die Frage nach der Empireautarkie und den Entwicklungstendenzen gestellt. Das dann folgende, sehr sorgfältig bearbeitete statistische Material nimmt die Hälfte des wertvollen Werkes ein. Die zweite Arbeit von Sch. über Standortsveränderungen in Großbritannien ist eigentlich eine negative Arbeit, denn es ergibt sich, daß wesentliche Standortsveränderungen der alten Industrien nicht stattgefunden haben, daß jedoch die jungen Industrien in der Wahl ihrer Standorte alle in Frage kommenden Gesichtspunkte berücksichtigten. Zu diesen Bedingungen gehört im besonderen für die Außenhandel treibende Industrie selbstverständlich auch eine gute Lage zu den englischen Welthäfen, wie sie D. in einer eingehenden geographischen Studie beschreibt. In diesem Heft werden nach allgemeinen Kapiteln über Verkehrslage und

Außenhandel Großbritanniens die Häfen einzeln abgehandelt.

Zwei kürzere militärische Betrachtungen liegen vor:

Liddell Hart: Wenn England zu Felde zieht. In: Graue Bücherei. 130 S. Voggenreiter, Potsdam 1937. Kt. RM. 2.70, geb. RM. 3.50.

Ernst von Eisenhart-Rothe u. Walther Beckmann: Deutsch-britische Front in der Geschichte. 122 S. Kyffhäuser, Berlin 1936. Kt. RM. 3.60, geb. RM. 4.50.

Die „Graue Bücherei“, längst bekannt als eine unserer besten, über das Militärwesen und die Wehrpolitik anderer Staaten unterrichtende Reihen, legt einen Auszug aus einem größeren Werke des vielgelesenen englischen Autors vor, dessen Name in Deutschland nach seinem Auftreten in der Ossietzky-Affäre reichlich gelitten hat. Trotzdem möchten wir dieses kleine Werk empfehlen, da es sehr verständlich in die Probleme der britischen Friedens- und Kriegsstrategie und seine Wehrpolitik einführt und eine gute Grundlage für das Verständnis der englischen Aufrüstungsvorgänge bietet. Liddell Hart sollte gelegentlich das andere Werk von Eisenhart-Rothe und Beckmann lesen, um zu lernen, wie oft in der Geschichte deutsche und britische Truppen zusammen gefochten haben und ihre Kameradschaft mit ihrem Blute besiegelten. Aber die englischen Schriftsteller sind eben wie ihr Vaterland etwas unberechenbar. Es war längst an der Zeit, die Tatsachen britisch-deutscher Waffenkameradschaft einmal darzulegen, die allzu schnell vergessen worden sind. Leuchtendes Vorbild dieser gemeinsamen Front ist für uns Waterloo, der Krieg gegen die napoleonische Hegemonie, der zu Lande von England und Deutschland gemeinsam geführt wurde, während der Sieg zur See der englischen Flotte allein zuzuschreiben ist — und vor allem einem Helden, Lord Nelson, über den

W. H. Edwards: Lord Nelson. Ein Lebensbild. 184 S., 1 Abb., 1 Kt. Klostermann, Frankfurt 1936. Br. RM. 4.—, geb. RM. 5.—,

eine vollständige Biographie vorlegt, die sich dadurch auszeichnet, daß sie fast ganz auf der Wiedergabe interessanter Dokumente aufgebaut ist. Denn durch seine Briefe und Berichte wird die Gestalt dieses Mannes am besten lebendig und erinnert uns an so viele deutsche Kriegshelden, die den gleichen ruhmvollen Tod im Zenit ihres Lebens fanden.

Clennell Wilkinson: Nelson. 288 S., 8 Abb. Goldmann, Leipzig 1937. Ln. RM. 7.50.

stützt sich in seiner sorgfältigen Biographie auf Briefe und Dokumente, verwendet sie jedoch zu einer freieren und im ganzen recht spannenden Darstellung, wie sie dem biographischen Geschmack der Zeit entspricht. Wir können auch diese Arbeit in die Reihe der vielen in den letzten Jahren erschienenen Nelson-Biographien stellen.

Gewissermaßen seinem Gedenken gewidmet, hat Mahan die Schlachten von Abukir und Trafalgar beschrieben, eine seestrategische Skizze:

A. Th. Mahan: Die Seeschlachten bei Abukir und Trafalgar. Her. von W. Scheidt. In: Kriegsgesch. Büch., H. 19. 61 S., 2 Sk. Junker u. Dönhaupt, Berlin 1936. Br. RM. 1.—,

die nunmehr in deutscher Sprache in der bekannten Reihe vorliegt. So steht ein interessantes Vergleichsmaterial für zwei Bücher zur Verfügung, die ebenfalls Gestalten der englischen See- und Kriegsgeschichte schildern:

Lord Jellicoe: Erinnerungen. Englands Flotte im Weltkrieg. Übers. v. Kapitänltnt. a. D. Spiess. 294 S., 17 Abb., 5 Sk. Vorhutverlag Schlegel, Berlin 1937. Br. RM. 6.—, geb. RM. 7.50.

Lord Jellicoe: Erinnerungen. Bd. II. Zwischen Skagerrak und Scapa Flow. 247 S., 14 Abb. Vorhutverlag Schlegel, Berlin 1937. Kt. RM. 6.—, geb. RM. 7.50.

Arthur Hodges: Kitchener. 258 S., 8 Abb., 2 Kt. Deutsch v. Th. Lücke. Vorhutverlag Schlegel, Berlin 1937. Kt. RM. 5.50, geb. RM. 6.50.

Mit der gleichen Offenheit, mit der Lord Nelson wenig weitsichtige englische Politiker seiner Zeit angriff, berichtet Lord Jellicoe über den Einsatz und die Bedeutung der englischen Flotte im Weltkrieg. Er beschönigt nichts, sondern zeigt ganz klar, daß zumindest bei Kriegsbeginn die englische Flotte so schlecht organisiert war, daß die Vermeidung einer katastrophalen Niederlage zur See nur dem Zögern der deutschen Führung zuzuschreiben war. Außerordentlich spannend beschreibt Lord Jellicoe die Furcht vor deutschen U-Boot-Angriffen, die Abwehrmaßnahmen der Engländer, den Neuaufbau der englischen Flotte, die Gefechte bei Helgoland und an der Doggerbank, um nach einem Rückblick auf Trafalgar einen Hauptteil des Werkes dem Bericht über die Skagerrakschlacht, battle of Jutland, zu widmen. Die Amtlichkeit der Darstellung er-

fordert, daß Lord Jellicoe den Anspruch der Deutschen an den Sieg am Skagerrak bestreitet und den Sieg für England in Anspruch nimmt. Im zweiten Band beschreibt er dann den letzten Teil des Krieges, die U-Boot-Frage, den Eintritt der USA. in den Seekrieg, die Ereignisse auf den Nebenschauplätzen, und schließt mit einer skeptischen Betrachtung des Völkerbundes, um den Anspruch Englands auf den Ausbau seiner Rüstungen kräftig zu unterstützen. Das Werk gehört zweifellos zu den auch für uns wichtigsten und interessantesten Erinnerungsbüchern an den Großen Krieg. Gleichgroßem Interesse wird jedoch die Biographie Kitcheners begegnen, die ebenfalls die Dramatik des Geschehens aus der Handlung selbst schöpft, und sie nicht wie so viele neue deutsche Biographien durch erfundene Dialoge und sonstige Steigerungsmittel kümmerlich zu beleben sucht. Die Geschichte des Britischen Reiches von der Beschließung Alexandriens bis zum Beginn des Krieges zieht in diesem Buche vorüber, denn Kitchener, der Reichsbaumeister, verkörpert in sich selbst einen Gutteil dieser Entwicklung. Sudan und Indien, Burenkrieg und Ägyptens Ende sind die Meilensteine auf dem Lebensweg Kitcheners — dann die Berufung als Kriegsminister, seine klare Politik gegen und mit den Militärs, der Höhepunkt seines Lebens, aus dem er wie Lord Nelson frühzeitig und zum Schaden der britischen Kriegsführung herausgerissen wird. Er, der weite Länder und Kolonien unter die britische Flagge brachte, fand den Tod in den Wellen des Meeres, das allein alle Teile des Reiches verbindet.

*

Das Meer — Quelle und Ziel der englischen Politik und des englischen Lebens; das Land, der Kontinent in seinem festen Gefüge — Quelle und Ziel von Politik und Leben in Frankreich: das ist der Grund für die Entente cordiale zweier Nachbarn, ein Argument, das das Gesetz der Nachbarfeindschaft für die Zeiten außer Kraft setzt, in denen die beiden Nachbarn diesen ihren Zielen ausschließlich nachgingen. Es ist in Deutschland viel über und gegen Frankreich gesprochen und diskutiert worden, wenige aber verfügten wirklich über die Kenntnis der Geschichte und politischen Situation unseres westlichen Nachbarn, denn es fehlte uns die politische Literatur über ihn. Jetzt kamen zu gleicher Zeit drei kleinere Arbeiten heraus, die diesem Mangel abhelfen, wie ihm im großen vor allem das Werk von Curtius und Bergsträsser abgeholfen hat:

Roderich von Ungern-Sternberg: Frankreich — Lebensraum und Wesen. 132 S. 1 Abb. Stilke, Berlin 1937. Br. RM. 4.50.

Otto Maull: Frankreich — Länderkunde und Geopolitik. Und ein zweiter Band: **Frankreichs Überseereich.** In: Sammlung Götschen 1095 und 1089. 179, 164 S., 10, 12 Kt. De Gruyter, Berlin u. Leipzig 1936. 1935. Je geb. RM. 1.62.

Heinrich Klinkenberg: Frankreich. In: „Völker und Staaten“, Bd. 2. 109 S., einige gute Karten. Schneider, Reichenau 1937. Kt. RM. 1.50.

Die Zusammenfassung Ungern-Sternbergs geht wesentlich vom Soziologischen aus, die Maulls vorwiegend vom Geographischen. Aus beiden zusammen ließe sich jetzt leicht eine knappe Geopolitik Frankreichs und seines Imperiums schreiben. Ungern-Sternberg beschäftigt sich vor allem mit Rasse, Bevölkerung und Wirtschaft Frankreichs und gibt zum Schluß einen Ausblick auf das Reich. Seine Arbeit ist im ganzen sehr viel knapper als die Maulls, die sich auf sehr sachlicher länderkundlicher Schilderung der Landschaften des Reichskernes, also Frankreichs, und der einzelnen Teile des Kolonialreiches aufbaut. Maull schreibt in beiden Bänden einleitend über die Entwicklung Frankreichs und des Kolonialreiches und schließt jeweils mit einer hervorragend geopolitischen Zusammenfassung über den Raumorganismus und Reichszusammenhalt des französischen Reiches. K. gibt in seinem kleinen Bändchen eine kurze Übersicht über die wesentlichsten Probleme, streift die Sozialverfassung und die innerpolitische Geschichte, um in einem Schlußkapitel auf die gegenwärtige Situation in Frankreich einzugehen, was er vielleicht lieber gelassen hätte.

Paul Distelbarth: Lebendiges Frankreich. 382 S., 27 Abb. Rowohlt, Berlin 1936. Br. RM. 6.50, Ln. 8.—.

Ein ebenso problematisches wie anspruchsvolles Buch. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß neben allen liebevoll gezeichneten Einzelzügen, die einer wirklichen Beobachtung entspringen, das Ganze zu schnell geschrieben ist, mindestens da, wo D. versucht, wissenschaftliche Ergebnisse in die Diskussion zu führen. Ob es sich nun um rassische, historische, philologische oder kunsthistorische Fragen handelt, wo es sich den wissenschaftlichen Ansprüchen gibt, begibt sich D. auf sehr gefährlichen Boden, weil er unvorsichtig ist, sehr unvorsichtig. Zu einem solchen Buch gehört langjähriger Aufenthalt in Frankreich und nicht

einige Reisen, die nur dorthin führen, real und symbolhaft gesprochen, wohin man eben gerade will. Reisebekanntschaften erfassen doch nur einen kleinen Teil des Volkes, und auch nicht einmal unbedingt jenen, der die Politik macht. So ist D. in den politischen Kapiteln Verschiedenes nicht gelungen, es ist alles salopp und nicht etwa die schöne und sorgfältig gepflegte Frucht langer Erfahrung, sondern nur ein bißchen, auch anderen Menschen gegebene Beobachtungsgabe, um die nun vorschnell ein Netzwerk aller Probleme gerankt wird.

Carl Leonhard Grüneberg: Der Sozialismus in Frankreich. In: Neue deutsche Forschungen. 74 S. Junker u. Dünhaupt, Berlin 1936. Br. RM. 3.50.

G. gibt eine Geschichte der sozialistischen Ideen in Frankreich seit der Revolution, stellt die Thesen Babeufs, Saint-Simons, Proudhons und Leroux' dar und zeigt sehr zeitgemäß, wie sich der autochthone Sozialismus in Frankreich unter dem Einfluß des Marxismus gewandelt hat,

Hans K. E. Keller: Gegenreich Frankreich. 186 S. Batschariverlag, Berlin 1935.

Der bekannte Vorkämpfer für Nationalismus schildert in historischem Aufbau die Kräfte, die Frankreich immer wieder eingesetzt hat, um die alten Reichslösungen des Europaproblems zu zerstören und an ihre Stelle einen Internationalismus zu setzen. Ein kluges und durch wissenschaftliche Vorarbeit fundiertes Buch.

Charles de Gaulle: Frankreichs Stoßarmee. 89 S. Vöggenteiler, Potsdam 1935. Br. RM. 1.80.

G. schreibt unter dem Zeichen der „Sicherheit“ auf, wie er sich die Abwendung der natürlich ausschließlich deutschen Gefahr durch stoßkräftige, langdienende Divisionen vorstellt. Das Buch führt sehr gut in die Psyche des Franzosen ein, zumal zum Anfang eine interessante Gegenüberstellung der Sicherheit Deutschlands und Frankreichs und des deutschen und französischen Charakters gegeben wird.

Bibliographie zur Wirtschafts-, Sozial- und Geistesgeschichte und zur militärischen Geschichte Frankreichs im Weltkrieg. 2 Hefte der Weltkriegsbücherei, Stuttgart 1937. Je RM. 2.—.

Wiederum zwei neue Hefte der bibliographischen Arbeit der Weltkriegsbücherei. Sie sind ebenso sorgsam wie die früheren und ein wichtiges Handwerkszeug für jeden, der politisch arbeitet.

Adolf Günther: Frankreich und sein Überseereich in der Weltwirtschaft. 312 S. Enke, Stuttgart 1936. Rr. RM. 15.—, Ln. 16.60.

Seitdem Frankreich auch in die große Wirtschaftskrise hineingeglitten ist, während die übrige Welt schon an ihrem Ende steht, interessieren in immer stärkerem Maße die französischen Wirtschaftsfragen, von denen hier G. einen umfangreichen Abriß gibt. Er zeichnet weniger die Entwicklung, sondern vor allem den Zustand, der eine Reihe von Rückschlüssen auf die Zukunft zuläßt. Das Buch ist auf sehr genau gesammeltem Zahlenmaterial aufgebaut, das zu einer Darstellung des französischen Außen- und Binnenhandels und zu einer Schilderung der Wirtschaft der einzelnen Kolonien verwandt wird. Zwischendurch wird überall die Politik gestreift, wobei G. gerade noch den Umschwung durch die Ernennung des Volksfrontkabinetts mit berücksichtigen konnte, so daß er ein sehr zeitnahes Handbuch geschaffen hat.

*

Nun der Sprung über den Ozean zu der letzten und intolerantesten der drei „großen Demokratien“, der USA. Es ist in den letzten Jahren viel von der Schicksalswende der USA. geschrieben worden, ausgelöst durch die reformierende Präsidentschaft F. D. Roosevelts, dessen Tätigkeit so revolutionär und befreiend begann, um sich nun in der Verächtlichmachung anderer Völker und der Rolle des predigenden Friedensrichters mit Kriegsgeschrei zu erschöpfen. Charakter und Wesen der „Roosevelt-Revolution“ wird von einer Reihe Autoren geschildert, unter ihnen:

Johannes Stoye: USA. lernt um. 301 S. Goldmann, Leipzig 1936. Kt. RM. 6.—, Ln. RM. 7.—.

Hans F. Kiderlen: Fahrt in neue Amerika. 140 S. Hanseatische Verlagsanst., Hamburg 1936.

Joseph Engert: Wohin geht Amerika? 80 S. Schöningh, Paderborn 1937. Br. RM. 1.50,

Franklin Delano Roosevelt: Das neue Amerika. 71 S. Vita Nova, Luzern 1937. Kt. RM. 1.80.

Alle vier Bücher gehen von verschiedenen Standpunkten an das Problem der Roosevelt-Revolution. St. meint, vom geopolitischen auszugehen, K.s Bericht ist stark tagespolitisch gefärbt und sehr negativ, E. berichtet vom katholischen Standpunkt her positiv, und die Sammlung der Reden Roosevelts unter ihrem bezeichnenden Titel spricht doch ausschließlich im Sinne der letzten Reden des Präsidenten über Kriegsgefahr und Demokratie. Nichts ist darunter, was voll befriedigte. An E. sind die

Abschnitte über die Wandlung des philosophischen und sozialetischen Denkens besonders instruktiv, aus den Reden lernt man den wirklichen Geist jener so begrüßten Roosevelt-Politik, und K.s im ganzen wohl sehr informierte Einzelangaben sind zum Teil sehr interessant, um zum anderen Teil, besonders durch die Verwendung eines sehr burschikosen und unerfreulichen Stils, sehr einseitigen Urteilen Platz zu geben und mit Unrecht ganz USA. einem überheblichen Gespött auszusetzen. Aber das ist das alte Kreuz bei USA.-Darstellungen, zu übertreiben oder zu untertreiben. St. hält im allgemeinen, aufgebaut auf einer guten Durcharbeitung der Quellen, die Mitte, schildert allerdings seitenlang rein feuilletonistisch, um dann wieder in einen trockenen und langweiligen Aufzählungsstil zu verfallen. Trotz der Ankündigung ist von Geopolitik wenig zu merken, nur in den planwirtschaftlichen Kapiteln. Sonst besteht das Buch zum größeren Teil aus einer wirtschaftstheoretischen und wirtschaftspolitischen Darstellung der Roosevelt-Gesetze, die bis in alle Einzelheiten verfolgt werden. Bereits die einleitenden Kapitel vorwiegend verfassungsrechtlicher Natur deuten schon auf den Hauptteil der Behandlung der Roosevelt-Revolution hin.

Vier nicht so tagespolitisch gebundene und kleinere Arbeiten geben im ganzen doch mehr Aufschluß und lassen uns die Dinge leichter verstehen als mehr oder weniger parteiische Stellungnahmen:

Hermann Lufft: USA. 112 S., 4 Kt. Schneider, Reichenau 1936. Kt. RM. 1.50.

Friedrich Luckwaldt: Das Verfassungsleben in den Vereinigten Staaten von Amerika. 79 S. Stilke, Berlin 1936. Kt. RM. 3.—.

Bruno Dietrich: Vom Wesen des Amerikaners. Wirtschaftsgeographie, H. 10. 32 S. Österr. Wirtschaftsverlag, Wien 1936.

Gerold von Minden: Wirtschaftliche Mobilmachung der USA. Schr. z. kriegsw. Forsch. u. Schul. 60 S. Hanseat. Verlagsanst., Hamburg 1937.

Das Büchlein von Lufft zeichnet sich durch Prägnanz und gute Auswahl des Stoffes aus. Es ist als Einführung sehr zu empfehlen und keineswegs anspruchslos. Nach einem knappen Überblick über Land, Menschen und Wirtschaft, wie sie in der Reihe „Völker und Staaten“ üblich ist, geht aber nun Lufft auf die wesentlichen Fragen des Volkscharakters, der Volkwerdung, der Grundtheorien des Gesellschaftsgesetzes in USA. ein, stellt sehr gut

Puritaner und Grenzer gegeneinander, die sich dann mit der Einwanderung vermischen, und gibt so eine sehr brauchbare Unterlage für die heutige Sozial- und Kulturkrise in USA. Luckwaldts sorgfältige Arbeit über die Verfassung ist durchaus aktuell und ergänzt die Unterlagen von der staatsrechtlichen Seite her. D. gibt dazu die politisch-geographischen Unterlagen mit einer feinen völkerpsychologischen Studie am Schluß seiner kleinen Arbeit, und M. rundet das Bild nach der Seite der Kriegsvorbereitung, von der heute in USA. so viel die Rede ist, unter Zugrundelegung der wesentlichsten Gesetze und Maßnahmen seit dem Weltkriege ab. Diese erfassbaren Dinge der Wirtschaftsplanung sind jedenfalls sehr viel fruchtbarer zu behandeln als müßige Streite, ob nun Roosevelt ein Genie ist oder nicht.

So fern uns ideologisch und politisch die USA. sind, so sehr berührt uns doch ihre Politik am nächsten von allen Methoden der drei „großen Demokratien“ — denn es sind eine

Millionenzahl deutscher Menschen und eine noch größere Menge deutschen Bluteinschlags, mit dem die Experimente Roosevelts, aus der Krise herauszukommen, gemacht werden. Wir schließen deshalb diesen Bericht über die Situation und die Sorgen der drei „demokratischen Großmächte“ mit dem Hinweis auf:

Heinz Kloss: Um die Einigung des Deutschamerikanertums. 328 S. Volk und Reich, Berlin 1937. Ln. RM. 10.—.

Die umfangreiche Arbeit behandelt alle deutschamerikanischen Organisationen seit etwa 100 Jahren, gibt zunächst einen Zahlen- und Grundsätzeüberblick, vertieft sich in die konfessionellen Einigungsbestreben protestantischer und katholischer Art und kommt mit einer Schilderung der weltlichen Einheitsversuche zum interessantesten Teil, der Geschichte der Pittsburger Bewegung um 1830, der 48er und der Spätliberalen vor und nach dem Weltkrieg, eine sehr ins einzelne gehende, gründlich informierende Untersuchung.

Neue geopolitisch zu beachtende Karten und Atlanten

Zusammengestellt von Prof. Dr. E. Wunderlich,
Leiter des Volksdeutschen Kartendienstes Stuttgart

(Die erklärenden Vorbemerkungen über Zweck und Einteilung der Bibliographie, vgl. Heft 9, S. 768, 1937.)
Nähere Auskünfte über die Karten erteilt jederzeit gern und unentgeltlich der Volksdeutsche Kartendienst, Stuttgart, Haus des Deutschtums.

Stieler, Adolf: Grand Atlas de Géographie moderne. 114 feuilles, comprenant 263 cartes gravées sur cuivre. 10. ed. Edition internationale. Publiée par Prof. Dr. Hermann Haack avec la collaboration du Berthold Carlberg et de Rudolf Schleifer. (57 Lfng.) Livraison 27—30. Gotha: J. Perthes 1937. Jede Lieferung RM. 1.50.

The University Atlas by Philip & Darby, 96 Kartenblätter. 4°. Namensverzeichnis. London: Philip & Son 1937. Etwa RM. 12.—.

Knaurs Weltatlas, Neuausgabe, 130 farbige und schwarze Haupt- und Nebenkarten, Textteil mit Spezialkarten und Tabellen, Register von 29 Stichwörtern, 603 Seiten. 8°. Verlag Th. Knaur, Nachfolger, Berlin 1937. RM. 2.85.

Putzger, F. W.: Historischer Schulatlas. Gr. Ausg. 54. Aufl. Bearb. u. hrg. v. Max Pehle (u. a.). 12 S. 160 Kt. Bielefeld u. Leipzig, Velhagen & Klasing 1937. Hlb. RM. 5.40.

Harms: Übungsatlas für Geschichte und Erdkunde. 38 Kt. 5. Neue Auflage. 18 Bl. 4°. Umschlagt. Leipzig, List & v. Bressendorf 1937. Best. Nr. 325. RM. —.40.

Winkels beste Planisphäre: Umrißkarte des Erdganzen, 1: 80 Mill. Blau-Weißdruck, Format 30 : 50 cm. Leipzig, Velhagen & Klasing 1937. RM. —.30.

Afrika, Staatenkarte, 1: 6 Mill. Format 138 : 156 cm. 5. Aufl. C. Dierckes Schulwandkarte, Braunschweig, Westermann. RM. 35.—.

Tanganyika Territory, 1: 2 Mill. Farbendruck, For-

mat 65,5 : 62 cm. Hrg. vom Survey Division, Dept. Lands & mines, Tanganyika Territory 1937. ca. RM. 8.50.

Map of the Dominion of Canada, exclusive of Northern Regions, indicating main natural resources, 1: 6 336 000, hrg. von Department of Mines and Resources, Ottawa 1937.

Australia, 1: 5 200 000 (Map of the Commonwealth), Format: 83 : 62 cm, Mehrfarbendruck, hrg. von Property and Survey Branch, Dept. of the Interior Canberra 1937. RM. ca. —.60.

24 Karten zur Rassen- und Raumgeschichte des deutschen Volkes von Prof. Dr. Folkers. 4°. Querformat. Für Lehrer und Schüler in verschiedener Ausführung. Langensalza-Berlin, J. Beltz 1937. Lehrerheft RM. 2, Schülerheft RM. —.40.

Volk an der Arbeit, H. 6/7. Stuhlfath, Walter, Porf: Deutsches Schicksal. Ein geopolitisches Erziehungsbuch. 9. Aufl. 62 gez. Bl. Kt. Skizzen. Berlin-Langensalza, J. Beltz 1937. RM. 1.40.

Carte Ethnique et Linguistique de l'Europe Centrale. Etabli en collaboration sous la direction de Charles Burky Prof. Seminaire de Géographie de l'Université, Genf-Genève. Maßstab 1: 2 000 000. Format 98 : 81,5 cm Bern, Kümmerly & Frey 1937. Schw. Fr. 3.—.

Deutsche evangelische Landeskirche. Bevölkerungsanteil, 1: 2 750 000. Berlin-Charlottenburg, Kirchenstatistisches Amt der Deutschen evang. Kirche 1937. RM. —.75.

Die bäuerliche Siedlungskapazität des Deutschen Reiches. Karte der bodenmäßigen Mindestsiedlungs-

größe nach der von H. Stremme hrsg. Bodenkarte des Deutschen Reiches, bearb. von E. Ostendorff, Danzig. 1:1 Mill. Mehrfarbendruck. Format 114:85 cm. Gotha, Perthes 1937. RM. 28.—.

Siedlungsformenkarte des oberösterreichischen Mühlviertels und südböhmischen Grenzgebietes. 1:300 000. Bearb. von A. Klaar. Schwarz-Weißdruck. Format 32:33,5 cm. Ersch. in d. Zeitschrift Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung, Heft 1, 1937. Verlag Hirzel, Leipzig 1937.

Ethnographische Karte der Julischen Mark des Venezianischen Sloweniens und der Provinz Zara nach der aml. italienischen Volkszählung von 1921. 1:300 000. Buntdruck, Format 41:84 cm. Hrsg. Publiz. Abtlg. d. Verbandes Jugoslaw. Emigrantenvereine in Beograd (Belgrad) 1937.

Schematische Karte eines projektierten tschechisch-ukrainischen-russischen Korridor. 1:5,5 Mill.

Schematische Karte ohne den projektierten tschechisch-ukrainischen-russischen Korridor. 1:5,5 Mill. Format 30:28 cm. Mehrfarbendruck, hrsg. vom Slowakischen Rat in Genf. 1936.

Die Tschechoslowakei und ihre Nationalitäten, mehrsprachig. Etwa 1:2 Mill. Format 44,5:24 cm. Farbendruck. Hrsg. vom Slowakischen Rat in Genf. Etwa 1936.

Bevölkerungsdichte und bereinigte Bevölkerungsdichte. Wachstum — Stillstand. Rückgang der Bevölkerung durch Geburten und Sterbefälle in der Tschechoslowakei 1935. Bearb. von Wolters. Schwarz-Weißdruck. Maßstab verschieden. Kartenbeilage z. Aufsatz im: Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung, Heft 1, 1937. Leipzig, Hirzel 1937.

Deutsches Stadtrecht in Böhmen, entw. v. Weizsäcker, etwa 1:1,7 Mill. Schwarz-Weißdruck. Format 25:17 cm. Karte in Heft 1 des Deutschen Archives für Landes- und Volksforschung 1937. Leipzig, Hirzel 1937.

*

Entwicklung des Deutschtums im österreich. Burgenland. 1923—1934. Entw. v. Richard Marek. 1:200 000. Mehrf. Format 51:78 cm. Kartenbeil. zu Petermanns Geograph. Mitteilungen, Heft 7/8. Jahrg. 83, Tafel 22. Gotha, Perthes 1937.

Das Deutschtum im Sudetenraum. 1:700 000. Bearb. v. R. Rogmann. Mehrfarbendruck. Format 116,5:77 cm. Hrsg. vom Bund Deutscher Osten Landesgruppe Schlesien. Breslau 1937. RM. 2.50.

Das Deutschtum in Mittelpolen. Etwa 1:1,5 Mill. Schwarz-Weißdruck. Format 19,5:16,5 cm. Bearb. von J. Schomacker, in der Zeitschrift: Deutsche Arbeit, Heft 7, Juli 1937. 37. Jahrg. Berlin: Grenze und Ausland 1937.

Das Deutschtum in Estland.

Das Deutschtum in Lettland. 1:1 600 000. Bearb. von A. Hillen-Ziegfeld. Beilage: Deutsche Arbeit, Heft 11, 1937. Berlin: Grenze und Ausland.

Das Deutschtum in Espirito Santo. 1:750 000. Bearb. von Dr. S. Endress. Format 21:29 cm. Schwarz-weißskizze. Kartenbeilage zum Aufsatz im: Auslandsdeutschen, Heft 8. Stuttgart 1937.

Das Deutschtum in Südwest- und Südafrika. 1:10 Mill.

Das Deutschtum in Australien. 1:7 500 000. Format 24,5:19 cm. Bearb. von A. Hillen Ziegfeld. Kartenbeilage zur Deutschen Arbeit, Heft 7. 1937. Berlin: Grenze und Ausland.

*

Verwaltungsatlas der Rheinprovinz und angrenzenden Landesteilen. 86 S. mit 40 mehrfarb. Kartenblättern. Format 26,5:36 cm. Hrsg. vom Landeshauptmann d. Rheinprovinz. Düsseldorf, L. Schwann 1937. RM. 9.50.

Atlas der Pommerschen Volkskunde. Textband und Kartenmappe (44 Karten). Hrsg. von Karl Kaiser in den Veröffentlichungen des Volkskundlichen Archives für Pommern. Band 4—5. 4°. Querformat. Greifswald, Bamberg 1936. RM. 8.—.

Dieser Ausgabe liegen 2 Werbeblätter bei, die wir der freundlichen Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen:

Deutscher Verlag für Politik und Wirtschaft GmbH., Berlin, für sein Werk „März, Jugoslawien“; Edwin Runge, Berlin-Tempelhof, für sein Werk „Ziegfeld, Deutsches Volk“.

Staatenwirtschaft

Beiträge zum Staatshandeln in den Außenwirtschaften

STÄNDIGE BEILAGE ZUR ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

Schriftleitung: Dr. Arnold Seifert, Leipzig

1938

März

Nr. 2

ERNST SAMHABER:

Ist der Weltmarktpreis noch König?¹⁾

Nach den Gesetzen der Natur fließt das Wasser den Berg hinab. Keine Beschwörung des Menschen kann es umgekehrt den Berg hinansteigen lassen. Nach „rein wirtschaftlichem“ Denkgesetz strömt die Ware aus dem Lande, wo sie billig ist, in das Land, wo sie teuer ist, und umgekehrt das Geld aus dem teuren in das billige Land, um so einen Ausgleich herbeizuführen. Aber der Warenstrom kann beeinflusst werden, denn er vollzieht sich nicht mechanistisch nach selbsttätigen Gesetzen, sondern nach dem Willen des Menschen. Wenn der Warenstrom höheren Gesichtspunkten als den rein wirtschaftlichen widerspricht, so kann gesammelter, organisierter menschlicher Wille, d. h. der handelnde Staat, eingreifen, den Fluß des Warenstromes ändern oder ihn sogar in die entgegengesetzte Richtung umkehren.

Je größer das Preisgefälle zwischen den Ländern ist, und je mehr dies auf besondere, nicht in der Wirtschaft liegende Ursachen zurückzuführen ist, desto notwendiger wird das Eingreifen der staatlichen Wirtschaftsführung werden. Wo der einzelne vielleicht von der Wucht widriger Konstellation wirtschaftlicher Kräfte erdrückt würde, kann die Gemeinschaft durch festes Zusammenstehen solchem Schicksal trotzen. Das freie Spiel der Kräfte wird dann allerdings ausgeschaltet werden müssen, auf die Annehmlichkeiten, die es auch dann noch einzelnen bieten kann, muß verzichtet werden, bis das Preisgefälle wieder ausgeglichen ist. Auf dieses Ziel wird das Eingreifen des Staates in erster Linie ausgerichtet sein: in Zeiten der Krise die verheerenden Auswirkungen der Preisspannen zu überbrücken und dann dem Übel auf den Grund zu gehen, d. h. nicht die äußeren Erscheinungen, sondern die tieferen Ursachen zu beheben. Die Frage ist, ob das Geschehen des letzten Jahrzehntes erklärt werden kann lediglich als ein Wechsel der Defensiv- und Offensivpositionen, die die staatlichen Wirtschaftsführungen der verschiedenen Länder gegenüber den Gefällen der Weltmarktpreise bezogen haben, oder ob das Vordringen der staatlichen Beeinflussungsmaßnahmen die relative Bedeutung des Weltmarktpreises für die einzelnen Volkswirtschaften und für die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Völker generell vermindert hat.

1) Vgl. dazu den Aufsatz „Politischer Machtfaktor Gold“ von Heinrich Rittershausen in: Staatenwirtschaft Nr. 2, September 1937, S. 781 ff.

Die Hochkonjunktur der Jahre 1928/1929 beruhte in hohem Maße auf den großen Krediten, die von Nordamerika, England, Holland und der Schweiz nach Mitteleuropa gegeben wurden. Diese gewaltigen Summen, die allein bei Deutschland rund 25 Milliarden Reichsmark ausmachten, haben es verhindert, daß der Warenstrom die Richtung gewann, die sich aus den Folgen des Weltkrieges hätte ergeben müssen.

Deutschland hatte fast seinen gesamten Auslandsbesitz verloren, es mußte ungeheure Kriegslasten aufbringen und den durch die Inflation zusammengeschrumpften Goldvorrat wieder auffüllen. Dazu wäre es notwendig gewesen, daß der deutsche Außenhandel einen starken Ausfuhrüberschuß aufgewiesen hätte. Das Gegenteil war der Fall. Die fremden Gelder ermöglichten es Deutschland, sich einen starken Einfuhrüberschuß zu leisten, der zu den politischen Schulden noch den Berg der privaten häufte. Gewiß war es nötig gewesen, die deutschen Fabriken zu rationalisieren, den Maschinenpark aufzufrischen, die leeren Rohstofflager neu zu versorgen. Aber nachdem dieser Prozeß abgeschlossen war, hätte kein Pfennig Kredit mehr nach Deutschland kommen dürfen. Es kam aber anders.

Das Ausland, vor allem Nordamerika, sperrte sich willensmäßig — sei es durch Schutz-zölle, sei es durch Einfuhrverbote —, deutsche Waren in genügender Menge aufzunehmen. Als es den Berg der Kredite nicht weiter aufstürmen wollte, ja sogar Bezahlung der kurzfristigen Schulden verlangte, sollte diese in Form von Gold und nicht von Waren erfolgen. Dieses Verlangen ließ aus der amerikanischen Börsenkrise vom Herbst 1929 erst die große Weltkrise werden, wobei politisch-wirtschaftliche Manöver, wie der Youngplan, den wahren Sachverhalt nur zeitweilig verschleiern konnten. Der Zusammenbruch der Jahre 1930 bis 1933 war um so jäher, als er sich in erster Linie auf der Geldseite und nicht der Warensseite abspielte.

Es ist bewunderswert gewesen, wie die deutschen Banken in jenen kritischen Monaten vom Herbst 1930 bis zum Juli 1931 dem Ansturm Widerstand geleistet haben, bis sie zusammenbrachen. Damals wurden rund 5 Milliarden Reichsmark zurückgezahlt, nicht durch Waren, sondern durch vorsorglich bereitgestellte Reserven. Aber damit war auch die deutsche Kraft erschöpft, der Zusammenbruch der Banken unvermeidlich geworden. Sollte die Vernichtung der gesamten Volkswirtschaft vermieden werden, mußte der Staat eingreifen. Seine Aufgabe war es, den Abzug der fremden Gelder aufzufangen und auf die Warensseite hinüberzuleiten durch Steigerung der Ausfuhr. Als Mittel erschien der deutschen Regierung damals nur der Druck auf die Preisentwicklung möglich. Darin lag ihr Fehler, an dem sie scheitern sollte. Die Deflationspolitik der liberalistischen deutschen Wirtschaftsbehörden vor 1933 wollte ein Preisgefälle schaffen, das den Abstrom der deutschen Waren in alle Welt ermöglichen sollte. Aus diesem Gedanken heraus drückte die Regierung im Reiche die Preise so stark, daß der innere Wirtschaftskreislauf ins Stocken geriet, aber sie wurde in ihren Hoffnungen auf Steigerung der Ausfuhr bitter enttäuscht, als nun — zusammen mit der allgemeinen Schrumpfung der Weltnachfrage — die anderen Staaten den Kampf mit dem deutschen „Dumping“, wie sie es nannten, aufnahmen.

Man kann die Geschichte der letzten zehn Jahre fast ganz unter dem Gesichtspunkt des Kampfes um das richtige Preisgefälle in der Welt betrachten. Von 1930 an beginnt ein Wettlauf der Staaten um die Palme des Sieges, die niedrigsten Ausfuhrpreise der Welt zu haben. Lag im deutschen Bestreben noch ein gewisser Sinn, der sich aus dem Zwang der Bezahlung der politischen wie der privaten Schulden ergab, so läßt sich die defensive Haltung der staatlichen Wirtschaftsführung anderer Länder nur aus der Unfähigkeit erklären, eine große Menge fremder Güter aus der Auflösung der Auslandsguthaben ohne Brachlegung der heimischen Arbeitskraft aufzunehmen. So wurde die zweifellos höchst alibiberale Forderung, der Staat möge mit totaler Defensive eingreifen, zum Programmpunkt der im Innern meist gerade um die Erhaltung des „liberalen status quo“ bemühten Kräfte. Der Wettlauf der staatlichen protektionistischen Maschinerien bekam überdies dadurch ein

eigenes Gesicht, daß die Rohstoffpreise schneller sanken als die der Fertigwaren. Das mag auf den ersten Blick überraschen, wenn wir davon ausgehen, daß der Preisdruck von den hochindustrialisierten mitteleuropäischen Ländern herkam. Aber diese Entwicklung ergab sich aus der modernen Technik dieser Länder, die durch Steigerung der Abbaufähigkeit auch geringwertiger Erze, und aus der Wissenschaft, die durch Züchtung widerstandsfähigerer Pflanzen die Erzeugung von Lebensmitteln und Rohstoffen in ungeahnter Weise gesteigert hatten. Das Auseinanderklaffen der Preise, das sich so durch die verschiedene Entwicklung von Rohstoff- und Fertigwarenpreisen ergab, führte dazu, daß Deutschland seine Schulden leichter abtragen konnte, daß also der Sinn und der tiefere Zweck der Preisveränderung erreicht wurde.

Wer Lust am Theoretisieren hat, kann diesen Gedankengang folgerichtig zu Ende denken; etwa so: Bei den gleichen Preisen des Jahres 1928 hatte Deutschland 1932 einen Einfuhrüberschuß von einer Milliarde Mark ausgewiesen, während die Statistik bei den wirklichen Preisen einen Ausfuhrüberschuß von fast 3 Milliarden zeigte. Wäre das so weiter gegangen, und hätte sich die Industrie in diesen Prozeß ganz eingliedern können, nachdem sie erst einmal auf das neue Preisniveau eingespielt gewesen wäre, so kann man sich ausmalen, welchen Aufschwung die deutsche Ausfuhr in den darauf folgenden Jahren hätte nehmen können. Die große Arbeitslosigkeit hätte von dieser Seite her aufgefangen werden können, man hätte — usw. usw. Eine solche Hoffnung rechnete mit dem Fortdauern einer überwiegend liberalistischen Haltung bei den anderen, nicht aber bei sich, d. h. nicht mit der Tatsache, daß sich die wachen Staatsführungen fremder Länder gegen die Überschwemmung mit deutschen Waren zur Wehr setzen würden.

Es ist allein angesichts des Tempos und Ausmaßes der Zersprengung des damals eingespielten internationalen Preisgefälles nicht richtig, nachträglich die Vorgänge der Jahre nach 1931 mit logischen Plänen begreifen zu wollen. Dazu war der Sturm zu jäh und unerwartet. In der Panikstimmung ergriff jedes Land rein defensiv die Maßnahmen, die sich ihm aufdrängten. Das sollte man nicht vergessen, besonders wenn, wie wir es erleben, Maßnahmen, die nach vergeblichem Kampf und nach Zusammenbruch aller anderen Methoden in später Nachtstunde von einem verzweifelten Kabinett beschlossen wurden — wie das Abgehen des Pfundes vom Goldstandard —, nachträglich als weiseste und bedachteste Handlungen einer weitblickenden Regierung gefeiert werden, während andere, die als grundlegender Wendepunkt in der Krise gefeiert wurden — etwa die Erklärung des Hoover-Moratoriums für die europäischen Mächte — von den Wogen der Krise als völlig unzulänglich hinweggeschwemmt wurden. Erst allmählich und erst in letzter Zeit begannen seitens der Staatsführungen in größerem Stile die Korrekturen an jenen hastigen Krisenmaßnahmen, indem zunehmend die staatlichen Eingriffe — alte und neue — der politischen, geopolitischen, sozialen, wirtschaftlichen Struktur von Land und Volk, kurz der staatenwirtschaftlichen Lage des einzelnen Landes angepaßt werden.

Der Zusammenbruch der Rohstoffpreise traf in erster Linie die Angelsachsen und von ihnen zunächst die Dominions des britischen Weltreiches. Die Vereinigten Staaten konnten noch versuchen, ein geschlossenes Wirtschaftssystem zu bilden, die Einfuhr und damit den Wettbewerb von außen abzuriegeln und im Inneren die nicht mehr exportfähigen Rohstoffe vom Staat aufkaufen und auf Lager nehmen zu lassen. Der Zolltarif des Jahres 1930 war der Ausdruck dieser Politik Hoovers. Die Folge war aber ein verschärfter Druck auf die Rohstoff-erzeuger im britischen Weltreich und in Südamerika, die sich nun eines der bedeutendsten Absatzmärkte beraubt sahen. Die Stabilisierung der Weizenpreise in Chicago bedeuteten einen verstärkten Druck in Winnipeg. Und dazu kamen die Klagen der Schuldner, die nun noch weniger in der Lage waren, ihre großen Verpflichtungen durch Sachlieferungen abzutragen.

England konnte und kann sich seinen großen Einfuhrüberschuß immer nur so lange leisten, solange es aus aller Welt Zinsen und Dividende bezieht. Aber auch dieser Zufluß hörte auf, als die Rohstoffherzeuger, die in der Hauptsache die Kapital- und Zinsschuldner waren, sich nicht mehr in der Lage zeigten, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. So sah sich England einem dreifachen Druck ausgesetzt, dem Abzug der fremden Gelder, die es zwar weiter nach Mitteleuropa ausgeliehen hatte, die aber dort festgefroren waren, der Unmöglichkeit, den Fehlbetrag in der Zahlungsbilanz aus den Einnahmen im Auslande zu decken, und der Überschwemmung durch fremde Fertigwaren, die die heimische Industrie zum Erliegen zu bringen drohten, zum mindesten aber deren Ausfuhr schwer beeinträchtigten. Die Lösung ist gemeinsam von Whitehall und City in erster Linie von der Geldseite her versucht worden, indem das Pfund um rund 40% abgewertet wurde. Daneben hat England aber zugleich über die Preisbeeinflussung hinaus mit Zollmauern einen gesicherten Binnenmarkt für seine Industrie aufgebaut. Im Jahre 1932 sollte der Schutz auf das Imperium ausgedehnt werden, und in der Tat kam es dann in Ottawa zu den bekannten Beschlüssen, die ein Viertel der Wirtschaft der Erdoberfläche dem nichtbritischen Wettbewerb entrückte. Dieser Politik sind Erfolge nicht zu bestreiten. Die Preisentwicklung konnte aufgefangen werden, und zugleich wurde das Verhältnis von Fertigwaren zu Rohstoffen wieder ausgeglichen.

Ursprünglich wird der Preis der Fertigwaren vom Fabrikanten bestimmt. Er kann sorgfältige Kalkulationen anstellen mit Selbstkosten, Gewinnspannen und Risiko. Er kann, wenn diese Berechnungen sich als verfehlt erweisen und der Preis nicht zu erzielen ist, den er nach seinen Berechnungen haben müßte, sein Werk stilllegen oder wenigstens auf Kurzarbeit setzen. Der Landwirt kann das nicht. Wenn er sät, weiß er weder, wie groß seine Ernte sein wird, noch kann er ausrechnen, wie groß die Ernte der anderen sein wird, von denen der Preis abhängt, den er auf dem Weltmarkt erzielt. In der Krise hat die Industrie in aller Welt die Arbeiter entlassen und die Preise nur langsam gesenkt, die Landwirtschaft die Produktion gehalten, dafür den schweren Zusammenbruch ihrer Preise erlebt. Die Abwertung des Pfundes brachte für die englische Wirtschaft den Umschwung, denn jetzt gingen die Kalkulationen der Industrie fast um den Betrag der Abwertung zurück (die Preise blieben in Pfund Sterling fast unverändert), während die Rohstoffe sich vom Weltmarkt, also vom Goldpreis, beeinflussen ließen. Da dort die Tendenz weiter nach unten gerichtet blieb, stiegen sie nur etwas, in Pfund gerechnet; aber der Gegensatz des Auseinanderklaffens war nicht mehr so stark.

Die Auswirkung dieser Politik machte sich erst voll geltend, als Washington 1933 daranging, den Dollar abzuwerten, weil die inneren Spannungen aus dem Gegensatz von Rohstoffen und Fertigwaren die Landwirtschaft zu zerschlagen drohten, die Industrie völlig daniederlag und die Banken den an sie gestellten Anforderungen innerhalb selbst des großen Goldbestandes nicht gewachsen waren. Erst die Dollarabwertung brachte es der Welt zum Bewußtsein, daß die Fertigwarenpreise über die bisherigen Abwertungen der Krise und der gesenkten Selbstkosten hinaus um 40% gesenkt waren, und zwar ausgehend gerade von den beiden Gläubigerländern, die 1929 beide über je 80 Milliarden RM. Auslandsguthaben verfügten. Der Warenstrom, der 1932 ein normales

Gefälle anzunehmen versprach, wurde jäh gestoppt und in sein Gegenteil verkehrt. Das bedeutete für die anderen Länder: Wenn verheerende Erschütterungen vermieden werden sollten, die sich von dieser Lage ergeben mußten, so blieb nur das Eingreifen des Staates übrig.

Seit 1933 kämpfen die nichtangelsächsischen Staaten den schweren Kampf, den Strom der Waren nicht bergab entsprechend den Preisen fließen zu lassen. Sie haben die verschiedensten Mittel versucht. Die Goldblockländer, Frankreich, Holland, die Schweiz und — eine Zeitlang — Belgien versuchten, durch Einfuhrerschwerungen, Zollerhöhungen, Kontingente und Verbote ihren Außenhandel so lange zu retten, bis sie die Preise im Inneren tief genug hinabgedrückt hätten. Sie befolgten also das deutsche Beispiel von 1930—1932 aber unter völlig veränderten Begleitumständen. Nach schwersten inneren Kämpfen und nach einer außerordentlichen Krise haben sie im Jahre 1936 den Kampf aufgegeben und die Währungen absinken lassen, nachdem der Widerstand Frankreichs unter der Volksfrontregierung Blum, trotz aller großen Ankündigungen erlahmt und schließlich zusammengebrochen war. Belgien hatte diesen Schritt bereits 1935 vollzogen. Italien schloß sich der Abwertung 1936 an. Dabei waren sich alle Staaten darüber klar, wo eigentlich die „Schuld“ lag: in der unsinnigen Abwertungs politik der Angelsachsen, die gewaltige Goldmengen in London und in Nordamerika „sterilisiert“ aufhäuften, statt ihre Währungen wieder gegenüber den anderen Valuten auspendeln zu lassen. Da weder Pfund noch Dollar steigen durften, mußten Franken und Gulden sich (etwa auf der ursprünglichen Basis) unten treffen. Aber damit wuchs nur die Unsicherheit, weil das Gold als unmittelbare Grundlage der Tauschbeziehungen und Währungen ausgeschaltet war. Man erkennt hier die ungeheure Macht, die die Staatsführungen in der modernen Weltwirtschaft durch ihre Position an den „Schalthebellen der Stauwehre des Preisgefälles“ besitzen, und man sieht auch, welche Höhe die Einsätze zum Guten und zum Bösen, die sich in der Nähe dieser Schlüsselstellungen massieren, erlangt haben.

Deutschland ist 1933 ebenfalls in den Strudel dieser angelsächsischen Preis- und Währungspolitik gezogen worden, was an dem Rückgang des Außenhandels von Monat zu Monat (besonders in der ersten Hälfte von 1934) schreckhaft sichtbar wurde. Und es ist nun das Entscheidende in der Beurteilung der heutigen Lage der Wirtschaft der Welt, daß es die deutsche Regierung damals ablehnte, dem tollen Spiel der Abwärtsbewegung der Preise zu folgen. Sie schuf neue Kampfmittel. Ausgehend von einer Stabilisierung der Fertigwarenpreise im Inneren und einer Angleichung der Agrarpreise nach dem nationalen Gesichtspunkt der Erhaltung der deutschen Landwirtschaft wurde die Spanne, die sich so gegenüber dem herumirrlichternden „Weltmarktpreis“ ergab, überbrückt. Die Einrichtung der Skrips, der mit einem Disagio verbundenen Vergütung bei der Zahlung der fälligen Zinsen durch Warenlieferungen aus Deutschland, war der Anfang, dem sich bald verfeinerte Methoden anschlossen. Aber bald mußte man erkennen, daß das schwierigste Problem nicht bei der Ausfuhr, sondern bei der Einfuhr lag.

Hatte die Entwicklung von 1930—1933 den Zusammenbruch der Preise bei den Rohstoffen und deren drängenden Überfluß gebracht, so begannen jetzt umgekehrt nach den Abwertungen die Fertigwaren vom Ausland nach Deutschland zu strömen, während die Rohstoffe nicht den nötigen Gewinn abwarfen, um längere Zeit auf Zahlung zu warten, als die Devisenbilanz immer ungünstiger wurde. Als der Goldvorrat der Reichsbank nicht mehr ausreichte, die kaufmännischen Verpflichtungen des Einfuhrhandels sofort zu befriedigen, sondern dieser ausschließlich auf den Eingang von Devisen aus der Ausfuhr angewiesen war, drohte der deutsche Import sich von den Rohstoffen auf die Fertigwaren umzulagern. Ein verhängnisvoller Zu-

stand! Hätte er sich frei ausgewirkt, so wäre der deutsche Export an Mangel an Rohstoffen zum Erliegen gekommen, hätten wir unsere Lager aufgezehrt auf Kosten einer entsetzlichen Arbeitslosigkeit und wären schließlich doch gezwungen gewesen, die Fertigwarenpreise durch künstliche Maßnahmen, wie Abwertung der Mark zu senken. Da griff der Neue Plan ein. Sein Gedanke war hauptsächlich die Abdrosselung der Fertigwareneinfuhr durch die Überwachungsstellen, damit die Eingänge aus der Ausfuhr in erster Linie für die Einfuhr der lebensnotwendigen Rohstoffe zur Verfügung stünden. Dieses Ziel konnte nur begrenzt erreicht werden, weil die fremden Staaten darauf bestanden, Fertigwaren nach Deutschland liefern zu dürfen, und so mußte Position für Position in Handelsvertragsverhandlungen ausgekämpft werden. Bei den ausgesprochenen Rohstoffländern wie Südamerika lagen die Dinge sehr viel einfacher, dort konnte ein Clearing eingerichtet werden, wobei die Handelsbeschränkungen auf den Ausgleich zwischen Einfuhr und Ausfuhr begrenzt blieben.

Wenn wir so gesehen haben, wie die Angelsachsen durch ihre Währungspolitik die ganze Welt in Unruhe versetzten, so müssen wir jetzt sehen, wie sie an anderer Stelle mit ihren eigenen Waffen geschlagen wurden. 1931 hat Japan den Yen abgewertet, aber gleich so gründlich, daß die Angelsachsen dagegen nicht ankamen, nämlich auf ein Drittel der ursprünglichen Wertes. So konnte Japan den Vorteil wahrnehmen, der sich aus dem steten Absinken der Rohstoffpreise, vor allem der Baumwolle, ergab, und eine blühende Exportindustrie aufziehen. Die großen Gewinne, die sich daraus ergaben, hat es in einen technischen Ausbau neuer Fabriken hineingesteckt, die zusammen mit der billigen Arbeitskraft und staatlicher Unterstützung Japan zum ersten Ausfuhrland von Baumwollerzeugnissen machte. Gestützt auf diese Erfolge, hat dann Japan auch andere Exportindustrien großgezogen, besonders in Wollwaren und Kunstseideartikeln. Die Entwicklung, die bei den Angelsachsen also erst zwei Jahre später eintritt, hat Japan vorweggenommen, und es hat dementsprechend auch große Erfolge erzielen können. Es erschien in der ganzen asiatischen Welt als unübertroffener Lieferant billiger Massenartikel.

Es dauerte nicht lange, bis sich auch hier die Staaten gegen das Gefälle des Warenstromes stemmten, das sich aus den Preisverhältnissen ergab. Die Gründe waren sehr verschieden. In China überwogen politische Erwägungen, Boykott wegen der Vorgänge im Norden und vor Schanghai, in Britisch-Indien war es die Rücksicht auf die heimische Baumwollindustrie, in Niederländisch-Indien war es der Wunsch, die Zahlungsbilanz auszugleichen, in Australien das Bestreben, den Waren des Empires den Vorrang zu geben, obwohl die Handelsbilanz den Kauf japanischer Waren zur Bezahlung der japanischen Wollkäufe sehr nahelegte. Stets sind es auch außerwirtschaftliche Erwägungen, die aber die japanische Wirtschaft immer wieder daran erinnern, daß ihre wirtschaftlichen Voraussetzungen so lange ungenügend sind, als die gesicherte Rohstoffbasis fehlt und Japan gezwungen bleibt, für die Bezahlung seiner Rohstoffe eine starke Ausfuhr zu unterhalten. Das mußte sich um so empfindlicher auswirken, als die Preisentwicklung der Rohstoffe nicht weiter bergab führte, sondern vor allem mit der großen britischen Aufrüstung scharf nach oben ging. Jetzt konnte auch die gesteigerte Ausfuhr den Rohstoffbedarf nicht mehr decken, der sich mit den neuen Preisen ergab, und dazu kam, daß der Preisvorsprung durch den Yenabwertung langsam aber sicher mit der Preissteigerung im Inlande verloren ging. Während die Ausfuhr mit immer größeren Schwierigkeiten politischer Art zu kämpfen hat,

wird auch der wirtschaftliche Vorsprung immer kleiner. Die Preisentwicklung geht heute gegen Japan, und das Absinken der Rohstoffpreise seit Herbst 1937 hat nur eine ungenügende Erleichterung gebracht.

So ergibt sich besonders aus dem deutschen Beispiel vor 1933, daß der deflationistische Druck auf die eigenen Preise als Mittel regulativer staatlicher Einwirkung, die sich in dem Rahmen der „normalen“ Praxis der Zentralnotenbank, der Steuer- und der Sozialgesetzgebung abspielt, unzeitgemäß geworden ist. Gegenüber den angelsächsischen Goldmächten ergaben sich neue Kampfmittel zwangsläufig gerade aus den Methoden, mit denen sich diese Mächte über die „liberalen Spielregeln“ hinwegsetzten, nach denen ganz absolut der Preis König war. Die neuen Kampfmittel werden von den Staatsführungen mehr oder weniger autoritär bestimmt, wobei das deutsche Beispiel als Typus defensiver Planung, das japanische als Muster offensiver Lenkung gelten mag. Der Preis ist nicht länger König, König ist der politisch-wirtschaftliche Wille der Völker.

ARNOLD SEIFERT:

Staatliche Preissteuerung und Ausfuhrlenkung in Neuseeland

Der Übergang der neuseeländischen Regierung zu totaler staatlicher Lenkung der Ausfuhr von Molkereiprodukten ist ein Musterfall staatenwirtschaftlicher Aufbauarbeit in der internationalen Preisbildung. Neuseeland kennt als verhältnismäßig junges Kolonialland das Problem Agrarstaat—Industriestaat so gut wie nicht. Seine Staatsführung ist daher in der beneidenswerten Lage, unbeschwert von dem Motiv einer „Verteidigung oder Flucht vor der Krise“ vor sehr eindeutigen Problemen zu stehen. Das macht das dortige Geschehen für eine plantheoretische Bewertung in Verbindung mit den vorstehenden Gedanken Ernst Samhabers besonders geeignet.

Am 6. Dezember 1935 ist in Neuseeland eine Labour-Regierung ans Ruder gekommen, die sich am 15. Mai 1936 durch ein Gesetz „zur Marktregelung der Bodenprodukte“ (Primary Products Marketing Act, 1 EDW. VIII, 1936, No. 5) ermächtigen ließ, den Binnen- und Außenhandel mit allen Bodenprodukten zu verstaatlichen, wobei in erster Linie die Planung der Ausfuhr von Milch, Butter, Käse (und Nebenprodukten) und von solchen Produkten ins Auge gefaßt ist, die üblicherweise im Milchgutsbetrieb hergestellt werden, also vor allem die Erzeugnisse der Rinder- und Schweinezucht.

Weltbutterausfuhr 1932—1936 (in t).

Länder	1936	1935	1934	1933	1932
Dänemark	143 896	136 116	147 460	148 334	155 306
Neuseeland	139 810	139 466	130 725	131 760	109 277
Australien	82 889	102 898	110 171	94 434	102 258
Niederlande	59 235	46 047	36 304	27 925	20 056
U. d. S. S. R.	22 732	28 929	37 305	36 617	30 446
Irland	25 907	26 549	25 396	20 193	16 488
Schweden	18 806	19 939	22 836	16 857	13 333
Lettland	17 017	16 550	15 453	15 399	18 304
Litauen	14 398	11 962	9 518	9 429	9 770
Finnland	13 766	10 081	10 923	11 697	14 295
Argentinien	10 107	6 753	8 191	13 688	24 963
Estland	10 782	10 667	9 958	9 079	12 333

Neuseelands Hauptwirtschaftszweige sind Milchwirtschaft, Viehwirtschaft, Wollerzeugung und Obstbau. Wie aus der Zahlenübersicht hervorgeht, kämpft Neuseeland mit Dänemark um den Rang des größten Butterausfuhrlandes der Welt, den es für Käse unbestritten innehat. Die Ausfuhr dieser beiden Produkte macht zwei Fünftel der Gesamtausfuhr des Dominions aus.

I.

In der Präambel zum Gesetz heißt es, daß die Regierung die Verstaatlichung des Handels mit allen Bodenprodukten erstrebe, wozu Fleisch, Wolle, Häute, Früchte, Honig, Eier usw. gehören, die zusammen mit den Molkereiprodukten rund 96% der neuseeländischen Ausfuhr ausmachen. Sie wolle indessen schrittweise vorgehen und zunächst mit der Verstaatlichung der Butter- und Käseausfuhr einen Anfang machen, um Erfahrungen für einen Gesamtplan zu sammeln. Am 1. August 1936 beseitigte sie mit einem Schlag den privaten Ausfuhrhandel mit Butter und Käse, am 29. August ging das erste Schiff mit „Regierungsbutter“ in See, und am 9. Oktober 1936 verließ die letzte private Schiffsladung mit Butter und Käse Neuseeland.

Die Männer, die sich an dieses Experiment gewagt haben, bezeichnen sich als Sozialisten. Sie wollen drei Punkte ihres politischen Programms erfüllen: Der neuseeländische Bauer soll erstens sicher sein können, für das, was er erzeugt, immer auch Absatz zu finden; er soll zweitens nicht länger mehr den Schwankungen der Weltmarktpreise und der internationalen Spekulation auf den Produktenmärkten ausgesetzt sein, es soll ihm vielmehr die Stetigkeit der Preise über lange Zeiträume hinweg gesichert werden; drittens soll er einen sozial gerechten Preis gewährleistet bekommen.

Den Absatz sichert das Gesetz (§ 18), indem es ein Regierungseigentum an aller Ausfuhrware präsumiert:

„Alle Molkereiprodukte, deren Ausfuhr beabsichtigt ist, werden Eigentum der Krone, d. h. der Neuseeländischen Regierung, sobald sie mit Zustimmung des Ministers zum Zwecke der Ausfuhr aus Neuseeland an Bord irgendeines Schiffes gebracht werden. Im gleichen Augenblick werden sie frei von allen Rechten, Rechtstiteln oder Ansprüchen Dritter.“

Für die so in den Besitz der Krone gelangten Produkte zahlt das „Ausfuhramt“, das als „Primary Products Marketing Department“ den Rang eines Ministeriums hat, den Preis, der durch Kabinettsorder des Generalgouverneurs jährlich festgesetzt wird. Der erste Preis ist in einem vorgeschriebenen Verfahren (§ 20) nach Erfahrungswerten ermittelt worden. Es wurde der gewogene Durchschnitt der in Neuseeland in den zehn Jahren vom 1. August 1925 bis 31. Juli 1935 für Exportbutter und Exportkäse annähernd gleicher Art und Güte erzielten Preise zugrunde gelegt. Das waren etwa je zur Hälfte „gute“ und „schlechte“ Jahre. Man kam für die Grundpreisqualität Butter („Feinste Sorte 93 bis 93½ Punkte“) auf 1 s. 11/16 d. N.Z. für das (engl.) Pfund und auf 63 1/32 d. N.Z. für das (engl.) Pfund Vollfettkäse der Grundpreisqualität „Erste Sorte 92 bis 92½ Punkte“. (Dairy Produce Export Prices Order, S. N. 27/16. g. 1936, §§ 3, 4.) Diese Preise haben vom 16. September 1936 bis zum 31. Juli 1937 unverändert gegolten. Am 1. August 1937 sind neue festgesetzt worden, mit denen nun erstmalig unternommen wurde, auch die Festlegung eines sozial gerechten Preises zu verwirklichen. Das Verfahren regeln die Absätze 4 und 5 des § 20:

„(4) Bei Festsetzung der Preise für Molkereiprodukte, die nach dem 31. Juli 1937 ausgeführt werden, sollen die vordem festgesetzt gewesenen Preise und folgende Punkte berücksichtigt werden:

- a) das öffentliche Interesse an der Erhaltung der Stabilität der Milchwirtschaft;
- b) die Kosten einer Höchstleistungserzeugung von Molkereiprodukten;

- c) der allgemeine Lebensstandard der Personen, die in der Milchwirtschaft beschäftigt sind, verglichen mit dem allgemeinen Lebensstandard in Neuseeland;
 d) eine Schätzung der Absatzspesen und der allgemeinen Verwaltungskosten des Ausfuhramtes;
 e) sonstige wichtig erscheinende Gesichtspunkte.
 (5) Wenn die in Abs. 4 erwähnten Punkte sorgfältig berücksichtigt worden sind, sollen die Preise für nach dem 31. Juli 1937 auszuführende Molkereiprodukte so festgesetzt werden, daß ein tüchtiger, in der Milchwirtschaft beschäftigter Erzeuger unter üblichen Bedingungen und normalen Verhältnissen eines Nettoertrages seines Betriebes sicher ist, der ausreicht, um ihn und seine Familie in einem angemessenen Zustand des Wohlstandes zu erhalten.“

Einzelheiten darüber, wie dieser „gerechte“ Preis praktisch zustande gekommen ist, finden sich in dem soeben erschienenen ersten Jahresbericht des neuen Ministeriums (Primary Products Marketing Department, Annual Report and Accounts for the Year ended 31st July, 1937, Wellington 1937, S. 5 ff.), der auch für deutsche Stellen (Reichsnährstand usw.) sehr interessante Einblicke eröffnen, mindestens einen hohen Vergleichswert haben dürfte. Im Sommer 1937 wurde ein Guaranteed Prices Investigation Committee eingesetzt, das eine Umfrage bei 21500 Bauern veranlaßte, von denen 19307 verwertbare Angaben machten. Gefragt wurde nach dem Umfang der Herden, dem Durchschnittsertrag an Milchkett per Kuh und per Acker, nach den Beschäftigungsverhältnissen auf dem Gut in bezug auf die Zahl der männlichen und weiblichen Arbeitskräfte und des Arbeitsanteils der Familienmitglieder und nach dem Verhältnis der Zahl der männlichen Arbeitskräfte zum Herdenumfang. Außerdem wurde eine sorgfältige Erhebung über die Betriebskosten des üblichen Milchgutsbetriebes und dann weiter über die Betriebsrechnung der Molkereien durchgeführt. Als Standardleistung, die von „jedem tüchtigen Bauern unter üblichen Bedingungen und normalen Verhältnissen“ erzielt werden kann, wurden 100—175 (engl.) Pfund Milchkett per Acker und 258 (engl.) Pfund Milchkett per Kuh errechnet. (Aus einer Gewichtseinheit Milchkett ergibt sich bekanntlich eine etwas größere Einheit Butter.)

Nach Ermittlung der Betriebslage bei Zugrundelegung dieses Durchschnittsstandards für den einzelnen Milchgutsbetrieb (unter sorgfältigem Einbezug aller Kleinigkeiten bis zu den gelegentlichen Telefonspesen und den Mitgliedsbeiträgen für die landwirtschaftlichen Organisationen) und ferner unter Ansatz der Molkereibetriebskosten und der sonstigen Spesen bis zur fob-Lieferung hat der Generalgouverneur den Preis für die Saison 1937/38 auf 13, 25 d. NZ. für das (engl.) Pfund Butter der Grundpreisqualität und auf 7,54 d. NZ. für das (engl.) Pfund Käse der Grundpreisqualität festgesetzt. Der zugrunde gelegte Durchschnittsertrag kann von jedem tüchtigen Bauern erreicht oder übertroffen werden, und die Regierung erblickt in der sofortigen pekuniären Auswirkung einer Mehrleistung den Hauptanreiz zur Höchstleistung. Sie ermutigt den Bauern außerdem zur Lieferung nur des besten Gütegrades und damit zur Erzielung des höchsten Ertrages durch die Staffellung der Preise nach Gütegraden. Nach dieser Staffellung gehörten von den im ersten Betriebsjahr 1936/37 für Ausfuhrzwecke angelieferten 149810 t Butter und 86708 t Käse den einzelnen Graden folgende Hundertteile an:

Gütegrade (lt. Verordnung vom 16. 9. 1936)	Butter %	Käse %
Feinste Sorte:		
94 Punkte und darüber.....	35,94	2,40
93—93½ Punkte.....	44,53	18,18
Erste Sorte:		
92—92½ Punkte.....	10,38	55,41
91—91½ Punkte.....	—	21,41
90—91½ Punkte.....	8,81	—
Zweite Sorte	0,34	2,60
149810 t Butter =	100,00	—
86708 t Käse =	—	100,00

Schließlich zahlt die Regierung noch Prämien für ungesalzene Butter, farbigen und tief-farbigem und gewachsenen Käse. Sie kann jedenfalls für sich in Anspruch nehmen, daß ihre Ausschaltung der unbegrenzten Bereicherungschance nicht zu einem Qualitätsschwund geführt hat. Die gewiß noch keine endgültige Beurteilung erlaubenden Ziffern des ersten Jahres lassen gegenüber 1935/36 immerhin schon eine Verschiebung der Produktion nach den höheren Gütegraden hin erkennen. Gegenüber 1935/36 stieg bei Butter die Anlieferung „Feinster Sorte“ von 76,5 auf 80 %, während der Anfall „Erster Sorte“ von 22,4 auf 19,1 % zurückging. Ähnlich, wenn auch nicht ganz so günstig, ist die Entwicklung beim Käse.

Den Vertrieb im Ausland hat das Ausfuhramt im wesentlichen in eigener Regie. Das Hauptabsatzfeld sind die britischen Inseln. Von den 149 003 t Butter, die 1936/37 aus Neuseeland ausgeführt worden sind (gegen 141 448 t in 1935/36), sind nicht weniger als 97,9% nach England gegangen:

Neuseeländische Butterausfuhr 1936/37	t	%
Großbritannien	145 935	97,9
Panama-Kanalzone	922	0,6
Hawai	649	0,4
Britisch-Westindien (Bahamas, Bermudas, Jamaika)	449	0,3
Andere Gebiete (Kanada, USA, Japan, China, Philippinen, Singapore, Indien)	1 148	0,8
Insgesamt	149 003	100,0

Noch ausschließlicher ist im Falle des Käse England der Abnehmer; 1935/36 gingen von 85 169 t 99,8% nach den britischen Inseln; der Rest (180 t) wurde nach China, Jamaika und in die Panama-Kanalzone verkauft. So versteht sich, daß der Schwerpunkt der Absatztätigkeit des Ausfuhramtes in England liegen muß. Das Amt unterhält in London eine eigene Organisation, die „Dairy Sales Division“, die den Absatz in England betreut und außerdem — in Verbindung mit einem „Trade and Tourist Commissioner for Europe“ in Brüssel — um eine Erweiterung des Geschäfts auf dem Kontinent bemüht ist.

II.

Die Zahlung an die Erzeuger erfolgt durch das Ausfuhramt im Augenblick der Lieferung frei Bord Schiff, und zwar nicht an die Bauern direkt, sondern an die Molkereien, die aber überwiegend genossenschaftliche Zusammenschlüsse der Bauern sind und gesetzlich verpflichtet werden, für Milchwett, das zum Buttern geliefert wird, 13,88 d. NZ. (1936/37: 13,5 d. NZ.) per (engl.) Pfund, und solches, das für die Käseherstellung verwandt werden soll, 15,88 d. NZ. (1936/37: 14,5 d. NZ.) per (engl.) Pfund zu zahlen. (Das in Käsereien gelieferte Milchwett enthält noch die Magermilch, die daher nicht zur Rinder- und Schweinezucht zur Verfügung steht.) Das Amt nimmt die Beträge aus einem besonderen Konto, dem „Dairy Industry Account“, das bei der Reserve Bank of Zealand errichtet worden ist. Diese Bank ist von der Regierung durch § 12 der Reserve Bank of New Zealand Act von 1936 vollständig verstaatlicht, zu der zentralen Devisenbank gemacht und ermächtigt worden, jederzeit ein Überziehen des Dairy Industry Account zu ermöglichen.

Wenn also die Erlöse aus den Auslandsverkäufen von Butter und Käse, die das Ausfuhramt auf das Dairy Industry Account einzahlt, kleiner sind als die Summen, die zur Bezahlung der gesetzlich erworbenen Butter- und Käsemengen (und zur Bezahlung der Absatz- und Verwaltungskosten) nötig sind, so springt die Reserve Bank mit eigenen Mitteln ein, die schließlich aus dem normalen Staatshaushalt abgedeckt werden müssen. Es richtet sich somit der Stand des Account danach, wie weit die den Molkereien (und damit den neuseeländischen Bauern) gezahlten Preise mit den im Ausland erzielten Preisen übereinstimmen. Ein gesetzlicher Zwang, die Weltmarktpreise in Einklang zu bringen mit dem Preis, der dem neuseeländischen Bauern garantiert wird, besteht aber nicht, und eine Angleichung ist auch unmittelbar nicht beabsichtigt! Bei Festsetzung des Grundpreises für das erste Jahr hat die Regierung die damals in „Tooley Street“, dem Londoner Butter-Großmarkt, notierten Preise gekannt und mit einem Jahrespassivsaldo des Dairy Industry Account von

548 750 £ NZ. von vornherein gerechnet. In der ersten Hälfte des Jahres schien angesichts der Entwicklung der Londoner Notierungen ein noch größeres Defizit, etwa 650 000 £ NZ., wahrscheinlich, aber der Minister für die Marktregelung, Walter Nash, erklärte schon damals, daß eine solche Summe ein angemessener Zuschuß sei, den der Bauer für seine der Gemeinschaft geleisteten Dienste erhalte („justly goes to the dairy-farmer for services rendered to the community“). Dank der Erholung der Marktpreise schloß das Jahr dann zwar mit nur 338 700 £ NZ. Fehlbetrag, aber trotz dieser immer noch erheblichen Summe sind die Grundpreise für 1937/38, wie wir sahen, unter dem Gesichtspunkt sozialer Angemessenheit erhöht worden, und wenn man die Londoner Durchschnittsnotierungen für 1936/37 zugrunde legt, so machen diese neuen Ankaufspreise einen Jahresverlust von 2 000 000 £ NZ. wahrscheinlich. Das wird indessen die Regierung von ihrer Politik nicht abbringen, denn sie ist ja eben bereit, ein etwaiges beträchtliches Defizit wieder aus dem allgemeinen Staatshaushalt zu decken.

Gewiß rechnet das Ausfuhramt — nicht unbegründet — mit ansteigenden Weltmarktpreisen, aber der entscheidende Gesichtspunkt ist das nicht, und es heißt den Sinn des ganzen Geschehens verkennen, wenn der City Editor der „Times“ am 10. August 1937 schreibt, das Experiment könne so lange noch nicht als erprobt gelten, solange es noch nicht durch eine Periode fallender Marktpreise gegangen sei. Alles, was das Ausfuhramt in dieser Hinsicht erstrebt, ist eine optimale Befreiung vom Weltmarktpreis, d. h. es wird stets bemüht sein, ein erträgliches Verhältnis zwischen den festen neuseeländischen Einkaufs- und den auswärtigen Verkaufspreisen zu schaffen. Aber primär ist ihr die Sorge um den Wohlstand und die Erhaltung der Leistungskraft des neuseeländischen Bauern, denn dieser bedeutet für Neuseeland wohl wie in keinem anderen Lande der Welt das A und O aller Wirtschaft, ist er doch nicht nur „Nährstand“ im deutschen Sinne, sondern zugleich der eigentliche Erschließer des ausfuhrfähigen natürlichen Reichtums des Landes, das nach Klima und Bodenbeschaffenheit zu milch- und viehwirtschaftlicher Nutzung — und mehr oder weniger nur dazu — ideal geeignet ist. Da aber Abmelk- und Zuchtwirtschaften in der Gesamtwirtschaftsrechnung und zum großen Teil auch im einzelnen Gutsbetrieb zusammenfließen, so sind die über das Dairy Industry Account subventionierten Bauern bereits fast alle diejenigen, die die oben-erwähnten 96% der neuseeländischen Ausfuhr Güter erzeugen, mithin derjenige Teil der Wirtschaft, der ganz überwiegend die Devisen schafft und damit auch die gewerblich-industrielle Eigenentwicklung Neuseelands erst ermöglicht. Die Welt hat aber gerade in jüngster Zeit erfahren, daß manches, was in privater Rechnungslegung Plage wäre, gesamt- oder nationalwirtschaftlich gesehen Wohltat sein kann. Das Interesse an einem laufenden Anfall von Devisen kann es in einer nationalwirtschaftlichen Erfolgsrechnung höchst sinnvoll machen, einen Ausfuhrwirtschaftszweig mit einem dauernden Zuschuß aus Mitteln der eigenen Währung zu versehen.

Zudem wirkt sich ein Vorzug der Ausfuhrplanung hier zugleich auch für den sozialen Zweck günstig aus: die Fungibilität des Handelsgutes. Butter und Käse „schreien nach Planung“, denn sie verbinden mit den Eigenschaften hochwertiger Edelerzeugnisse die der Primitivität von Massenerzeugnissen, deren Einheiten jederzeit untereinander vertretbar gehandelt werden können. Deshalb ist auch die von volkshygienischen Motiven ausgegangene Milchabsatzregelung in der ganzen Welt am stärksten bei den Ausfuhrländern entwickelt, und diese (voran Dänemark, die Randstaaten, Schweden, Holland und Australien) betreiben alle ebenfalls schon eine gewisse Lenkung der Ausfuhr. Setzt man dazu die besondere Übersichtlichkeit der ganzen neuseeländischen Erzeugungswirtschaft ins Verhältnis, so wird das System der garantierten Ausfuhrpreise in der Tat zur gerechtesten Form der Subvention, denn es kann effektiv allen der gleiche Preis gezahlt werden. Durch die Staffelung der Gütegrade wird die Bezuschussung überdies unmittelbar auf

die Leistung und damit auf die einheitliche Erhaltung der Leistungsfähigkeit des ganzen Wirtschaftszweiges im internationalen Qualitätswettbewerb abgestellt.

Ist man sich aber über das „Ob“ des laufenden Zuschusses im klaren, so kann nur noch das „Wie“ interessieren, d. h. vor allem die von der „nationalen Opposition“ in Neuseeland gestellte Frage, ob es nötig war, den privaten Ausfuhrhandel zu beseitigen, bzw. ob nicht mit Ausfuhrprämien oder anderen direkten Zuwendungen der gleiche Erfolg hätte erzielt werden können. Wir glauben es nicht. Ein direktes Subventions- oder ein Ausfuhrprämien-system alten Stils verhindert die Inangriffnahme einer wirklich umfassenden Neuordnung, weil es notwendigerweise mit der Fiktion arbeitet, einen vorübergehenden Notstand (Preissturz auf den Weltmärkten usw.) zu mildern und die vollständige Eigenverantwortung von Erzeugern und Händler wiederherzustellen, sobald wieder „normale“ Marktverhältnisse in der Welt oder wenigstens im Ottawaraum eingetreten sind. Der Zustand des den weltwirtschaftlichen Wechsellagen Ausgeliefertseins bliebe bestehen. Wenn dagegen ein laufender Zuschuß als natürlich und devisenwirtschaftlich sogar als ausgesprochen nützlich angelegt betrachtet wird, so eröffnen sich mit dieser, den nationalwirtschaftlichen Staatsgedanken instituierenden neuen Haltung, die in einem guten Sinne „politisch“ ist, sofort auch neue Perspektiven, die jede Bejahung des Plangedankens mit sich bringt. Mit einer Ausfuhrplanung, die einen Zuschuß programmatisch einbezieht, können in der Tat viele der Markt- und Preisvorteile verwirklicht werden, die auf das der neuseeländischen Regierung vorschwebende Ziel hinführen: auf die Befreiung des neuseeländischen Bauern von den Einflüssen der internationalen Spekulation und überhaupt der „profitwirtschaftlichen Unruhe“! Das ist so wichtig, daß man sagen möchte, dafür ist kein Preis zu hoch, denn eine solche Unruhe muß auf die Dauer jedes echte Bauerntum zerstören.

Man darf nach diesen Überlegungen auch keinen europäischen Maßstab daranlegen, daß die neuseeländische Regierung sich als „sozialistisch“ bezeichnet. Die „nationale Opposition“ in Neuseeland ist „national“ im Sinne von „britisch-reichstreu“, und Neuseeland gilt bekanntlich als das Land mit den stärksten britischen Traditionen. Die Labour-Regierung, die mit geringen, aber wesentlichen Nuancen nicht weniger treu zum Reichsgedanken steht, denkt in erster Linie an die Zukunft der neuseeländischen Heimat und ist also mindestens in diesem Sinne die eigentlich „nationale“. Es steht dahin, in welchem Grade sie sich dessen bewußt ist, jedenfalls kämpft sie dafür, daß Neuseeland nicht das Schicksal des amerikanischen (und kanadischen) mittleren Westens erfährt, wo vorwiegend „landwirtschaftliche Kaufleute“ ohne bauerliche Tradition in ihrer Farm eine Roggen- oder Weizenfabrik sahen, die sie je nach der Laune des „Königs Weltmarktpreis“ mit Gewinn verkauften oder im Stich ließen. Der neuseeländische Bauernschlag ist anders. Er ist bestes britisches Bauernblut, wie sich aus der Geschichte der Besiedlung eindeutig ergibt. So verbindet sich — wenn auch in einer nüchtern angelsächsischen Prägung und mehr oder weniger latent — mit der neuen Planpolitik der Labour-Regierung, soweit sie die Herausnahme der Bauernwirtschaft aus dem unmittelbar erwerbswirtschaftlichen Zusammenhang von Geld und Preis erstrebt, offenbar das Erwachen eines spezifisch neuseeländischen Nationalgefühls.

III.

Die „notorischen“ Vorteile, die jeder Ausfuhrplanung zufallen, wenn sie — mit dem Angebot eines ganzen Landes in einer Hand — in einer privatkapitalistischen Umwelt operieren kann, nutzt auch Neuseeland. Der Londoner Zweig des Ausfuhr-amtes arbeitet in Tooley Street mit 20 Maklerfirmen, die sich mit einer Kürzung ihres Provisionssatzes von 2½ auf 2% mit der Begründung zufriedengeben mußten, daß die Auflösung ihrer nunmehr überflüssig gewordenen Einkaufsfilialen in Neuseeland sie in den Stand setze, billiger zu arbeiten. Die Kürzung bedeutet eine jährliche Einsparung von 100 000 engl. £, die von Neuseeland bisher in Devisen zu leisten waren. Die Makler haben sich weiterhin verpflichten müssen, in neuseeländischen Molkereiprodukten künf-

tig nicht mehr zu spekulieren! Das hätte noch vor wenigen Jahren einmal irgendwer einem City-Makler zumuten sollen! Die einschneidende generelle Bedeutung dieser Spekulationsklausel im Wettbewerb mit den übrigen Lieferländern liegt auf der Hand. Mit der finanziellen Autorität der Staatsbank hinter sich, kann das Amt langfristig Vorräte halten und mit großzügigen Zahlungsbedingungen aufwarten. Infolgedessen gibt es im neuseeländischen Angebot auch keine Warenpartien mehr, die die Spekulation in Zeiten geringer Nachfrage aus „schwachen Händen“ billig erwerben kann.

Daneben hat die Spekulationsklausel eine besondere Wirkung. In England sind nämlich diejenigen Käufer gegen die Planregelung aufgetreten, die zu fob- oder cif-Bedingungen in Neuseeland Gelegenheitsposten erwarben, um damit zu spekulieren. Der Agent kaufte in der Annahme, daß beim Eintreffen der Ware in England die Notierung gestiegen war. Der Umfang dieser Spekulation schwankte zwischen 15 und 34 % der Butter- und 5 und 20 % der Käseausfuhr. Dadurch wurden die Preise für die Londoner Lagermengen und die laufend ankommenden Sendungen gestört, was die beträchtliche Unruhe in der Preisbildung, die durch die klimatisch bedingten Verschiebungen in der Anlieferung der verschiedenen Länder an sich gegeben ist, noch vergrößerte. Diesem Übelstand hat das Ausfuhramt, das alle Ware erst auf englischem Boden „on landing terms“ verkauft, schon durch seine bloße Existenz ausrotten können, wobei es auch gewisse Mittel haben dürfte, einer etwaigen Verlagerung solcher Spekulationskäufe von Neuseeland nach Australien entgegenzuwirken.

Das Ausfuhramt hat ferner gegenüber der Seeversicherung eine starke Stellung, und da sehr viel von rechtzeitiger und regelmäßiger Lieferung abhängt, ist schließlich auch die Aufstellung eines einheitlichen Verladungsplanes von großer praktischer Bedeutung, die ebenfalls durch die Zentralisierung erleichtert wird. Als alleiniger Verhandlungspartner kann das Amt gegenüber dem Overseas Shipowners' Allotment Committee viel mehr herausholen und bei der beschränkten Anzahl von Kühlraumschiffen die kombinierten Verladungen von Butter, Käse, Obst und Fleisch viel zweckentsprechender durchführen. Schließlich ist auch die Möglichkeit einer Zusammenfassung aller absatzpropagandistischen Maßnahmen ein nicht zu unterschätzender Vorteil des Plansystems.

Handelspolitisch ist bedeutsam, daß aus der Butter- und Käseausfuhr ein so beträchtlicher Teil des gesamten Devisenanfalls erwächst, daß es sich währungswirtschaftlich günstig auswirken muß, wenn ein solcher Posten von vornherein der privaten Verfügungsgewalt entzogen ist. Daraus ergeben sich Chancen für die allgemeine Handelspolitik, deren Nutzung der Gesetzgeber beabsichtigt. § 13 des Gesetzes ermächtigt den Minister zur Einleitung von Verhandlung mit anderen Ländern mit dem Ziele des Abschlusses von Gegenseitigkeitsabkommen. „Wenn die Regierung eines Landes neuseeländische Bodenprodukte kauft oder für sie günstige Absatzverhältnisse schafft oder beibehält, so erklärt sich die neuseeländische Regierung bereit, über die Reserve Bank of New Zealand dafür zu sorgen, daß die auf diese Weise in dem betreffenden Land entstehenden Guthaben ganz oder teilweise für den Ankauf von Erzeugnissen des betreffenden Landes verwandt werden.“ Das erste Abkommen dieser Art ist mit Deutschland abgeschlossen worden und am 1. Januar 1938 in Kraft getreten. Deutschland hat sich u. a. verpflichtet, ein Kontingent für Butter und Obst einzuräumen.

Der § 13 bezieht also unmittelbar bestimmte Einfuhren in die Ausfuhrplanung für Molkereiprodukte ein. Auch hier wirkt sich demnach sofort einer der obersten Erfahrungssätze der Planwirtschaft aus: ein Teilplan zieht zwangsläufig weitere Planungen nach sich. Hier haben wir bereits den Staatseinfluß auf die Fertigwareneinfuhr, und die Preisbildung und Marktregelung für Butter und Käse auf dem Binnenmarkt, die das Gesetz vorsah und die am 1. Februar 1937 durchgeführt wurde, ist ebenfalls ein Zeichen für das Wirken dieses Erfahrungs-

satzes¹⁾. Ein weiterer Schritt aber ist in jüngster Vergangenheit getan worden. Im November 1937 brachte die Regierung ein Ergänzungsgesetz, die „Primary Products Marketing Amendment Bill“, ein, das nunmehr auch Früchte, Honig, Eier und andere Lebensmittel unter die Plankontrolle des Ausfuhramtes bringen wird. Es ist am 4. Dezember 1937 nach einer stürmischen Nachtsitzung des neuseeländischen Parlaments angenommen worden. Charakteristischweise ist zwar von der Opposition viel Dogmatisches gegen das neue Gesetz vorgebracht worden („Verletzung der Grundrechte des wirtschaftenden Individuums“, „diktatorische Gelüste“, „Meilenstein auf dem Wege zum Kommunismus“), aber auf die wirklichen Schwächen und Gefahrenpunkte ging man so gut wie nicht ein.

Und solche Schwächen und Gefahren sind vorhanden. Denn zunächst sind die „notorischen“ Vorteile jeder Außenhandelsplanung entweder nur einmalige Initiativvorteile, oder aber nur so lange wirksam, solange die Planorganisation in einer liberal-kapitalistischen Umwelt arbeiten kann. Sie verschwinden mit der Durchbildung planwirtschaftlicher Handelsmethoden auf seiten der Partner. Für das neuseeländische Plansystem steht wie zunächst für jedes der Gedanke im Vordergrund, in den Handel ein lang-ersehntes Element der Stabilität zu bringen. Der Stabilitätsgedanke aber ist im Grunde statisch, und da Neuseeland bevölkerungs- und produktionsmäßig noch wachsen will und wohl auch muß, so ist Dynamik vonnöten, und diese dynamische Seite des neuen Systems muß sich erst noch zeigen bzw. erproben. Da die neuseeländische Regierung eine staatskapitalistische Gewinnerzielung ablehnt, kann für sie Dynamik nur heißen: Ausdehnung der Absatzfelder in wirkungsvollerer Form, als es der private Handel vermag. Zunächst steht und fällt das System mit der Tatsache, daß das hauptsächlichste Absatzfeld England ist, wo dem neuseeländischen Bauern ein grundsätzlicher „goodwill“ denkbar größten Ausmaßes entgegenkommt und wo im übrigen z. Zt. ein Rüstungsprogramm von jährlich 300 Mill. £ die Stabilität der englischen Prosperität und damit die Aufnahmefähigkeit für neuseeländische Butter auf Jahre hinaus sichert. Welches andere Land aber hat die Möglichkeit, in seinen ausländischen Absatzgebieten den Absatz mit einer solchen Propaganda und einer solchen allseitigen Unterstützung des Abnehmerlandes zu organisieren? England bezog von Neuseeland 1935 26,4%, 1936 27,6% und 1937 31,2% der überhaupt eingeführten Butter, und vom Gesamtkäseverbrauch auf den britischen Inseln werden 29% daheim erzeugt und 45% liefert Neuseeland. Darüber hinaus beherrscht Neuseeland den Markt in Britisch-Westindien, in der Panama-Kanalzone und auf Hawai. Dort erleichtert der geographische Standort den Absatz, und bei den übrigen kleineren Märkten handelt es sich entweder um Gebiete unter britischer Krone oder um die Belieferung einer gehobenen Schicht von Kolonialeuropäern mit überwiegend britischen Lebensgewohnheiten. In allen Ländern außerhalb Englands aber hat das Ausfuhramt den Absatz noch gar nicht übernommen, sondern es überläßt ihn neuseeländischen Exporteuren, denen es die Ware f. o. b. neuseeländischer Hafen liefert. Hier — nicht dort, wo ihn der City Editor der „Times“ sieht — erblicken wir den Punkt, wo sich das „Experiment“ erst noch bewähren muß. Vielleicht werden in künftigen Ausdehnungsversuchen die handelspolitischen Mittel im Vordergrund stehen. Das Beispiel des

1) In Australien ist eine ähnliche Zwangsregelung des inneraustralischen Handels mit Molkereiprodukten, die ebenfalls von der Ausfuhrseite her (durch die Dairy Produce Export Control Act von 1924) notwendig wurde, so bekämpft worden, daß sie 1936 vom Kabinettsrat wegen Widerspruchs mit Sektion 92 der Bundesverfassung wieder aufgehoben werden mußte. Vgl. Prinzing, Wirtschaftslenkung — Das australische Beispiel, Berlin 1937, S. 30.

Zahlungsabkommens mit Deutschland, in dessen Artikel 5 das Ausfuhramt ausdrücklich als Lieferungspartner erwähnt ist, macht es wahrscheinlich.

Die Welt ändert sich rapid und radikal, und auch im „demokratischen“ Weltverband des British Empire entstehen autoritäre Wirtschaftsformen! Aber es empfiehlt sich, den Ursprung nicht zu übersehen, aus dem die neuen Welthandelsformen zu wachsen beginnen. Daß heute auf einigen Inseln im Südpazifik ein Planapparat den ansässigen Bauern gesunde Lebensbedingungen schafft und gleichzeitig dafür sorgt, daß auf der anderen Seite des Erdballs Millionen von Menschen regelmäßig ihr Stück Butter auf dem Tisch haben, ist die Frucht der Lebensarbeit von Generationen wirtschaftender Einzelner. Erst die Welle der Erfindungen des Industrieliberalismus des 19. Jahrhunderts schenkt dem 20. Jahrhundert solche neue Möglichkeiten. Erst die Erfindung des Kühlraumschiffes, das die Butter unverdorben über den Äquator bringt, und erst der Bau des Suezkanals, der die Verfrachtung rentabel macht, hat dem neuseeländischen Bauern in einem Land ohne nennenswerten Binnenabsatz (Neuseeland hat heute 1,6 Mill. Einwohner) das Tor zur Butterausfuhr geöffnet. Erst mußten einmal Leute etwas „riskieren“, „spekulieren“ in einem guten Sinne, bevor umfassende Planlösungen dem dynamischen Element der „Spekulation“ das statische der „Stabilität“ entgegenstellen konnten. Die Dynamik des von den übergroßen Bindungen der vorliberalistischen Epoche befreiten Individuums ist es gewesen, die das Gebäude der modernen Weltwirtschaft bis zu dem Punkte hin aufgeführt hat, der heute Lösungen wie die neuseeländische ermöglicht. Die Würdigung dieses — historischen — Verdienstes darf jedoch nicht dazu veranlassen, die neuen Möglichkeiten nicht zu nutzen, die sich aus den nunmehr erschwinglichen technischen und organisatorischen Kombinationen und den neuen politischen Ideen einer gemeinschaftsgebundeneren Lebensführung sinnfällig ergeben. Wer kann sagen, ob nicht das, was heute noch vom Wirtschaftsdenken des liberalen Individuums als „statisch-steril“ verdammt wird, nicht morgen schon eine neue Dynamik entfaltet, die von den „Lenkenden“ der staatlichen Wirtschaftseinheiten ausgeht und die mit den größten Möglichkeiten — und den größten Risiken! — weitere Fortschritte und weitere Segnungen hervorbringt, von denen wir heute noch nichts träumen lassen? — —

M. TH. STREWE:

Der Staatsgedanke in der chinesischen Wirtschaft

Der Huangho, der Gelbe Fluß, ist mit Recht wegen seiner immer wiederkehrenden Überschwemmungen und der Vernichtung fruchtbarsten Bodens der chinesischen Landschaft von dem Mandschu-Kaiser Chia ching der Kummer Chinas genannt worden. Aber gerade seine zerstörenden Kräfte machten ihn seit Jahrtausenden zum Lehrmeister der Chinesen in der Abwehr und Regelung der Naturgewalten. Im Ringen mit dem Strom liegen die Anfänge staatlicher Lenkung chinesischen Wirtschaftens. In prähistorischen Zeiten baute geologisch der Gelbe Fluß aus seinen Lösssedimenten die nordchinesische Ebene auf. Im Morgendämmer der Geschichte ziehen aus der Urheimat Chinas, dem Tale des Weiflusses in der heutigen Provinz Shensi, wo der Gelbe Fluß aus der nordsüdlichen Richtung bei der alten Feste Tung kuan im rechten Winkel nach Osten abbiegt, immer dichtere Scharen siedelnder und landanbauender Chinesen in die weite Ebene des Unterlaufs des Huangho. In der Nutzung des frucht-

baren Alluvialbodens, und im Kampf gegen Überflutungen des Gelben Flusses, bildete sich aus den aus Not und gemeinsamen Interessen geborenen Deichgenossenschaften bewußt eine immer weitergreifende und straffer zusammengefaßte staatliche Organisation. So war es kein Wunder, daß die Reichsgeographie des mythischen Kaisers Yü im Buche Yükung schon von einem staatlichen Wasserbau im agrar-patriarchalischen Gemeinwesen des chinesischen Altertums zu melden weiß.

Ackerbau war von Anbeginn die Grundlage der chinesischen Kultur, und in weiten Gebieten des Reiches ist wiederum der staatlich geleitete Wasserbau und die kollektive Wasserwirtschaft Ausgangspunkt der so hoch entwickelten chinesischen Landwirtschaft. So wurde der Wasserbau zu einer „Staatskunst“, von deren Leistungen auch heute noch die Eindeichungen der Riesenströme und die von Hangchow bis Tientsin im Norden sich hinziehenden Seedämme zeugen. Der 1000 km lange Kaiserkanal bildet mit seinem verwirrenden Netz von natürlichen und künstlichen Wasseradern eine der großartigsten Schöpfungen des menschlichen Geistes. Wie ein besonderes Amt, an dessen Spitze ein hoher Beamter stand, häufig sogar ein kaiserlicher Prinz, die wasserbaulichen Anlagen des Gelben Flusses überwachte, so sind auch unter der Oberleitung des 1931 geschaffenen Nationalen Wirtschaftsrates in den verschiedenen Provinzen, Wasserbauämter geschaffen, denen mit der Instandhaltung der Werke gleichzeitig die Verwaltung der Kanal- und Flußsysteme untersteht. So geht durch die Jahrtausende staatlicher Leitung der Wasserwirtschaft ein roter Faden vom Wasseramt des mythischen Kaisers Yü im dritten Jahrtausend v. Chr. bis zum Huangho-Ausschuß der von der chinesischen Regierung 1931 wieder gebildet worden ist.

Die patriarchalische Struktur des chinesischen Volkes vor der Revolution 1911, in der „die Familie die eigentliche Keimzelle des staatlichen Organismus ist, der bestimmende Begriff des Ganzen, in dem der einzelne völlig verschwindet“ mit ihrer cäsaropapistischen Spitze in der Person des Kaisers, als Sohnes des Himmels, bot ein weit fruchtbareres Feld für die staatliche Lenkung der Wirtschaft als der Lebenszusammenhang des westlichen liberalen Individualismus. Die konfuzianische Lehre hat vom Ende der vorchristlichen Zeit bis zur jüngsten Vergangenheit das ganze Staats-, Kultur- und Wirtschaftsgefüge der chinesischen Welt geformt. Danach ist die Familie ein Staat im Kleinen, wie der Staat nur eine Familie im Großen ist. Wie das Familienoberhaupt die Verantwortung für die Wirtschaft der Familie hat, so hat sie auch der Kaiser in Erfüllung des Mandates des Himmels für die Wirtschaft seines Volkes. Naturkatastrophen wie Dürre und Überschwemmungen waren für das Volk Zeichen des Himmels, daß der Kaiser als Mandatur seinen Auftrag nicht im Sinne des Himmels ausführte, und nach konfuzianischer Lehre war damit das Recht zur Revolution, zum Sturz des Sohnes des Himmels gegeben.

Die Folge war, daß die chinesischen Kaiser aus eigener Initiative oder durch ihre Lehnsfürsten und später Provinzgouverneure der wirtschaftlichen Entwicklung ihres Landes die größte Sorge zuwandten. Im Agrarstaat China zeigte sich diese staatliche Initiative natürlicherweise in erster Linie auf dem Gebiete der Landwirtschaft und hier wiederum entsprechend der morphologischen Struktur des chinesischen Bodens auf dem Gebiet des Wasserbaus und der Wasserwirtschaft. Ein klassisches Beispiel innerstaatlich gelenkter Wasserwirtschaft in China ist das Bewässerungssystem des roten Beckens in der Provinz Szechuan, 2500 km von der Küste des Gelben Meeres entfernt. Ein Gebiet von der Größe der Provinz Westfalen, das im Norden dürres Land und im Süden Sumpfgebiet war, wurde von den genialen Wasserbauern Li ping Vater und Sohn durch Bewässerung und Entwässerung in eins der fruchtbarsten Ackerbaugebiete Chinas verwandelt, in dem heute noch mehr als 5 Millionen Menschen wohnen.

Vor 2000 Jahren wurde durch teilweise Ableitung des bei der Stadt Kwanhsien aus dem

Hochgebirge heraustretenden Minflusses das Gebiet um die Hauptstadt Chengtufu in tausenden von Kanälen bewässert, die im Süden der Ebene wieder zusammenfließend in den Minfluß 300 km südlich zurückströmen. Dank einem vorbildlichen Zusammenarbeiten zwischen Regierung und Volk arbeitet das ganze System auch heute noch so reibungslos wie vor 2000 Jahren. Überall an den Kanälen sieht man kleine Steinsäulen, auf denen geschrieben steht: „Die Kanalsole tief, die Ufer niedrig.“ Die Verfolgung dieses von der Staatshoheit aufgestellten, streng überwachten Prinzips hat die Möglichkeit der Erhaltung dieses Wunderwerkes menschlicher Technik gegeben. Jedes Jahr bei Ausgang des Winters wird der durch einen in die Ebene vorspringenden Berg geschlagene Abzugskanal des Minflusses durch mit Kiesel gefüllte Bambussäcke gesperrt, so daß die Wasser wieder in das alte Flußbett abfließen und die Kanäle im gesamten Bewässerungsgebiet leerlaufen. Unter Darbringung von Opfern für die Manen der Gründer des Werkes, die Ingenieure Li ping, und unter Vortritt des Ortsbeamten steigt die gesamte ansässige Bevölkerung in das Kanalbett hinein, um Steine und Schlamm, die während des vergangenen Jahres angeschwemmt wurden, zu entfernen. Vor Jahrtausenden versenkte Eisenplatten zeigen die richtige Tiefe des Kanalbetts an.

So hat sich gerade unter dem patriarchalischen System Chinas die Idee der staatlichen Leitung und Führung der Wirtschaft in einem ganz spezifisch chinesischen Sinne entwickelt. Diese Betätigung ist verschieden je nach der Dynastie, die über China herrschte und hat sich auf alle Gebiete des Handels und der Industrie bezogen. Im Zugriff des Staates auf den Außenhandel finden wir das beste Beispiel in der Art und Weise, wie der Außenhandel in Kanton, Macao und Ningpo im Anfang des vorigen Jahrhunderts geregelt wurde: nur bestimmte chinesische Kaufleute durften mit den Fremden Handelsgeschäfte abschließen, wobei sie die Verpflichtung übernehmen mußten, genau auf die staatlichen Vorschriften zu achten. Auch das spätere System der sogenannten offenen Häfen, in denen allein die Ausländer ansässig sein durften, um Handel zu treiben, ist nichts anderes als ein sehr weitgehend staatlich kontrollierter und geleiteter Außenhandel.

Als Dr. Sun Yat sen nach der Revolution von 1911 ein großzügiges Programm für den Wiederaufbau Chinas und insbesondere für die wirtschaftliche Entwicklung nach den Grundsätzen moderner westlichen Technik aufstellte, unterschied er im industriellen Aufbau zwischen Unternehmungen, die der privaten Initiative überlassen sein sollten, und solchen, die, da sie alle gemeinsamen Interessen berührten oder an und für sich schon monopolistischen Charakter trugen, der staatlichen Leitung und Kontrolle unterstellt werden sollten. In dem von ihm aufgestellten Aufbauprogramm, das unter dem Titel „The International Development of China“ auch in Buchform erschienen ist, bezeichnet er als erste industrielle Revolution den Übergang von der Handarbeit zur Maschine, oder vom Handwerk zur Fabrik, während er als zweite industrielle Revolution die Verstaatlichung und Zusammenfassung der gesamten Industrie betrachtet. Während Europa und Amerika bereits in das zweite Stadium eingetreten seien, befände sich China noch im ersten. Daher sei China gezwungen, gleichzeitig in beide industrielle Stadien einzutreten, sowohl in die Einführung der Maschinenindustrie wie auch in die Verstaatlichung der Produktion. Bei der Rückständigkeit Chinas sei es aber notwendig, daß der Staat in vielen Fällen auch in den Zweigen der Industrie zunächst die Führung und Lenkung übernehmen müßte, die an und für sich später dem Privatunternehmer überlassen werden. Die Tätigkeit des Staates auf diesem Gebiet muß aber nur eine vorläufige sein, um die im Beginn noch mangelnde Privatinitiative zu ersetzen, und durch Aufstellung musterhafter

Betriebe dem Privatunternehmer das notwendige Beispiel und dem Privatkapital den notwendigen Anreiz zu geben.

Das von Sun Yat sen als vom chinesischen Staate durchzuführende Programm erscheint phantastisch. Es wollte aber zunächst nur eine Übersicht über das sein, was für China zum Zwecke der Entwicklung zu einem modernen Wirtschaftsstaat notwendig war. Es sollte dem Ausland zeigen, welche ungeheuren Möglichkeiten sich in China dem ausländischen Unternehmer und dem fremden Kapital bieten. Sun Yat sen hat selbstverständlich mit einer auf Jahrzehnte verteilten Durchführung gerechnet und war sich auch bewußt, daß China dieses Programm nicht aus eigenen Kräften, sondern nur unter Zuhilfenahme des fremden Kapitals durchführen konnte. Als rein staatliche „regiewirtschaftliche“ Aufgabe sah er den Bau von 180 000 km Eisenbahnen, von 1 500 000 km makadamisierten Straßen vor, den Ausbau alter Kanäle und den Bau neuer großer Flußregulierungen und den Ausbau von Seehäfen. Lenkend sollte der moderne chinesische Staat vor allem in der Entwicklung des Ackerbaus, des Bergbaus und der Aufforstung mit modernen Mitteln, der Schaffung der Schlüsselindustrien und des modernen Ausbaus der Städte mit den notwendigen Wasser- und Elektrizitätswerken sowie der städtischen modernen Verkehrsmittel sein. Die Passivität der fremden Mächte und die dadurch bedingte Zurückhaltung des internationalen Kapitals, innere Wirren und Bürgerkriege, sowie die Weltwirtschaftskrise haben es mit sich gebracht, daß dieses großartige Wirtschaftsprogramm eines Staates über die ersten Anfänge, die zudem meist nur der Initiative einzelner Provinzialregierungen zu verdanken waren, nicht hinauskam.

An dem Aufbau der chinesischen Wirtschaft unter Marschall Chiang-Kai-shek, der im Jahre 1928 die Zentralregierung in Nanking fest begründete, hat deutscher Geist und deutsche Tat nicht unbeträchtlichen Anteil. Im Winter 1928 war Oberst Bauer, der Mitarbeiter General Ludendorffs während des Weltkrieges gewesen ist, militärischer Berater des Marschalls Chiang-Kai-shek geworden. Oberst Bauer, dem die Prinzipien der deutschen Kriegswirtschaft geläufig waren, hat das Verdienst, durch seine Vorschläge den rationellen Aufbau der nationalen Wirtschaft in China gefördert zu haben. In erster Linie von Marschall Chiang-Kai-shek als militärischer Berater zur Reorganisation der chinesischen Armee berufen, unterbreitete er gleich zu Beginn seiner Tätigkeit dem Marschall die grundsätzlichen Vorbedingungen für die moderne Aufrüstung eines Landes. In diesem Memorandum führte er aus, daß das mit modernsten Waffen ausgerüstete und von ausländischen, erfahrenen Offizieren gedrillte und organisierte Heer in einem Krieg nur dann einen wirkungsvollen Schutz Chinas garantieren könne, wenn gleichzeitig eine Wirtschaftsausrüstung des Landes durchgeführt würde. Der Weltkrieg habe gezeigt, daß ebenso notwendig wie Waffen und Munition die Sicherung und Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und der Industrie sei. Er unterbreitete deshalb dem Marschall ein ausführliches Programm für den Aufbau einer staatlichen Rüstungsindustrie in China, beginnend als Ausgangspunkt mit der Schaffung einer Schwerindustrie durch Errichtung eines Eisen- und Stahlwerkes. Leider starb Oberst Bauer im Jahre 1930, so daß die treibende Kraft für einen gesunden und unter staatlicher Aufsicht und Lenkung stehenden Aufbau der Wirtschaft und Industrie Chinas im Zusammenwirken mit der deutschen Industrie ausfiel. Aber sein Wirken ist dennoch auch heute noch spürbar. Die im Jahre 1930 vom Reichsverband der deutschen Industrie entsandte Studienkommission hatte Gelegenheit, sich in Nanking, Schanghai, und anderen wichtigen Plätzen Chinas, sowohl über das, was die Wirtschaftsplanung bereits durchgeführt hatte, als auch über das, was beabsichtigt war, genau zu orientieren. Dabei wurde festgestellt, daß die Wirtschaftsplanung sowohl in der chinesischen Zentralregierung wie auch in der Pro-

vinzialregierung weit über das Maß der Planung hinausging, die bisher in anderen Ländern, mit Ausnahme von Rußland, durchgeführt war. Die Industrialisierung des russischen Agrarstaates in Verbindung mit geschickter Sowjetpropaganda hatte dahin geführt, daß ein Teil der chinesischen Regierung in der Nachahmung des russischen Staatssozialismus und der Sowjetwirtschaft und Industrieplanung das Heil auch für die Wirtschaft Chinas sah. Die Majorität der Mitglieder der chinesischen Zentralregierung vor allem Marschall Chiang-Kai-shek, lehnte dieses kommunistische Experiment aber ab. Sie sah den richtigen Weg in dem Aufbau einer nationalen Wirtschaft auf Grund staatlicher Planung, aber ohne die Privatinitiative und das Privatkapital völlig auszuschalten. Die der deutschen industriellen Studienkommission vorgelegten Pläne zeigten nach dieser Richtung hin, auch bei den Provinzialbehörden, insbesondere in Kanton, sehr gesunde Ansätze, doch schossen die Projekte zum Teil weit über das zunächst Erreichbare hinaus. Für die staatliche Planung elektrischer Überlandzentralen fehlte z. B. zunächst noch bei unentwickelter Industrie der notwendige Absatz an elektrischer Kraft, und die namentlich auf den Gebiete des Verkehrswesens geplanten Unternehmungen erforderten Kapitalien, die von dem chinesischen Staat nicht aufzubringen waren und bei der Zurückhaltung des internationalen Kapitals auch nicht vom Ausland zur Verfügung gestellt wurden. Gesunde Ansätze waren insbesondere sichtbar auf dem Gebiet des Wege- und Städtebaus, der sich in vielen Fällen der modernsten Mittel der Versorgung der Bürgerschaft mit Wasser, Elektrizität und Kanalisation bediente, und im Ausbau eines modernen Straßennetzes, das häufig rücksichtslos auf Kosten der Privateigentümer durchgeführt wurde.

Dieser Entwicklung trat das Vordringen der Japaner in der Mandschurei 1931 hindernd in den Weg. Der chinesische Staat wurde in den folgenden Jahren gezwungen, Millionen für unproduktive Abwehrzwecke zu verausgaben. Die nach seiner Planung vorgesehenen großzügigen Unternehmungen mußten infolgedessen in vielen Fällen zurückgestellt werden. In dieser Zeit, 1931, stellte der Völkerbund der chinesischen Regierung zur Vorbereitung einer grundsätzlichen Wirtschaftsplanung Sachverständige von internationalem Ruf zur Verfügung, so insbesondere auf dem Gebiete der Landwirtschaft, der öffentlichen Gesundheitspflege, der Flußregulierung und des Baus moderner Überlandstraßen. Aber auch auf anderen Gebieten der Produktion, auf denen China früher führend gewesen war, wie z. B. Tee, Seide, Baumwolle, die in der Ausfuhr Chinas immer mehr zurücktraten, wurden der chinesischen Regierung Experten zur Verfügung gestellt, die sowohl die Produktion, wie die Fabrikation und den Handel nach modernen Methoden, aber immer unter Aufsicht der chinesischen Regierung, organisieren sollten. So hat sich China allmählich immer mehr in das nach dem Weltkrieg von den verschiedensten Nationen durchgeführte System der staatlichen Planung und wirtschaftlichen Lenkung eingeschaltet und endlich im Jahre 1933 in dem chinesischen Reichswirtschaftsrat ein amtliches Organ geschaffen, das allein schon durch die Persönlichkeiten seines ständigen Ausschusses, zu dem Marschall Chiang-Kai-shek, Wang Ching wei und der Präsident der Bank of China, T. V. Sung, sowie der chinesische Finanzminister und jetzige Ministerpräsident Dr. H. H. Kung gehörten, Erfolg versprach. Die Vollmachten des Reichswirtschaftsrates waren die Prüfung und Konzessionierung aller Projekte für

den wirtschaftlichen Wiederaufbau, die Prüfung und Abwicklung der notwendigen Ausgaben, die Überwachung und Leitung der Durchführung der Projekte und unter besonderen Umständen die direkte Ausführung der Projekte.

Die Aufgaben, die diesem chinesischen Reichswirtschaftsrat gestellt sind, sind bei der ungeheueren Weite des Landes, bei der Verschiedenartigkeit der geographischen und geologischen Bedingungen, bei den im Inneren des Landes noch vorherrschenden mittelalterlichen Wirtschafts- und Produktionsformen und dem Mangel an einem modernen System von Verkehrswegen mit ganz außergewöhnlichen Schwierigkeiten verbunden. Sie gehen weit über das Maß der Wirtschaftsplanungen anderer Völker hinaus, wenn man von der Sowjetunion absieht, die eine Wirtschaftsplanung in ähnlich großem Stil nur durch Versklavung des ganzen russischen Volkes erreichen will.

Wie im Jahre 1931 so ist jetzt wieder im Jahre 1937 durch den japanisch-chinesischen Konflikt die normale Weiterführung der amtlichen Wirtschaftsplanung gestört. Die chinesische Regierung hat diesen Verhältnissen schon Rechnung getragen, indem sie den Reichswirtschaftsrat auflöste und entsprechend den Prinzipien der Kriegswirtschaft die Organisation dem Kriegsrat und Wirtschaftsminister unterstellte. Aber das Marschall Chiang-Kai-shek hinterlassene Vermächtnis des Obersten Bauer, daß der Organisierung einer Armee einer wirtschaftlichen Aufrüstung parallellaufen müsse, erfüllt sich heute als erste Forderung des Staates in größerem Maße denn je. Die Zentralregierung ist sich dieser Lage bewußt.

ARNOLD SEIFERT:

Staatenwirtschaftliche Länderschau (Wirtschafts- und Finanz-Chronik des Fernost-Konfliktes)

Bei Zusammenstellung dieser Chronik hat alle erdenkliche Sorgfalt obgewaltet. Es sind nur Originalmeldungen aus dem Fernen Osten verwandt worden, wobei jede einzelne Nachricht aus voneinander unabhängigen Quellen dreifach geprüft wurde. Insoweit kann eine wissenschaftliche Gewähr für die Verburgtheit der Tatsachensubstanz übernommen werden. Die diplomatischen Schritte und die militärischen Ereignisse sind in Kursiv gehalten; in dieser Anordnung soll keine sachliche Bewertung zum Ausdruck kommen.

Nordchina (die Provinzen Hopei, Shantung, Shansi, Tschahar und Suiyuan) hat rund 80 Mill. Einwohner. Hopei (mit Peking und Tientsin) hat rund 31,5 Mill. Einwohner. Seine Kohlenvorkommen werden auf 3,100 Mill. Tonnen, davon 1,000 Mill. Tonnen Anthrazitkohle, geschätzt; die Ausbeute ist bis jetzt geringfügig. Sie betrug 1931 nur 7,7 Mill. Tonnen. Erzeugt werden außerdem hauptsächlich Baumwolle, Seide, Sesamöl, Erdnüsse, Weizen, Gerste, Hirse, Reis und Salz. In den Baumwollspinnereien von Tientsin laufen 264 000 Spindeln; davon sind 200 000 in japanischem und nur 64 000 in chinesischem Besitz. Shantung (Hauptstadt Tsinan) hat etwa 30 Mill. Einwohner; sein Kohlenvorrat wird auf 1,650 Mill. Tonnen geschätzt; die Förderung betrug 1931 2,1 Mill. Tonnen. Mit der Kohle zusammen finden sich gute Eisenerze. Seiden- und Baumwollerzeugung dominieren. In den Tsingtauer Baumwollspinnereien laufen 520 000 japanische und nur 48 000 (!) chinesische Spindeln. In den Webereien sind von insgesamt 9400 Webstühlen nur 400 chinesisch. Im übrigen werden vor allem Tabak, Weizen, Gerste, Hirse, Reis und Erdnüsse gebaut. Shansi (Hauptstadt Taiyüan), mit etwa 12 Mill. Einwohnern, erzeugt Sesamöl, Weizen, Hirse, Tabak, Baumwolle, Seide und Reis. Es ist berühmt wegen seiner riesigen, so gut wie noch nicht ausgebeuteten (1931 nur 2,3 Mill. Tonnen) Kohlenlager, die auf 127,130 Mill. Tonnen (!), davon 36,500 Mill. Tonnen Anthrazit, geschätzt werden. Auch Eisenerze finden sich in der Nähe der Shansi-Kohle in großen Mengen und gutem Eisengehalt. Tschahar (Hauptstadt Kalgan) hat 2 Mill. Einwohner und ebenfalls beträchtliche Kohlenvorkommen. Suiyuan (Hauptstadt Pautow), mit 2,1 Mill. Einwohnern, erzeugt Weizen,

Hirse und Gerste und soll etwa 420 Mill. Tonnen Kohlenvorräte besitzen, von denen bisher so gut wie noch nichts ausgebeutet wird. In ganz Nordchina rechnet man mit 180 Mill. Tonnen Eisenerz-Vorkommen mit einem Eisengehalt von 40—65 %. In den drei Provinzen Hopei, Shantung und Shansi werden rund 40 % der ganzen chinesischen Baumwolle erzeugt. Erdöl ist in allen fünf Provinzen wahrscheinlich nicht vorhanden. Die japanischen Investitionen in Nordchina betragen Ende 1935 schätzungsweise 1155 Mill. Yen. Davon waren 730 Mill. Yen Wertpapierbesitz, 183 Mill. betrafen Beteiligungen an chinesischen Gesellschaften, und 242 Mill. befanden sich in eigenen japanischen Unternehmungen. Die chinesischen Seezölle brachten 1936 61,6 Mill. Yuan. Nach einer japanischen Zählung befinden sich in Tientsin 124 japanische, 98 englische, 65 deutsche, 50 nordamerikanische und 31 russische Firmen mit einem Kapital von über 50 000 Yen; in Tsingtau 96 japanische, 25 deutsche, 15 nordamerikanische, 14 englische und 5 russische.

Die innere Verschuldung Japans betrug am 31. März 1937 9,257 Mill. Yen, die äußere (in Goldyen) 1,316 Mill. Yen. Das entspricht (bei Umrechnung der in Goldyen geführten äußeren Verschuldung) einer Gesamtverschuldung des Staates von rund 12 Milliarden Yen. Die haushaltmäßigen Wehrausgaben Japans betrugen im Finanzjahr 1931/32 454 Mill. Yen, 1936/37 1,060 Mill. Yen.

Die innere Verschuldung Chinas betrug am 1. Juli 1937 2,014 Mill. Yuan (= chines. Dollar), die Auslandsverschuldung rund 900 Mill. Yuan.

1937 7. Juli	<i>Gefecht zwischen chinesischen und japanischen Truppen 10 km südlich von Peiping. Die japanische Regierung verlängert die im Januar 1937 eingeführte Einfuhr- und Devisenkontrolle auf unbefristete Zeit.</i>
10. Juli	Notenumlauf in China: rund 1,5 Milliarden Yuan. Die chinesische Regierung bringt den Kanton-Dollar in ein festes Verhältnis zum Shanghai-Dollar (Yuan). Bis zum 1. Januar 1938 soll der Kanton-Dollar außer Verkehr gesetzt sein. Bisher hat sich das neue nationale Währungssystem nur in den Provinzen Kwangtung und Kwangsi noch nicht durchgesetzt. Der chinesische Finanzminister Kung schließt in Washington ein Abkommen mit dem amerikanischen Finanzminister Morgenthau. China tauscht eine ungenannte Menge Gold aus den Vereinigten Staaten gegen Silber ein. Falls eine Verteidigung des Yuan-Kurses nötig wird, kann China über gewisse Dollar-Guthaben verfügen.
21. Juli	Die japanische Regierung beschließt die Neubewertung der Goldreserven der Bank von Japan auf Grundlage von 3.50 Yen (bisher 1.33 Yen) für das Gramm Feingold. Dadurch wird die Jahre zurückliegende Yen-Abwertung auch bei der Bewertung der Goldreserven berücksichtigt. Der Nominalwert der Goldreserven steigt von etwa 500 Mill. auf 1312 Mill. Yen. Das bedeutet praktisch einen Gewinn der Bank von Japan an freien Mitteln von über 800 Mill. Yen.
22. Juli	Die Londoner Besprechungen zwischen Vertretern der britischen Industrie und einer japanischen Wirtschafts- und Handelsabordnung werden mit beiderseits befriedigendem Ergebnis abgeschlossen.
29. Juli	<i>Der Marschall Tschiang-Kai-Schek ruft die chinesische Nation im Namen der chinesischen Zentralregierung (Nanking-Regierung) zu bewaffnetem Widerstand auf.</i>
30. Juli	<i>Die Japaner nehmen Peiping und Tientsin ein. Die Eisenbahnlinie Peiping-Tientsin-Tanku ist in japanischen Händen.</i>
30. Juli	Nachdem sich die Bereitstellung von 10,2 Mill. Yen aus einem Reservefonds des laufenden Haushaltes zur Deckung der Kosten des Feldzuges in Nordchina als unzureichend erwiesen hat, beschließt die außerordentliche 71. Tagung des japanischen Reichstags die Bewilligung von zunächst 96,8 Mill. und sofort darauf von noch weiteren 419,6 Mill. Yen. Von diesen insgesamt 526,6 Mill. Yen sollen 100 Mill. Yen durch neue Steuern gedeckt werden, zu denen besonders Personen und Gesellschaften herangezogen werden sollen, die durch die Rüstungskonjunktur große Gewinne gemacht haben. Die übrigen rund 400 Mill. Yen werden durch die Ausgabe neuer Schatzanweisungen beschafft. Yuki, Präsident der Bank von Japan, bezeugt der aufkommenden Inflationsangst durch eine beruhigende Erklärung.

2. August	Der japanische Kabinettsrat erläßt Strafbestimmungen gegen unerlaubte Kriegsgewinne und wucherischen Einkauf von Metallen, Kohle, Baumwolle, Benzin, Papier, Leder, Kraftwagen, Maschinen und anderen wichtigen Waren.
3. August	Die japanische Regierung setzt die alte Verordnung zur Bekämpfung spekulativer Preissteigerungen von 1917 (Nr. 20) verschärft wieder in Kraft.
5. August	Der chinesische Finanzminister Dr. Kung erzielt in London eine Zusage bezüglich Gewährung einer Anleihe von 20 Millionen Pfund an China, die aus Zolleinnahmen gesichert werden und Industrie- und Verkehrsbauten sowie Konversionszwecken dienen soll. Sie soll nach Klärung der politisch-militärischen Lage aufgelegt werden, und der Erlös soll in London bleiben bzw. für Material- und Ausrüstungskäufe in England verwandt werden.
9. August	Der chinesische Haushaltsvoranschlag für 1937/38 ist mit 1000,6 Mill. Yuan ausgeglichen. Von den Ausgaben betreffen 39 % die Armee, 32 % den Schuldendienst. Auf der Einnahmenseite machen die Zölle 37 %, das Salzmonopol 23 % und die Steuern 18 % aus.
10. August	Der chinesische Finanzminister Dr. Kung erhält von einer französischen Bankengruppe (Banque de Paris et des Pays-Bas, Banque Francochinoise, China Development Corporation, Compagnie des Chemins de Fer de Szetchwan et de Kweichow, Lazard Frères, Banque de l'Indochine) einen Kredit von zunächst 100 Millionen Franken für die Central Bank of China zur Stärkung der Devisenreserve. Der Anleiheerlös soll zur Verfügung der chinesischen Regierung in Paris bleiben und als zusätzliche Währungsreserve nur im Notfall tatsächlich in Anspruch genommen werden. — Eine schweizerisch-holländische Bankengruppe gewährt der chinesischen Regierung einen Kredit von 100 Mill. Franken, der durch ein Silberdepot gedeckt wird. Die Skoda-Werke in Prag räumen China einen Industriekredit von 10 Mill. engl. Pfund ein, der insbesondere zur Finanzierung von Rüstungslieferungen verwandt werden soll.
13. August	<i>Beginn der Kämpfe in und bei Schanghai.</i> Die Londoner „Times“ beziffert den Wert britischer Interessen in Shanghai auf 180 Mill. £. (Britische Interessen in ganz China: 250 Mill. £.)
16. August	Internationale Erhöhung der Risikoprämien in der Transportversicherung von und nach China und Japan.
19. August	Der amerikanische Handelsminister Roper erklärt vor der Presse, die Regierung der Vereinigten Staaten wolle das Neutralitätsgesetz, welches bekanntlich ein Ausfuhrverbot an kriegführende Mächte einschließt, auf den China-Japan-Konflikt nicht anwenden, da dadurch eine der beiden Nationen begünstigt werden könnte und ungeklärt sei, ob die Anwendung in diesem Falle der Aufrechterhaltung des Friedens diene. Die Vereinigten Staaten hätten auch nicht die Absicht, auf diese Weise ihre Handelsbeziehungen mit China und Japan zu opfern.
21. August	<i>Die chinesische Regierung schließt mit der UdSSR. einen Nichtangriffspakt auf 5 Jahre ab.</i> Ein Sprecher des japanischen Außenamtes gibt bekannt, es sei anzunehmen, daß der Pakt Geheimklauseln über die Lieferung von Kriegsmaterial durch die UdSSR. an China enthalte.
23. August	Die britische Regierung teilt den Regierungen von Nanking und Tokio mit, daß sie vollen Ersatz für alle Schäden fordere, die britischem Eigentum aus den Feindseligkeiten zwischen China und Japan erwachsen.
25. August	Die Bank von Japan gibt für 200 Mill. Yen 3½ proz. Schatzanweisungen zum Kurs von 98 aus (Laufzeit bis Dezember 1954.)

31. August	<i>Die chinesische Regierung verfügt die Mobilmachung aller wehrfähigen Männer im Alter von 18 bis 45 Jahren.</i>
1. September	Die chinesische Regierung legt zur Deckung der Kosten des Feldzuges gegen Japan eine nationale Rüstungsanleihe („Freiheitsanleihe“) von 500 Mill. Yuan (= 365 Mill. RM.) auf, die in 20 Jahren zurückzahlbar ist.
4. September	Die japanische Regierung unterbreitet dem Reichstag eine Vorlage, in der sie zur Ausgabe von Schatzanweisungen im Betrag von 2265 Mill. Yen zur Deckung der militärischen Kosten des Feldzuges in China ermächtigt wird. Diese Ermächtigung ist zusätzlich zu der am 30. Juli erfolgten Aufnahme von 526,6 Mill. Yen. — Der Minister begründet die Notwendigkeit der scharfen Kontrolle des Devisenmarktes damit, daß der Yen unbedingt auf 1 s. 2 d.-Parität gehalten werden müsse, um genügend Mittel für Kriegslieferungen aus dem Ausland zu haben.
5. September	Japan dehnt die Blockade der chinesischen Küste auf die ganze Küste (mit Ausnahme von Tsingtau und der Pachtterritorien dritter Mächte) aus. <i>Japanische Luftangriffe auf Kanton.</i>
6. September	Das amerikanische Handelsministerium erläßt eine Warnung an alle amerikanischen Frachtdampfer, den Hafen von Shanghai anzulaufen.
10. September	Die chinesische Regierung kündigt Gegenmaßnahmen gegen die japanische Küstenblockade an. Die außerordentliche 72. Tagung des japanischen Reichstages stimmt dem am 4. September eingebrachten Nachtrags-Kriegskredit von 2265 Mill. Yen zu und nimmt 11 Gesetze an, durch die der Regierung Sondervollmachten erteilt werden, die ganze Wirtschaft in eine Kriegswirtschaft überzuführen und alle Wirtschaftstätigkeiten zentral aufeinander abzustimmen. Die wichtigsten dieser Notgesetze sind das Kriegsfinanzkontrollgesetz, das Außenhandelskontrollgesetz, das Goldindustriekontrollgesetz und das Gesetz betr. die Mobilmachung der Munitionsindustrie vom 17. IV. 1918. Nach dem ersten unterliegen alle Kapitalveränderungen, Neugründungen, Ausgabe neuer Obligationen, Änderung oder Ausdehnung des Geschäftszweckes der staatlichen Kontrolle und Genehmigung. Ausgenommen sind die eigentlichen Kriegswirtschaftsbetriebe (Munitionsfabriken, Flugzeugwerke, Maschinenindustrie usw.), die bei Ausdehnungsbestrebungen besondere staatliche Förderung erfahren. Durch das Gesetz soll der japanische Kapitalmarkt entlastet werden, da die Unterbringung der Kriegs-Schatzanweisungen auf dem freien Markt — bei aller Bereitwilligkeit zur Zeichnung seitens der Bevölkerung, die aber in Anbetracht ihrer sozialen Struktur nur geringe Summen aufnehmen kann — große Schwierigkeiten macht. Bisher sind nur geringe Beträge davon vom Markt aufgenommen worden, so daß die Hauptlast auf der Zentralbank liegt. Die Notwendigkeit des Außenhandelskontrollgesetzes hat sich aus der Entwicklung der japanischen Handelsbilanz ergeben. Sie ist heute (10. September) mit 786,05 Mill. Yen passiv, das ist 541,19 Mill. Yen mehr als im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Das Gesetz untersagt die Einfuhr aller entbehrlichen Waren und ermächtigt die Regierung, die Ein- und Ausfuhr jeglicher Art von Waren zu beschränken oder ganz zu untersagen. Das dritte Gesetz führt eine weitgehende Staatsaufsicht über die gesamte Goldgewinnung ein.
15. September	Die Bank von Japan gibt für 100 Mill. Yen $3\frac{1}{2}$ proz. Schatzanweisungen zum Kurs von 98,50 aus (Laufzeit bis Dezember 1948). In der Völkerbundsversammlung begründet der chinesische Delegierte Wellington Koo den Appell Chinas an den Völkerbund wirtschaftlich. Der Mangel an Lebensraum sei nur ein japanischer Vorwand. In Formosa hätten die Japaner in 40 Jahren nur 250 000 Ansiedler und in Korea in 50 Jahren nur 500 000 Kolonisten untergebracht. Die Bevölkerungsdichte Japans sei geringer

	als die der chinesischen Nordprovinz Hopei. Auch der angebliche Mangel Japans an Rohstoffen sei nur ein Vorwand. Japan beziehe die wichtigsten Rohstoffe gar nicht aus China, sondern die Baumwolle aus USA., das Erdöl aus USA. und Niederl.-Indien, das Eisen aus Britisch-Indien, die Wolle aus Australien und den Holzstoff aus Kanada und Skandinavien. Die mandchurische Kohle habe Japan bereits vor Besetzung der Mandchurei ausgebeutet. Die Politik der gepanzerten Faust der japanischen Kriegspartei bedrohe die umfangreichen europäischen und amerikanischen Interessen im Fernen Osten. Wenn Japan sich zum Herrn über China machen sollte, dann würde es sich stark genug fühlen, um alle vertraglich gesicherten Rechte der Europäer und Amerikaner zunichte zu machen und deren Herrschaftsgebiete in Asien und in der Südsee anzugreifen.
17. September	Präsident Roosevelt untersagt bis auf weiteres allen in amerikanischem Staatsbesitz befindlichen Handelsschiffen, Waffen, Munition und anderes Kriegsmaterial nach China und Japan zu transportieren. Alle anderen Handelsschiffe, die die Flagge der USA. führen, befördern Waren dieser Art auf eigene Gefahr. Durch diese Maßnahme erfolge indessen keine amtliche Feststellung, daß zwischen China und Japan ein Kriegszustand bestehe. Auch werde von ihr das Neutralitätsgesetz nicht berührt.
20. September	Für alle australischen Verschiffungen nach dem Fernen Osten werden Kriegsrisiko-Versicherungssätze eingeführt.
21. September	Die Londoner Handelskammer und die Federation of British Industries beginnen mit der Feststellung der Schäden an britischem Eigentum in China.
28. September	Boykottbewegung gegen japanische Waren in Mittelengland, in den Vereinigten Staaten und unter den australischen Gewerkschaften. In Japan entsteht unter Leitung von Baron Goh eine Liga aller Wirtschaftsverbände mit patriotischen Zwecksetzungen. — Die Neustoff-Erzeugung soll in großem Stil begonnen werden. Die Bevölkerung sammelt Alt-Materialien und spart im Verbrauch. Patriotische Propaganda für die Zeichnung von Schatzanweisungen.
29. September	Die am 10. September vom japanischen Reichstag beschlossenen Notgesetze treten in Kraft. Sie sollen „ein Jahr nach Beendigung des Zwischenfalls mit China“ außer Kraft treten. Die britische Regierung erklärt die japanische Blockade der chinesischen Küste für ungesetzlich; sie verlangt Beobachtung von Genehmigungs-Formalitäten bei Kontrollierung britischer Handelsschiffe. Die französische Regierung besteht auf einem ähnlichen Modus. — Der britische Oberkommandierende an der chinesischen Küste, Admiral Sir Charles Little, sieht wenig Gefahren, wenn eine begrenzte Zahl von Ozeandampfern in den Wangpu (Fluß, an dem Shanghai liegt) einfahre und an gewissen vereinbarten Punkten vor Anker gehe. — Die britische China-Küstenschiffahrt macht ein glänzendes Geschäft.
30. September	Im September sind große Silbervorräte von Kanton nach Hongkong verbracht worden. Die chinesische Silberausfuhr betrug im September 208 Mill. Yuan.
1. Oktober	Die Bank von Japan bringt im September im ganzen für 23 Mill. Yen Schatzanweisungen unter; Abnehmer sind hauptsächlich die Lebensversicherungsgesellschaften.
2. Oktober	Die liberale Opposition im englischen Unterhaus fordert wirtschaftliche Maßnahmen gegen Japan.
3. Oktober	Der australische Ministerpräsident Lyons warnt den New South Wales Labour Council und verschiedene pazifistische Körperschaften vor voreiligen Schritten in der Frage des Boykotts japanischer Waren.

4. Oktober	In den Vereinigten Staaten von Amerika wird unter Fabrikanten eine „League for the Protection of American Standards“ mit dem ausdrücklichen Zweck des dauernden Ausschlusses japanischer Waren von den Staaten gegründet.
5. Oktober	<i>Rede Präsident Roosevelts in Chicago, in der er seine Ansichten über internationale Rechtlosigkeit entwickelt.</i>
6. Oktober	Die UdSSR. hat nach einer Verlautbarung des amerikanischen Staatsdepartements im September 1937 in den Vereinigten Staaten Waffen, Munition und Kriegsmaterial im Werte von 10 Mill. Dollar gekauft. China hat für 2,8 Mill. Dollar Bomben, Torpedos und Minen bezogen. Der Präsident der Völkerbundsversammlung richtet an die Mitglieder des Neunmächtevertrages, soweit sie Mitglieder des Völkerbundes sind, gemäß einer Entschließung der Völkerbundsversammlung eine Einladung zu einer Konferenz.
13. Oktober	Die Bank von Japan gibt für 200 Mill. Yen $3\frac{1}{2}$ proz. Schatzanweisungen zum Kurse von 98,5 aus (Laufzeit bis Dezember 1948).
15. Oktober	Der Kaiser von Japan genehmigt die Bildung eines außerordentlichen Beraterstabes (Kriegsrates) für das Kabinett, dem 2 Vertreter der Armee, 2 Vertreter der Marine und je 3 Vertreter der politischen Kreise und der Wirtschaft angehören.
17. Oktober	Bis heute sind auf die am 1. September aufgelegte chinesische „Freiheitsanleihe“ von 500 Mill. Yuan 250 Mill., also die Hälfte, gezeichnet worden.
20. Oktober	Der parlamentarische Unterstaatssekretär im japanischen Finanzministerium, Dr. Ota, bezeichnet als obere Grenze einer tragbaren inneren Kriegverschuldung Japans 40 Milliarden Yen.
23. Oktober	Der englische Ministerpräsident Chamberlain erklärt im Unterhaus, es wäre ein Fehler, wenn man die bevorstehende Neunmächtekonferenz mit dem Gedanken an wirtschaftliche Sanktionen und Gewaltanwendungen besuche.
26. Oktober	Die japanische Regierung verschärft die Vorschriften über spekulative Preissteigerungen.
27. Oktober	Die Regierung von Mandschukuo verfügt eine strenge Devisenkontrolle und eine Kontrolle der Ein- und Ausfuhr. Japan ist von der Gesetzgebung ausgenommen.
31. Oktober	Der Notenumlauf in China ist 1656360000 Yuan.
1. November	Die japanische Regierung verfügt auf Grund des Außenhandelskontrollgesetzes vom 10. September 1937 die Beimischung von Zellwolle zu Wollerzeugnissen. Militärstoffe und Exportwaren sind ausgenommen. Der Politische Zentralrat der chinesischen Regierung beschließt die Ordnung der Währung der Südprowinz Kwangsi. Der Yuan wird gesetzliches Zahlungsmittel im Verhältnis 2 Kwangsi-Dollar = 1 Yuan. Die Kwangtung-Währung ist bereits in ähnlicher Weise angeglichen worden. Der chinesische Finanzminister hat die Behörden der Provinzen Honan, Shantung, Shansi, Shensi, Kansu, Ninghsia und Chinghai darauf hingewiesen, daß er die von der Provinzbank von Hopei (zur Zeit unter Einfluß der japanischen Armee) ausgegebenen Banknoten für nichtig erklärt hat. Der Zentralverband der australischen Gewerkschaften, der „Australasian Council of Trade Unions“, ruft offiziell zum Boykott japanischer Waren auf.
3. November	<i>Neunmächtekonferenz in Brüssel beginnt.</i>

4. November	Der Verband australischer Wollerzeuger, der „Australian Woolgrowers Council“, und der Verband australischer Landwirte, der „Graziers Federal Council of Australia“, äußern schwere Bedenken gegen den Boykott der Gewerkschaften.
5. November	<i>Die Japaner errichten aus Teilen von Shansi, Suiyuan und Tschahar einen „Autonomen Staat der Inneren Mongolei“.</i>
8. November	<i>Die Japaner erobern Taiyuan, die Hauptstadt der Provinz Shansi.</i>
11. November	Die englischen Versicherungsgesellschaften setzen die Kriegerisikoprämie für Shanghai herab (von 20 auf 5 s. je 500 £). <i>Shanghai ist durch die militärischen Aktionen vom chinesischen Hinterland vollständig abgeschnürt.</i>
12. November	Als erster großer Übersee-Schnelldampfer fährt der „Président Doumer“ von den Messageries Maritimes den Wangpu hinauf nach Shanghai.
16. November	Die Bank von Japan gibt für 200 Mill. Yen $3\frac{1}{2}$ proz. Schatzanweisungen zum Kurse von 98 aus (Laufzeit bis März 1955). 150 Mill. davon dürften vom Depositenbüro des Finanzministeriums übernommen werden. 50 Mill. sind klein gestückelt und werden durch die Postanstalten dem großen Publikum zum Kauf angeboten.
17. November	Die chinesische Abordnung überreicht den Mitgliedern der Brüsseler Neunmächtekonferenz eine Begründung der chinesischen Forderung auf Anwendung wirtschaftlicher Sanktionen gegen Japan. Die wirtschaftliche Abhängigkeit Japans vom Auslande lasse eine bedeutende Wirkung erwarten.
20. November	Die Japaner beschlagnahmen die Zollkutter der chinesischen Seezollverwaltung im Hafen von Shanghai und veranlassen das chinesische Seezollamt, japanische Beamten in den Außendienst und als Direktoren zu übernehmen. (Die Seezollverwaltung Chinas hat internationalen Charakter insofern, als sie mit der Sicherung der Auslandsverschuldung Chinas und der Schulden aus dem Boxer-Protokoll verbunden ist. Oberster Zollverwaltungskommissar ist ein Engländer, Sir Frederick Maze.)
21. November	<i>Die chinesische Regierung verlegt ihren Sitz von Nanking vorübergehend nach Hankau. Endgültig ist Tschunking am Yangtsekiang, etwa 750 km westlich von Hankau, als Regierungssitz in Aussicht genommen.</i>
22. November	In Tokio fordert eine große japanische Volkskundgebung gegen England die Aufhebung der britenfreundlichen Politik, eine strenge Kontrolle Hongkongs als Zentrum der englischen Hilfeleistung an China und das Fallenlassen der Praxis, finanzielle Transaktionen Japans im Ausland von der Londoner City abhängig zu machen.
26. November	Die Japaner nehmen die chinesischen Post-, Telegraphen- und Funk-Verwaltungen Shanghais unter ihre Kontrolle.
27. November	<i>Das japanische Militärkommando in Shanghai übernimmt die chinesischen Regierungsstellen und öffentlichen Einrichtungen in der Internationalen und in der Französischen Niederlassung.</i> Die Botschafter Englands und der Vereinigten Staaten bringen der japanischen Regierung zur Kenntnis, daß evtl. Veränderungen in der chinesischen Seezollverwaltung nur im Einvernehmen mit ihren Regierungen durchgeführt werden dürfen.

28. November	<i>Die Japaner bilden in Changte eine „Autonome Regierung“ für die chinesische Provinz Honan, die politisch im allgemeinen nicht zu Nordchina gerechnet wird.</i>
29. November	Der Sprecher des japanischen Außenamtes erklärt, Japan beabsichtige nicht, an dem Verwaltungssystem der chinesischen Seezölle etwas zu ändern. Die Rechte dritter Mächte an diesen Einnahmen würden nicht beeinträchtigt werden. Japan wolle nur verhindern, daß die Zolleinnahmen zum Ankauf von Kriegsmaterial für China verwendet werden.
1. Dezember	<i>Die japanische und die Regierung von Mandschukuo beschließen die Anerkennung der Nationalspanischen Regierung.</i> Die Japaner gründen eine Zentralbank für den neuen autonomen innermongolischen Staat durch Vereinigung der Bank von Süd-Tschahar, der Fengyieh Bank und der Suiyuan Bank.
2. Dezember	<i>Die Japaner bilden in Taiyuan eine „Autonome Regierung“ der Provinz Shansi, die im Zusammenwirken mit der japanischen Besatzungsarmee einen selbständigen Shansi-Staat schaffen soll.</i>
5. Dezember	Auf einer Sitzung des japanischen Baumwollspinnerei-Verbandes in Osaka wird die Gründung einer Nordchinesischen Rohbaumwoll-Gesellschaft beschlossen.
8. Dezember	Japan unterzeichnet einen neuen Handelsvertrag mit Siam.
10. Dezember	Die Bank von Japan gibt für 300 Mill. Yen 3½proz. Schatzanweisungen zum Kurse von 98 aus (Laufzeit bis März 1955). Die japanische Regierung verschärft erneut die Devisenkontrolle.
11. Dezember	<i>Japanische Flugzeuge versenken drei amerikanische Tankdampfer der Standard Oil Co., nachdem bereits am 10. Dezember ebenfalls von japanischen Flugzeugen das amerikanische Kanonenboot „Penay“ versenkt worden ist.</i>
13. Dezember	<i>Die Japaner erobern Nanking.</i>
14. Dezember	Die Japaner bilden in Peking eine „Vorläufige Regierung der Chinesischen Republik in Peking“ für alle von ihnen bisher besetzten Gebiete. Zum Programm der neuen autonomen Regierung gehört eine vernünftige Bauernpolitik, Aufschließung der Naturschätze und Förderung der Industrie, keine Beeinträchtigung der fremden Interessen, Übernahme der Auslandsschulden der bisherigen Regierung, freundschaftliche Beziehungen zu allen Nachbarländern und Zusammenarbeit mit den Antikominternmächten. Die neue Peking Regierung beschließt die Übernahme der Zollverwaltung in Nordchina. Die Zolleinnahmen werden auf 44 Mill. Yuan jährlich geschätzt.
16. Dezember	<i>Die Japaner haben jetzt ein Gebiet von 868000 qkm (also doppelt so groß wie Japan) mit einer Bevölkerung von 59 Mill. Menschen besetzt.</i> Die Peking Regierung übernimmt die Seezollverwaltungen in Tientsin und Chingwangtao. Sie führt Verhandlungen mit dem britischen Zollkommissar wegen Übernahme der gesamten Verwaltung Nordchinas und beauftragt die Zollkommission beim Zollamt in Tientsin mit der Ausarbeitung eines Planes für die Senkung der Zollsätze „im Interesse der notleidenden Bevölkerung Nordchinas“.
18. Dezember	In England lebt die Boykottbewegung gegen japanische Waren wieder auf. Der Ausweis der Zentralbank von Mandschukuo zeigt einen starken Anstieg der Notenausgabe. Die Zunahme beträgt gegenüber Ende November 33 Mill. Yuan bei einem Umlauf von insgesamt 288,5 Mill. Yuan.

21. Dezember	Die japanischen Behörden von Shanghai ersuchen die ansässigen britischen, amerikanischen und dänischen Telegraphenbüros, die eingehenden Einnahmen, die vorher an die chinesische Regierung abgeführt worden sind, an sie selbst abzugeben.
22. Dezember	Die chinesische Regierung erläßt Verordnungen zur kriegswirtschaftlichen Kontrolle der gesamten chinesischen Wirtschaft.
26. Dezember	<i>Die Japaner besetzen die Hafenstadt Hangchow, sw. von Shanghai.</i>
27. Dezember	<i>Die Japaner erobern Tsinan, die Hauptstadt der Provinz Shantung, und besetzen die chinesische Insel Pratas, 300 km sö. von Hongkong.</i>
28. Dezember	Die Bank von Japan gibt für 300 Mill. Yen $3\frac{1}{2}$ proz. Schatzanweisungen zum Kurse von 98,5 aus (Laufzeit bis März 1949).
30. Dezember	Japan schließt einen Handelsvertrag mit Italien ab.
31. Dezember	Die japanische Handelsbilanz schließt im Jahre 1937 mit einem Passivsaldo von 636 Mill. Yen gegenüber 131 Mill. Yen (!) im Jahre 1936. Der Außenhandel Gesamtchinas ist 1937 trotz der Kriegswirren von 1,647 Mill. Yuan im Jahre 1936 auf 1,791 Mill. Yuan gestiegen. Die Einfuhr betrug 953 Mill. Yuan; davon entfielen auf die sieben Friedensmonate Januar bis Juli 730 Mill. Yuan, so daß die Einfuhr von August bis Dezember nur noch 223 Mill. Yuan brachte. Die Ausfuhr von 838 Mill. Yuan ist zu 571 Mill. Yuan in den sieben Friedensmonaten erfolgt. Notenumlauf im Dezember: rund 1,700 000 000 Yuan. — Silberausfuhr in 1937: 399 086 203 Yuan (gegen 254 336 763 Yuan in 1936).
1938	
1. Januar	<i>Marschall Tschiang Kai-Tschek tritt als chinesischer Ministerpräsident zurück, um seine ganze Kraft seiner Stellung als Oberbefehlshaber der Armee zu widmen. Finanzminister Kung wird Ministerpräsident.</i>
3. Januar	<i>Die britischen Behörden verhängen über Hongkong den Belagerungszustand.</i>
7. Januar	Die Leitung der britischen Arbeitergewerkschaften beschließt den Verzicht auf einen Boykott japanischer Waren, da er als untaugliches und die englischen Interessen schädigendes Kampfmittel angesehen wird.
10. Januar	<i>Die Japaner besetzen Tsingtau.</i>
16. Januar	<i>Die japanische Regierung erklärt in einem Manifest, daß sie auch noch nach der Einnahme Nankings Geduld bewiesen habe, um der chinesischen Regierung Gelegenheit zur Überprüfung ihrer Haltung zu bieten. Trotzdem habe diese ohne Würdigung der wahren Absichten Japans ihre Opposition gegen Japan fortgesetzt. Deshalb werde die japanische Regierung von nun an aufhören, sich mit der chinesischen Regierung überhaupt noch zu befassen. Statt dessen werde sie die Einrichtung einer neuen chinesischen Regierung unterstützen und mit dieser gemeinsam an der Wiederherstellung der chinesisch-japanischen Beziehungen zusammenarbeiten. Hierdurch werde keinerlei Änderung in der japanischen Politik der Wahrung der Souveränität und der territorialen Unverletzlichkeit Chinas und der Rechte und Interessen anderer Mächte in China eintreten. — Das Manifest bedeutet nach japanischen Pressemeldungen den vollständigen Abbruch aller Beziehungen zur chinesischen Regierung.</i>
18. Januar	Die Zollverwaltung in Tsingtau wird vom englischen Kommissar im Einverständnis mit dem Generalzollinspektor zur Vermeidung von Schwierigkeiten einem neuen japanischen Kommissar übergeben.
22. Januar	<i>Vor dem japanischen Reichstag erklärt Außenminister Hirota, Japan habe nicht die Absicht, Nordchina vom übrigen chinesischen Reich loszutrennen. Die japanische Regierung habe China folgende Bedingungen für die Beilegung des „Zwischenfalls“ zur Kenntnis bringen lassen: 1. Verzicht Chinas auf seine prokommunistische, anti-japanische und antimandschurische Politik und Bereit-</i>

schaft zur Zusammenarbeit mit Japan und Mandschukuo in deren Antikominternpolitik; 2. Errichtung demilitarisierter Zonen in Bezirken, in denen sich die Notwendigkeit dazu herausgestellt hat, und eines besonderen Regimes für diese Bezirke; 3. Abschluß eines Wirtschaftsabkommens zwischen Japan, China und Mandschukuo; Zahlung der notwendigen Entschädigungen an Japan. Da die chinesische Regierung darauf keine ausreichende Antwort erteilt habe, sei die Erklärung vom 16. Januar notwendig gewesen.

Die Rechte und Interessen in den besetzten Gebieten Chinas respektiere Japan nicht nur, sondern es sei auch gewillt, das Tor Chinas weit offen zu lassen für die kulturelle und wirtschaftliche Mitarbeit aller Mächte.

Seine Beziehungen zu Mandschukuo seien dafür das beste Beispiel. So habe Japan dort im Juni 1936 auf seine Exterritorialitätsrechte verzichtet und im November 1937 die japanischen Verwaltungsrechte in dem Gebiet der Südmandschurischen Eisenbahn auf Mandschukuo übertragen.

Die provisorische Autonome Chinesische Regierung in Peking setzt die revidierten Aus- und Einfuhrzölle in Kraft, mit deren Senkung am 16. Dezember eine Kommission „im Interesse der notleidenden Bevölkerung Nordchinas“ beauftragt worden war. Die Senkung ist in Japan mit Befriedigung aufgenommen worden, da die Ausfuhrzollherabsetzung die Rohstoffversorgung Japans preislich wesentlich verbessern dürfte und die Senkung der Einfuhrzölle den nordchinesischen Markt für wichtige japanische Waren öffnen wird. Für die Kunstseidenindustrie ist der Zollsatz für 100 kg von 120 auf 31 Yuan herabgesetzt worden. Die Liste der Einfuhrzoll-Änderung ist auf diejenigen Waren abgestimmt, die Japan leicht liefern kann.

Die chinesische Regierung verschifft für 30 Mill. Yuan Silber an die Bank von England. Der Gesamtwert der chinesischen Silberverschiffungen in den letzten drei Monaten wird auf 320 Mill. Yuan geschätzt.

23. Januar

Nach dem jetzt vorliegenden Bericht über die Zolleinnahmen Chinas sind diese 1937 trotz des Konfliktes mit Japan höher als im Vorjahr gewesen (342,9 Mill. Yuan 1937 gegen 324,63 Mill. Yuan 1936). Die Einnahmen für die ersten sieben Monate des Jahres 1937 (262,26 Mill. Yuan) sind eine Rekordeinnahme für einen Siebenmonate-Zeitraum und berechtigen zu der Annahme, daß die Rekordeinnahmen des Jahres 1931 in Höhe von 388,51 Mill. Yuan 1937 übertroffen worden wären, wenn die Feindseligkeiten nicht ausgebrochen wären.

24. Januar

Die chinesische Regierung gibt bekannt, daß die scheinbar einen weiten Spielraum lassenden Grundbedingungen Hirotas vom 22. Januar in Wirklichkeit so umfassend seien, daß sie die chinesische Souveränität und die verwaltungsmäßige und territoriale Unversehrtheit Chinas verletzen. Die Regierung bedauere die japanische Erklärung vom 16. Januar, mit der Japan die diplomatischen Beziehungen praktisch abgebrochen habe, ohne daß die japanische Regierung der chinesischen die von dieser für notwendig gehaltenen Erklärungen zu den Grundbedingungen gegeben habe.

26. Januar

Die Bank von Japan gibt für 300 Mill. Yen $3\frac{1}{2}$ % ige Schatzanweisungen zum Kurse von 98,5 aus (Laufzeit bis März 1949). 50 Mill. Yen sind vom Depositenbüro des Finanzministeriums übernommen worden.

27. Januar

Die Japaner öffnen die Banken in Tsingtau. Die Banknoten der Bank von Japan, der Bank von Korea und der Bank von Ostthaipeu gelten als gesetzliche Zahlungsmittel. Der chinesische Yuan wird gegen diese Noten zu pari getauscht. Die Regierung der UdSSR. gibt der japanischen Postverwaltung bekannt, daß jeder direkte oder auf dem Transitwege erfolgende Austausch von Postsachen zwischen beiden Staaten von heute ab aufgehoben wird, da sowjetrussische Postsendungen wiederholt von den japanisch-mandschurischen Behörden zurückgehalten bzw. beschlagnahmt worden seien. Damit ist der Transitpostverkehr zwischen Europa und Japan via Sibirien gesperrt.

1. Februar

Die japanische Regierung führt durch Verordnung den Beimischungszwang für Baumwollgarne und -gewebe (mindestens 30 % Zellwolle) ein. Die Beimischung von Zellwolle zu Wollgeweben wird verschärft.

4. Februar	Das Planamt des japanischen Kabinetts berät einen großangelegten Plan der Errichtung einer zentralen japanischen Gesellschaft für die Erschließung Nordchinas. Die Gesellschaft soll ein Kapital von 300—400 Mill. Yen erhalten und nicht mit der Südmandschurischen Eisenbahn-Gesellschaft (Mantetsu) bzw. der Kochu Koshi K. K. (Nordchina-Erschließungsgesellschaft) identisch sein. Die Vorschläge dieser Gesellschaft haben keinen Beifall gefunden, da in ihnen nicht genügend der politische Unterschied zwischen Mandschukuo und Nordchina berücksichtigt worden ist.
8. Februar	<i>Die chinesische Regierung verlegt ihren Sitz von Hankau nach Tschunking.</i>
10. Februar	Der Sprecher des chinesischen Finanzministeriums erklärt, die chinesische Regierung erkenne die Zollsenkungen der provisorischen autonomen Regierung von Nordchina in Peking nicht an. Die Zollsenkungen wirkten sich ausschließlich zum Vorteil der japanischen Ausfuhr aus und setzten zugleich die Einnahmen des chinesischen Seezollamtes herab.
11. Februar	Wiedereröffnung der Eisenbahnlinie Tsingtau-Tsinan-Tientsin durch die Japaner unter Verwaltung der Südmandschurischen Eisenbahn-Gesellschaft.
15. Februar	Die Bank von Japan gibt für 300 Mill. Yen 3½%ige Schatzanweisungen zum Kurse von 98 aus (Laufzeit bis Juni 1955). Sie wird einen kleinen Teil davon dem Publikum durch die Postanstalten zum Verkauf anbieten. 50 Mill. Yen übernimmt das Depositenbüro des Finanzministeriums.
18. Februar	Der dem 73. japanischen Reichstag vorzulegende Kriegs-Ergänzungs-Haushalt beträgt 4850 Mill. Yen. Die Bewilligungen des japanischen Reichstags für das Sonderkonto „Chinesischer Zwischenfall“, wie sie unter dem 30. Juli und dem 10. September gewährt wurden bzw. jetzt vorgesehen sind, betragen somit insgesamt 7641 Mill. Yen. Auch bei den neuen 4850 Mill. Yen wird die Deckung zu 90% durch Schatzanweisungen erfolgen; nur 300 Mill. sollen aus Steuererhöhungen, 90 Mill. aus Sonderguthaben und 10 Mill. aus dem Tabakmonopol gewonnen werden. Der normale Staatshaushalt enthält außerdem einen Voranschlag von 1241 Mill. Yen für Wehrmachtausgaben. Nach einer englischen Pressemeldung aus Tokio soll der Feldzug in China bis zum 31. Dezember 1937 2540 Mill. Yen gekostet haben.
20. Februar	<i>Der Führer und Reichskanzler gibt im Deutschen Reichstag eine Erklärung zum Fernost-Konflikt ab, in der er nochmals den deutschen Neutralitätsstandpunkt festlegt, die Linie des Antikomintern-Abkommens hervorhebt und die bevorstehende Anerkennung Mandschukuos durch Deutschland verkündet. Deutschland habe in Ostasien keine territorialen Interessen.</i>
25. Februar	Die chinesische Regierung kündigt für den 14. März 1938 eine Einschränkung des freien Devisenverkehrs an. Der Verkauf von Devisen wird bei der Central Bank of China in Hankau zentralisiert. Die chinesische Regierung sieht sich dazu durch die bevorstehende Errichtung einer Zentralnotenbank für Nordchina in Peking genötigt.
27. Februar	<i>Kämpfe am Gelben Fluß um den Besitz der Lunghai-Eisenbahn.</i>
1. März	Eröffnung der Zentralnotenbank für Nordchina in Peking und Tientsin. Die provisorische chinesische Nordregierung übernimmt von dem Gründungskapital von 50 Mill. Yuan (=Yen) die Hälfte, die für ihre Rechnung von der Bank of Korea, der Japan Industrial Development Bank und der Yokohama Specie Bank geleistet wird. Um dem neuen Noteninstitut einen Deckungsfonds zu beschaffen, sind ihm die Silbervorräte aller Banken in Peking und Tientsin zuzuführen.

SCHRIFTTUM

Otto Pfeiderer: Pfund, Yen und Dollar in der Weltwirtschaftskrise. Monetäre Konjunkturpolitik in Großbritannien, Japan und den Vereinigten Staaten, ihre volks- und weltwirtschaftliche Bedeutung, 4. Heft der Schriften zum wirtschaftlichen Schicksal Europas, I. Teil: Arbeiten zur europäischen Problematik, Junker & Dünhaupt Verlag, Berlin 1937, VIII, 256 S. RM. 14.00.

Eine bewundernswerte Arbeitsleistung steckt hinter dieser Studie, die — obgleich bereits 1935 abgeschlossen — angesichts der unverminderten Bedeutung der staatlich monetären Konjunkturpolitik hohen Gegenwartswert besitzt. Hier wird wirklich einmal das „Komplexe“ der Fragestellung gemeistert, wie es sich durch die Standortwahl des Betrachters in der Nähe der Zentralnotenbank und des Staatshaushaltes ergibt. Ohne ins Uferlose zu gleiten, sind Geld- und Währungstheorie, Zinspolitik, Geldumlauf, Kreditmarktlage, Außenhandel, Kostenniveau, Arbeitslosigkeit, Produktionsvolumen, Rentabilität, Staatsfinanzen, Preise und Löhne, Bevölkerungsprobleme usw. in ihrem wesentlichen Gehalt berücksichtigt, und auch Sekundärwirkungen, wie etwa die Währungsreform Chinas auf Grund der Rooseveltischen Silberpolitik, werden sinnvoll einbezogen. Dies und die bewußte Beschränkung auf die „drei exemplarischen und weltwirtschaftlich bedeutsamsten Fälle der Abwertung des englischen Pfundes, des USA-Dollars und des japanischen Yen“ (zwei Gläubigerländer, ein Schuldnerland) geben der Schrift weltwirtschaftliche Abrundung und theoretische Tiefe.

Für staatenwirtschaftliche Arbeiten wie etwa die Untersuchung Ernst Samhabers und die fernöstliche Finanzchronik Arnold Seiferts im vorliegenden Heft ist Pfl.s Buch ein wertvoller Handapparat für Vergleich und Vertiefung. Freilich hemmt die minutiöse Darstellungsart und die unwillkürliche Überbetonung der monetären Lösungsmöglichkeiten unserer Weltwirtschaftsnöte etwas die „dynamisch“-politische Sicht, die allein den Blick auf die durch die Abwertungen so gut wie nicht geförderte Überwindung struktureller Schwierigkeiten öffnet. Wir vermissen z.B. eine schärfere Hervorhebung des Vordrin-

gens des autoritären Gedankens, der sich auch in den Währungsmanipulationen derjenigen Staatsmänner äußert, die Pfund, Dollar und Yen mit dem Einsatz von Interventionsreserven auf grundsätzlich noch freiem Devisenmarkt lenken. Die von Roosevelt mit der *Gold Reserve Act* vom 30. Januar 1934 durchgeführte Enteignung der gesamten Goldbestände des Bundesreservesystems zugunsten der Bundesregierung gegen Gold-Zertifikate ist u. E. nicht allein damit erklärt, daß der Präsident den aus einer Neubewertung der Goldbestände sich ergebenden, einmaligen Buchgewinn zur Schaffung eines Reservefonds der Bundesfinanzen „appropriieren“ wollte. Auch die in England bis heute heftig diskutierte Unterstellung des *Exchange Equalisation Account* unter die alleinige Verantwortung des Schatzamtes bei Befreiung von allen Publizitätspflichten, Ausschaltung der Bank von England und Beseitigung der parlamentarischen Kontrolle deuten auf neuartige Bestimmungsfaktoren in der Entwicklung, die auch und ausführlich in den Bereich solcher wissenschaftlicher Untersuchungen gehören; erst damit wird der Anspruch „politisch-bezogener“ Wissenschaft erfüllt.

—sft—

Albert Prinzing: Wirtschaftslenkung — Das australische Beispiel. 6. Heft der Schriften zum wirtschaftlichen Schicksal Europas, II. Teil: Arbeiten zur deutschen Problematik, Junker & Dünhaupt, Verlag, Berlin 1937, XI, 192 S., RM. 9.00

„Wie heute wirtschaftspolitisch der überseeische Landwirt der eigentliche Schicksalsgenosse des deutschen Bauern ist, so wachsen auch in der Übersee, nicht im außerdeutschen Europa die großen Beispiele totaler staatlicher Wirtschaftslenkung heran, die mit den neuen deutschen Wirtschaftsdenken wenigstens die beiden entscheidenden Züge des Antiliberalismus und des Antibolschewismus gemein haben“, sagt Carl Brinkmann einfürend zu diesem Buch, das eine behende Monographie der australischen Binnen- und Außenwirtschaft ist, die sich in entscheidenden Teilen auf D. B. Copland's „Australia in the world crisis 1929 bis 1933“ (Cam-

bridge 1934) stützt. Die eigenartige Anlage läßt vermuten, daß ursprünglich nur dies beabsichtigt war und erst die mit dem deutschen Umbruch in den Mittelpunkt der Forschung rückenden Fragestellungen dazu führten, das australische Beispiel in die gesamte Problematik der totalen staatlichen Wirtschaftslenkung zu kleiden. Wenn dem so ist, so liegt einer der seltenen Fälle vor, in denen das Wagnis gelungen ist.

Dieses Urteil ist mit einer Einschränkung zu verstehen: Nicht in der Beschreibung, wohl aber im Fazit sucht Pr. allen Ursprung staatlicher Lenkung in der Rassenpolitik des „weißen Australien“ bzw. noch enger in der Politik des „Australiens der Angelsachsen“. Hier fehlt die Beweisführung, offensichtlich aus Mangel an Sorge um die Begriffsbestimmung dieser „Rassenpolitik“, die zumindest als etwas der deutschen Ähnliches unterstellt wird. Methodisch wird im Buch „Rassenpolitik“ nur als Prämisse allgemeiner Art verwandt, eine Darstellung einer bewußten rassenpolitischen Ausrichtung auch der kleinsten Einheiten australischen wirtschaftlichen und völkischen Geschehens wird nicht unternommen. Sie dürfte auch — trotz der nicht zu leugnenden Beeinflussung der Wirtschaftspolitik durch die Einwanderungspolitik gegenüber den Farbigen und einer Reihe von weißen Nationen — schwerlich gelingen. Der Eindruck des Gewollten der Herleitung verschärft sich dadurch, daß eine plausible Deutung nebenherläuft: die Entstehung der neuen Organisationsform der australischen Wirtschaft aus dem politischen Willen einer „ganz neuen, überparlamentarischen und auch überbürokratischen, dafür aber stark wirtschaftswissenschaftlich bestimmten Führerschicht“, wie sie Carl Brinkmann umschreibt. Der Verfasser selbst gibt dieser Schicht das einem Ausspruch Roosevelts entnommene Prädikat „brain-trust“, und über den politischen Standort dieses „brain-trust“ sagt er: „Da es in Australien gegenüber der Parteienvielfalt keine klare Verantwortung gibt, sehen wir die sonderbare Unverantwortlichkeit der politischen Führerschicht gegenüber irgend-einer Institution. Diese Schicht wird aber

vom Vertrauen des Volkes getragen. Es ist eine angelsächsische Eigenart, in die Haltung der führenden Männer über alle Parteigrenzen hinweg so viel Vertrauen zu setzen, daß diese, auch ohne einer Institution direkt verantwortlich zu sein, ihre Machtmittel nur zum Wohle der Gesamtheit gebrauchen.“ Das ist eine dem Rassischen und Volkstumhaften viel näherstehende Deutung.

Das — in einer bestechend sauberen wissenschaftlichen Manier — über die australische Lenkung Gesagte ist frappant in seiner augenfälligen Verwandtschaft mit kontinentaleuropäischem Geschehen. Auch das im vorliegenden Heft über Neuseeland Berichtete findet verblüffende Bestätigungen im Nachbarland; offenbar ist man in Neuseeland in der Ausfuhrlenkung und auch in der Klarheit der theoretischen und politischen Fundierung der Methoden schon weiter. Pr. unterscheidet in Australien vier interdependente Lenkungsmittel: die Lohnkontrolle, die Außenhandelskontrolle mit einer Einfuhrzollkontrolle und Ausfuhrkontrollämtern für Molkereiprodukte, Früchte, Wein und Weizen (auf halb genossenschaftlicher Basis und vorwiegend noch ohne inneraustralische Marktregelung), die Schuldenkontrolle und die Währungskontrolle. Bei den Ausfuhrkontrollämtern, denen der Verfasser — ähnlich, wie wir für Neuseeland —, eine große handelspolitische Aufgabe zuspricht, fehlt uns der Hinweis, daß sie ihre Bewährung erst auf nichtenglischen Absatzfeldern erbringen müssen. Z. B. gilt für australische Butter wie für neuseeländische, daß zunächst nur der englische Markt unter Kontrolle steht: „Die Bestimmungen gelten nicht für den Butterexport nach Gebieten östlich des 180. Grades östlicher Länge.“

In ihrer stets klaren Gedankenführung wird die Arbeit Wesentliches beitragen nicht nur zur Kenntnis der australischen Lage und des Wirtschaftsgefüges des Britischen Weltreiches (dem der ganze zweite Teil in Verbindung mit einer Würdigung der Ottawa-Verträge gewidmet ist), sondern auch zur Theorie der Außenhandelslenkung in der Staatenwirtschaft.

—sft—

Mitarbeiter dieses Heftes: Dr. Ernst Samhaber, Berlin W 35, Bendlerstr. 38; M. Th. Strewe, China-Studien-Gesellschaft, Berlin W 15, Württembergische Str. 25; Schriftleitung: Schriftleiter Dr. Arnold Seifert, Leipzig S 3, Dohnaeweg 11.

Bad Wildungen für Niere und Blase

ZUR HAUS-TRINKKUR: bei Nieren-, Blasen- und Stoffwechselleiden

Helenenquelle

Gesücht

Jahegang 1924 Heft 7, 8, 9, 10, 12

Jahegang 1925 Heft 5, 10, 11, 12

Jahegang 1929 Heft 1

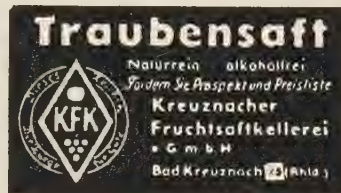
Jahegang 1936 Heft 1, 5

Diese Hefte der Zeitschrift für Geopolitik
werden zurückgekauft. Um Angebot bittet
der

Kurt Vowinkel Verlag, Heidelberg
Wolfsbrunnenweg 36



Ein Vorbild der Pflichterfüllung
ist der freiwillige Helfer
des Winterhilfswerkes.



Landerziehungsheim Schloß und Burg Marquartstein Oberbayern

Staatlich anerkannte

Heimschule für Knaben und Mädchen

In den bayrischen Alpen, Nähe Chiemsee

Oberrealschule u. Reformrealgymnasium in
Entwicklung zur **Oberschule** (bis z. Abitur).
Unterricht in kleinen Klassen. Umschulung.
Nachhilfe. Familienartige Erziehungsgemein-
schaften. Körperliche Betreuung auch zarter
Kinder. Klimatisch gesündeste Lage. Viel
Sport und Aufenthalt (auch Unterricht)
im Freien. Weites Park- und Wiesengelände.
Handwerk. Musik. Ausdruckspflege.

Besondere unterrichtliche Fürsorge für
Ausländer und Auslandsdeutsche. Aus-
tauschlehrer im Heim. Seit Jahren Schüler-
austausch. Im Juli und August **Ferienheim**,
auch für AuslandsKinder (Mädchen nicht
über 14 Jahren).

Prospekt und Drucksachen durch das Sekretariat
Neues Schloß, Marquartstein. Fernruf Grassau 88

Gründer und Leiter:

Hermann und Elisabeth Harleß

Auslandkundliche Vorträge der Technischen Hochschule Stuttgart

Herausgegeben von Prof. Dr. E. Wunderlich

In Kürze erscheinen die neuen Bände:

16/17: **Deutschland und der Nordosten**
18/19: **Deutschland und der Südosten**
20/21: **Vorderasien**

Prof. Dr. Karl Haushofer urteilte in seiner
Zeitschrift für Geopolitik, Heft 10/1936: Uner-
müdllich hat der Herausgeber das einmal erkannte
Ziel, eine größere Anzahl auslandkundiger Männer
und geopolitisch geschulter Köpfe heranzuziehen,
weiterverfolgt und dafür in Stuttgart vorbildliche
Einrichtungen geschaffen. Ausstrahlungen davon
sind die verdienstvollen Veröffentlichungen, die
für die große geistige Spannweite der Stuttgarter
geographischen Werte zeugen. Die weitesten geo-
politischen Horizonte werden in den „Ausland-
kundlichen Vorträgen“ erschlossen.

*Verlangen Sie das Verzeichnis
der bisher erschienenen Bände!*

Stiefelhauer & Spohn Verlag · Stuttgart

Zwei völkerrechtliche Neuerscheinungen

Das System der politischen Staatsverträge seit 1918

Von Legationsrat Dr. Paul Barandon

1937. 250 Seiten. Broschiert RM 16.—

Mit den Pariser Vorortsverträgen haben die Kriegsgegner Deutschlands eine neue Rechtsordnung für das europäische Staatensystem und darüber hinaus auch für die außereuropäischen Länder aufzurichten gesucht. In der Folgezeit hat namentlich Frankreich sich nachdrücklichst bemüht, das System von Versailles unter Ausnützung der Organisation des Völkerbundes und durch ein Netz von politischen Verträgen immer fester zu untermauern. Seit 1933 ist dieses Gebäude etwas, seit dem erst kürzlich erfolgten Austritt Italiens, vollkommen ins Wanken gekommen.

Der Verfasser dieses Werkes, der infolge langjähriger praktischer und wissenschaftlicher Tätigkeit zu den hervorragendsten Kennern dieses Gebietes gehört, hat sich zur Aufgabe gesetzt, die gegenwärtig geltende politische Ordnung darzustellen. Das Buch, in dem das vorhandene, teilweise schwer zugängliche Material erschöpfend verwertet ist, wird dem Politiker, Juristen, Völkerrechtler, Geschichtsforscher und jedem politisch Interessierten aufschlußreiche Einblicke in die bestehenden internationalen Beziehungen verschaffen.

Völkerrecht und Völkerfrieden

Von Professor Dr. Hermann Jahrreis

1937. 30 Seiten. Broschiert RM 1.40

Die neue Schrift des bekannten Völkerrechtlers fordert im Hinblick auf die Umschichtungen der letzten Jahrzehnte eine im Dienste einer europäischen Gemeinschaftsaufgabe stehende neue Völkerrechtsordnung mit gleichem Recht für alle.

W. KOHLHAMMER VERLAG · STUTTGART-S

Volk und Führung

Unabhängige sudeten-
deutsche Monatshefte
für Politik u. Erziehung

Durch Bericht und Planung zur Tat!

Die führende
politische Monatsschrift
der größten deutschen
Volksgruppe

In Österreich nach zweijährigem Verbote wieder zugelassen!

Aus dem Inhalte des Dezember-Heftes: Appell des Monats: „Jetzt gilt die Treue“ / Abg. Ing. W. Richter: „Die Krise der Finanz- und Wirtschaftspolitik“ / Dr. F. Meißner: „Coligny — ein Kapitel ewiger Geschichte“ / O. Leiper: „Volksrecht und tschechoslowakische Verfassung“ / Wilhelm Waldmann: „England wägt ab“ / Die Lage des Deutschtums in Ungarn / E. M. Preßburg: „Slowaken kämpfen um Autonomie“ / „Sudetendeutsche Zeittafel“ / Stimmen und Glossen / Schrifttum.

48 Seiten Großoktav, Einzelheft RM —.60; Bestellungen fürs Ausland durch jede Buchhandlung und durch die Post. Kostenlose Probehefte durch die Verwaltung Prag II., Postfach 686

Ernst Wagner
SPÜLTISCHE



VIELSEITIGE GAUFORMEN

D. R. P.

Nahtl. Nirossta-Becken
Konkurrenzl. Befestigung

ERNST WAGNER APPARATEBAU-REUTLINGEN i. V. G.

ALBRECHT KÖLTZSCH
DRESDEN-GRUNA 20

Uhren, Gold- und Silberwaren

Sprech-
maschinen



Handelsmarke SAXONIA
seit 60 Jahren
Zahlungserleichterung

Preisliste Nr. 184
unsonst



JOSEF WEHR, Weingutsbesitzer, BERNKASTEL / MOSEL



Mosel- und Saar-Weine

Qualität in jeder Preislage

Verlangen Sie meine Preisliste

Großveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik e. V., Wuppertal

23. und 24. April 1938

Die Veranstaltungen finden in vier großen Sälen der Stadthalle statt. Verbunden ist mit dieser Tagung eine große Kartenausstellung im Weißen Saal der Stadthalle, die das Ergebnis intensiver Arbeit der letzten Jahre in Wuppertal aufzeigen wird. Die Tagung wird in Gemeinschaft mit dem NSCB. durchgeführt unter Mitwirkung der örtlichen Parteidiensstellen. Erwartet wird eine größere Zahl von Gästen aus den rheinischen Gauen und aus dem Reich. Sprechern werden neben dem Leiter der AfG. e. V. SS.-Oberführer Dr. Wagner, Univ.-Prof. Dr. K. Haushofer, Prof. Dr. Obst, Hannover, und der Leiter des Abschnitts.

Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik e. V.
Geschäftsstelle Wuppertal-E., Worringer Str. 82

Deutsche Qualitäts-Weine

Auszug aus meiner Liste Nr. 382

Sämtliche Preise einschließlich Glas und Kiste.

- Nr. 206. 1936 er Graacher Himmelreich, natur.
Orig.-Abf. J. J. Prüm . . . à Flasche RM 1.40
- Nr. 207. 1936 er Wehlener Sonnenuhr, natur.
Orig.-Abf. J. J. Prüm . . . à Flasche RM 1.50
- Nr. 208. 1936 er Bernkasteler Badstube, natur.
Orig.-Abf. Zach. Bergweiler . . à Fl. RM 1.55
- Nr. 209. 1936 er Uerziger Würzgarten, natur.
Orig.-Abf. Christoffel . . . à Flasche RM 1.65
- Nr. 210. 1936 er Zeltinger Sonnenuhr, natur.
Orig.-Abf. J. J. Prüm . . . à Flasche RM 1.75

Zwei Fuder aus dem Sonnenjahr 1937:

- Nr. 211. 1937 er Bernkastel-Kueser Rosenberg,
natur. Wachstum . . . à Flasche RM 1.65
- Nr. 212. 1937 er Bernkasteler Schloßberg, natur.
Orig.-Abf. Eigenbau . . . à Flasche RM 1.70
- Nr. 217. 1937 er Alkoholfreier Traubensaft,
natur. à Flasche RM 1.15
- Nr. 228. „Astor-Spezial-Füllung“ aus den Söh-
lein Sektkellereien . . . à Flasche RM 2.45

Sämtliche Preise einschließlich Glas und Kiste
ab Station Bernkastel-Kues. Ziel 60 Tage, sofortige
Kasse 3 % Skonto. Bei Nichtgefallen anstands-
lose Rücknahme. Verlangen Sie kostenlos meine
ausführliche Preisliste mit allen deutschen Weinen,
von guten Winzerweinen bis zu den feinsten Spitzen
und zu günstigsten Preisen und Bedingungen.

Weinbrand, Sekt, Südweine, Liköre
Alkoholfreier, naturreiner Traubensaft

FRANZ ASTOR NACHF.

ASTORIA-WEINKELLEREI

BERNKASTEL-KUES AN DER MOSEL

„Welt-Detektiv“

Detektei Auskunftel Preiss

Berlin W 203, Tauentzienstraße 5

Ruf: 245255 und 245256

das in Deutschland meistver-
wendete, zuverlässig arbei-
tende Institut für private

**Ermittlungen,
Beobachtungen,**

vertrauliche

Auskünfte über geschäft-
liche wie auch private Verhältnisse
betr. Abstammung, Herkunft, Vor-
leben, Ruf, Vermögen, Einkommen,
Tätigkeit, Führung usw.

Tausende Angehörige aller Kreise
beauftragten uns, für viele Hunderte
von Anwälten beschafften wir ent-
scheidendes Material für Zivil- und
Strafprozesse. In- und Ausland!

Wir empfehlen

LILY ABEGG

Yamato

Der Sendungsglaube des japanischen
Volkes.

Mit 16 Bildseiten (288 Seiten)

Ganzleinen RM 5.40

MARIA PIPER

Das japanische Theater

Ein Spiegel des Volkes

Mit 64 Bildtafeln (288 Textseiten)

Ganzleinen RM 8.50

KNUD RASMUSSEN

Die Gabe des Adlers

Eschimoische Märchen aus Alaska

Übersetzung und Bearbeitung von

Henne Schmücker

Mit 8 Bildtafeln u. zahlreichen Zeichnungen
(225 Seiten). RM 5.80

EGON VIETTA

**Empfindsame Reise
nach Lappland**

Mit 15 Zeichnungen von Hans Ruhn
(280 Textseiten). Ganzleinen RM 5.40

JOHANNES WÖLLER

Von Jütland bis Java

Aus dem Reisetagebuch eines dänischen
Arztes

Mit 16 Textzeichnungen (272 Seiten)

Ganzleinen RM 5.40

Frühjahrsneuerscheinungen 1938

MELCHIOR VISCHER

Adünnich

Feldherr, Ingenieur, Hochverräter

Mit 12 Bildseiten. Ganzleinen RM 12.-

ERIK GRAF WICKENBURG

Salzburger Gloria

Der Tag einer Landschaft

1 farbige Tafel, 12 Zeichnungen, 1 Karte
Ganzleinen RM 6.80

RICHARD WILHELM

Die Günderrode

Dichtung und Schicksal

Mit 8 Bildseiten. Ganzleinen RM 2.80

SOCIETÄTS-VERLAG

FRANKFURT A. M.

Immer
süßere
Stücke

**SPAMER-AG
ABT.
DRUCKEREI
LEIPZIG**